

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig, Telefon: 13693, Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude, Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Finanzkommission des Reichstags hat sich zum Zwecke des Kuhhandels auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die nationalliberale Vertrauensmännerversammlung in Stungen-Alzen beschloß entgegen dem Rat der Parteileitung für das Zentrum gegen den Freisinnigen zu stimmen.

Der Landtag in Coburg-Gotha nahm einen Antrag für das direkte Wahlrecht an.

Der Landtag in Oldenburg hat das Pluralwahlrecht einstimmig angenommen.

Die Stimmung in Rußland hat sich Serbien gegenüber merklich abgekühlt, so daß der Friede auf dem Balkan wohl erhalten bleiben wird.

Patentpatrioten.

Leipzig, 26. Februar.

Zust an gleichen Tage, wo die „Edelsten und Besten“ sich durch Niederbrüllen des Professors Wagner als schamloser Böbel in des Wortes elendester Bedeutung erwiesen, stellt sie Professor Delbrück in der neuesten Nummer der Preussischen Jahrbücher als eine freche Betrügerbande hin, die den Staat jährlich um ungezählte Millionen begaunern.

Er hat das an der Hand der oft genannten Professoren Steinmann-Buchers; 350 Milliarden deutsches Volksvermögen. Delbrück unterzieht die Angaben Buchers einer Kontrolle, macht mannigfache erhebliche Abstriche und kommt trotzdem zu dem Schluß, daß das Privatvermögen allein in Preußen rund 166 Milliarden beträgt. Nun ergeben aber die Steuerdeklarationen in Preußen nur 100 Milliarden, von denen 91,6 zur Vermögenssteuer veranlagt werden, während 9 Milliarden als Vermögen unter 6000 Mark für die Steuer nicht in Betracht kommen. Mit andern Worten, sagt Delbrück: die Steuerveranlagungen bleiben in viel höherem Maße hinter der Wirklichkeit zurück, als man bisher angenommen oder wenigstens öffentlich ausgesprochen hat. Bisher hatte man angenommen, daß die Steuerdeklarationen rund 10 Prozent hinter dem Wert zurückbleiben. In Wahrheit bleiben sie 65 Prozent, nahezu um volle zwei Drittel dahinter zurück.

Das ist ein so schamloser Betrug, der hier den Patentpatrioten nachgewiesen wird, daß er nur noch von seiner Riesenhaftigkeit übertriften wird. Die Reichsten der Reichen, die Leute, die im Golde schwimmen, hintergehen den Staat jährlich um zwei Drittel der ihm zustehenden

Summe, während dieselben frechen Steuerbetrüger im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesetz durchdrückten, wonach für die Arbeiter und kleinen Leute bis zu einem Einkommen von 3000 Mk. der Unternehmer, der sie beschäftigt, die Einkommenserklärung abzugeben hat. Der großen besitzlosen Masse, die schon durch indirekte Steuern bedrückt ist, wird auch der letzte blutige Pfennig besteuert. Die Reichen dagegen versteuern nur ein Drittel ihres Reichtums! Das ist der „Patriotismus“ dieser Bande!

Professor Delbrück weist sodann nach, daß hier hauptsächlich das Junkertum in Betracht kommt. Bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden sei es wohl denkbar, daß hier und da einmal das Einkommen höher angegeben wird, als es ist, in der Hoffnung, daß von dieser Deklaration etwas durchfördert und dadurch der Kredit gehoben werde. Auf dem Lande dagegen sei das undenkbar. Dort hängt der Kredit von ganz andern Umständen ab.

Jeder Nachbar ist imstande, ebensoviel sich eine Meinung über den objektiven Wert eines Landgutes zu bilden, wie die subjektive Wirtschaftstätigkeit des Besitzers einzuschätzen. Ganz umgekehrt, wer sein Einkommen und sein Vermögen hoch deklariert, macht sich dadurch in der Nachbarschaft unbeliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch schärfer herangezogen werden zu können. Wir sind darüber die erbaulichsten Geschichten aus dem Kreise von Guts- und Schloßbesitzern erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihren Nachprüfungen milde, denn an ihrer Spitze steht der Landrat, und der Landrat ist durch Rücksichten der Politik wie der Karriere geneigt, es mit seinem Kreise, d. h. den Grundbesitzern nicht zu verderben.

Man beachte; es ist ein konservativer Universitätsprofessor, der diese infame Lüge und Vorkriegswirtschaft aus dem Munde der „Guts- und Schloßbesitzer“ kennzeichnet. Daß er damit recht hat, beweist ein Blick in die Statistik. Nach der soeben dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Uebersicht sind in vier ostelbischen Provinzen 5 — in Buchstaben fünf — Fälle verzeichnet, in denen Strafverfahren wegen zu niedriger Vermögensangaben zur Ergänzungsteuer anhängig gemacht worden! Fünf Fälle! Und dabei werden zwei Drittel des steuerpflichtigen Vermögens jahraus jahrein unterschlagen!

Ergibt sich, daß ein verstorbenen Steuerpflichtiger Steuern vorenthalten hat, so sind die Erben innerhalb gewisser Zeit im Verhältnis ihres Erbteils zur Nachzahlung verpflichtet. Auf Grund dieser Bestimmung sind nach der Statistik des preussischen Finanzministers im Jahre 1907/08 in 444 Fällen Nachsteuern in Höhe von einer Viertelmillion erhoben worden. Versteht man nun, fragt Prof. Delbrück, weshalb man in gewissen Kreisen und namentlich in agrarischen findet, daß die Nachschsteuer die Heiligkeit des Familienlebens antaste? Es ist ja nicht bloß der materielle Verlust, der entsteht, wenn bei der Schätzung des Nachlasses durch den Reichssteuerinspektor herauskommt, um wieviel das Einkommen oder Ver-

mögen bisher zu gering deklariert worden ist, sondern es ist auch, ganz ohne Ironie gesprochen, moralisch peinlich für die Hinterbliebenen, so gegen den Erblasser, den Vater oder die Mutter, als Zeugen angerufen zu werden.

Der öffentlichen Meinung aber kann die Tatsache, daß die besitzenden Klassen in Preußen statt etwa 155 Milliarden nur 91,65 versteuern, nicht laut genug ins Ohr gerufen werden.

Der Steuerschacher in der Finanzkommission.

In Ergänzung der gestern unter letzter Nachrichten wieder gegebenen Mitteilungen über die Beratungen der Reichstags-Finanzkommission am Donnerstag geben wir nachstehend noch einen ausführlichen Bericht wieder.

Der Abgeordnete W i e m e r erklärt für die Freisinnigen, daß diese an der Nachschsteuer festhielten. Der Zirkus Busch habe die Gründe für die Nachschsteuer nicht erschüttert. Die Anträge S a m p und H e r o l d genügt nicht; ein Gesetz liegt nicht vor, man wisse nicht, wie es aussehen werde. Ein Provisorium müsse durch gesetzliche Bestimmungen klargestellt werden. S a m p (Reichsp.) definiert seinen Antrag näher und fordert die Freisinnigen auf, doch zu sagen, was sie eigentlich wollen. Wenn sie einen Antrag vorlegten, müßte wieder eine Subkommission eingesetzt werden. H e r o l d (Zentr.) lehnt den Gedanken einer Nachschsteuer ab; die Kompetenz der Einzelstaaten werde dadurch verletzt. Der Besitz solle durch Matrlikularumlagen belastet werden; das berühre die Finanzhoheit der Einzelstaaten nicht.

E r m e l (Soz.) erklärt, die Subkommission habe ebenfalls die Hauptkommission Plakato gemacht; daran sei die agrarische Unverschämtheit schuld, wie sie im Zirkus Busch und in der Kreuzzeitung zum Ausdruck gekommen sei. Dort dekretierte man, daß die Agrarier keine Besitzsteuer oder direkte Steuer zulassen, und hier handle man danach. Das Zentrum leiste den Agrariern Vorkurs. Es habe alles zu Fall gebracht, was an direkten Steuern verlangt wurde. Er sah sei nicht geboten worden. Die Feindschaft gegen die Erbschaftsteuer entspringe der Furcht vor richtiger Einschätzung des Einkommens und der Vermögen und der Verhinderung von Steuerhinterziehungen. Die Eingehung der 150 Millionen Mark Matrlikularbeiträge nach den Anträgen S a m p oder H e r o l d durch die Einzelstaaten belaste den Besitz nicht, sondern treffe wieder die Arbeiter, überhaupt die Minderbemittelten. Das sei auch der Grund, warum die Matrlikularbeiträge durch die vom Zentrum beantragte sogenannte Besitzsteuer ersetzt werden sollen. Wir halten daran fest, daß das Reich selbst die Steuern geleglich festlegt und einleitet, die es für seine Ausgaben braucht. Wir wollen eine progressive Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Die Regierungsentwürfe über Erbschafts- und Nachschsteuer gehen uns nicht weit genug. Würde es nur direkte Steuern, keine indirekten geben, dann würden die Vertreter der besitzenden Klassen vorsichtiger bei Bewilligungen sein, weil sie dann in ihre eigenen Taschen greifen müßten.

H g. W e b e r bedauert, daß Professor Wagner im Zirkus Busch so rücksichtslos behandelt worden sei. Die konservativen und Zentrumsanträge griffen gleichfalls in die Finan-

Seuilleton

Karneval.

Ein Sittenroman aus dem Köln des 20. Jahrhundert
von Emil Kaiser.

20) Nachdruck verboten.

Im Habbellenaal stieß Heider nach einigem Suchen auf Frau Pohl. Sie war als Zigeunerin verkleidet, eine Maske, wozu ihre schlaffe, geschmeidige Gestalt vorzüglich paßte. Und wie sie es nicht verschmäht hatte, ihr Gesicht zu färben, so gab sie sich auch sonst redlich Mühe, die Zigeunerin möglichst natürlich zu spielen. Die Chiro-mantie mußte ihr dabei als Mittel dienen, allen möglichen guten Bekannten einmal verdeckt, aber für die Betreffenden selbst nur zu deutlich, die Wahrheit zu sagen. Eben hatte sie wieder einer Freundin ihre Sünden vorgehalten und setzte jetzt befriedigt die Stummelspeise in Brand, die gebräunt und echt genug aussah. Einer der Herren, die eine lachende Gruppe um sie her bildeten, klopfte auf den Saß, den sie auf dem Rücken trug.

„Ella, was hast du denn eigentlich in deinem Saß?“ Sie gab keine Antwort und sah nur mit misstrauischen Blicken nach Art einer Halbwidwen scheu um sich. Erst als die Frage nun von einigen andern wiederholt wurde, hockte sie sich plötzlich auf den Boden hin, nahm den Saß vom Rücken und begann ihn anzukramen. Der Inhalt erweckte ein großes Gelächter. Da kam allerlei Plunder zum Vorschein, ein Kagenfell, ein Damenstrumpf, eine Glas-Perlenkette, ein zerrissenes Korsett und als Haupteffektstück: eine der Wäsche bedürftige Herrenunterhose.

„Die brauchst dein Mann wohl nicht, weil du selbst die Hosen anhast,“ bemerkte einer der Herren, und alle fanden, daß sie doch noch immer die frühere „tolle Ella“ sei. Man wollte sich lachend einiger der Maritaten des Sackes bemächtigen, aber mit raschen Griffen hatte sie alles wieder zusammengepackt und in den Saß geschoben. Sie stand auf und schwang ihr Bündel wieder auf den Rücken und ging, an ihrer Weife lachend, davon.

„Reizende Neuzena,“ sprach Heider sie an, „kannst du wahrhaben?“

„Gewiß, schöner Herr,“ sagte sie. „Aber ich fürchte, du kannst die Wahrheit nicht vertragen. Soll ich dir aus den Falken der Hand oder des Gesichts wahrfragen?“

Er überhörte die Bosheit. „Ich will dich mal auf die Probe stellen. Sag mal: wer ist mir beim Eintritt unten begegnet?“

Sie bewegte phantastisch die Hände und tat, als sinne sie mit halbgeschlossenen Augen nach.

„Jetzt weiß ich es.“

„So, da bin ich doch neugierig.“

„Ein Mann — ja es war ein Mann, der verlangte dir deine Eintrittskarte ab.“

Er lachte. „Das hast du gut gemacht, Neuzena. Ich hatte auch glücklicherweise eine Eintrittskarte. Es wollte aber auch jemand hinein, der hatte keine, oder vielmehr eine falsche.“

„Wie interessant,“ machte Frau Ella, aus der Rolle fallend. „Wenigstens für einen Juristen.“

„Na, eine Anklage wegen Urkundenfälschung würde ja gerade nicht geben. Aber wenn sich ein ehemaliger Rittmeister solcher Mittel bedient, um Konterbande einzuschmuggeln, noch dazu auf den Namen seiner Frau.“

Jetzt horchte sie doch auf. „Ein Rittmeister —?“

„Das gelungenste ist, daß seine Frau dahinter gekauert ist und die Sache bereut hat.“

„Sie ist eitel? Ich verstehe dich nicht, schöner Herr. Eine arme Zigeunerin versteht so kaum deutsch. Du mußt langsam und deutlich sprechen.“

„Ja, also denk dir. Da läßt eine Frau So und so, oder sagen wir, von So und so.“

„Ein merkwürdiger Name.“

„— Sieh eine neue Karte ausstellen, weil ihr Mann die alte verloren habe. Und heute abend kommt sie, ziemlich früh, und stellt sich selbst beim Festkomitee vor, man kannte sie ja auch, und erklärt, wenn eine andre Maske auf ihren Namen Eintritt suche, so handle es sich um eine Betrügerin. Sie halte sich übrigens zunächst einige Zeit in der Garderobe auf, damit man sie gegebenenfalls der Person gegenüberstellen könne. Nach einiger Zeit kommt dann richtig Herr So und so mit einer statlichen, maskierten Dame an, die er auf den Namen seiner Frau einführen will. Er wird ins Kabinett geführt und darauf aufmerksam gemacht, daß diese Dame keinen Zutritt finden dürfe. Er wird grob. Wie man sich unterstellen könne, seine Frau in dieser Weise zu beleidigen. Es wird ihm höflich bedeutet, daß er sich in einem merkwürdigen Irrtum befinde, und um ihn davon zu überführen, ruft man seine Frau herein. Tableau! Die maskierte Dame will erst in Ohnmacht fallen, besinnt sich aber dann und macht schleunigst, daß sie fortkommt, glücklicherweise gänglich unerkannt. Herr Rittmeister, ich wollte sagen, Herr von So und so folgt fluchend.“

Der Rechtsanwält war nicht irre gegangen mit der Vermutung, daß dieser unüberlegte Streich Haldens bereit junger Stiefmutter einige Schadenfreude bereiten würde. Er hatte sich schon vorgenommen, wenn sie sich für die Mitteilung dankbar bezeigen sollte, sie mit dem Reger zu ver-söhnen; aber als er nun triumphierend fragte:

„Nicht wahr, eine interessante Geschichte, und nicht nur für Juristen?“ da antwortete sie doch auch nachlässig: „Es

hohelt der Einzelstaaten ein. Weber fragt, warum die Regierung zu diesen Anträgen schweigt.
Staatssekretär Sybow erklärt darauf, daß er sich, soweit der Bundesrat noch nicht habe Stellung nehmen können, auf den Boden der Regierungsvorlagen stellen müsse. Die verbliebenen Regierungen hätten die Nachlasssteuer keineswegs fallen lassen, sie seien jetzt aber in der Lage, zu erwägen, wie die neuen Vorschläge zu verwenden seien. Sie müßten erst abwarten, was ihnen an indirekten Steuern geboten würde. Zu einer Vermögenssteuer habe der Bundesrat wiederholt Stellung genommen. Er könne erklären, daß die verbliebenen Regierungen den von nationalliberaler Seite vorgeschlagenen Weg einer Vermögenssteuer, bei der das Reich die Grundzüge feststelle und den Einzelstaaten keinen Spielraum lasse, wegen des Eingriffs in deren Finanzhoheit niemals betreten würden. Die Anträge des Zentrums und der Reichspartei ließen den Einzelstaaten zwar größere Bewegungsfreiheit, brächten aber kein neues Geld, sondern nur eine Verschiebung. Wer kontrolliere zudem die von den Einzelstaaten vorgenommene Veranlagung? Je mehr ein Staat veranlagt, um so höher werde er vom Reich herangezogen. Die im Zentrumsantrag vorgeschlagene Bevorzugung einzelner thüringischer Staaten sei sachlich nicht gerechtfertigt. Wirtschaftliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten Thüringens beständen doch nur in ganz geringem Maße. Das geringe Ergebnis der Subkommission beweise den verbliebenen Regierungen, daß sie mit ihrer ursprünglichen Absicht, die Erbschaften zu besteuern, Recht gehabt hätten.
Preussischer Finanzminister v. Heine haben beauftragt die materielle Wirkung des nationalliberalen Antrags auf Einführung einer direkten Reichsteuer. Für Preußen bedeute er eine Erhöhung der Ergänzungsteuer um etwa 200 Prozent. Preußen würde 80 Millionen Mark mehr an Ergänzungsteuer aufzubringen haben, während es jetzt für sich 45 Millionen Mark erhebe. Dies sei eine unerträgliche Belastung und Benachteiligung der Einzelstaaten und Kommunen, die auf die direkten Steuern angewiesen seien. Zudem seien die Vermögenssteuern in den einzelnen Staaten infolge Anpassung an ihre Eigenart viel zu verschieden gestaltet, als daß eine einheitliche Veranlagung möglich sei.
Abg. Romm sen (freil.) meint, der Antrag Herold unterhalte sich sehr von dem Kampfen; er bedeute eine andre Form der Matrularbeiträge. Das Wort „Veststeuer“ sei in diesem Antrage nur eine Phrase. Auch der Antrag Campschaffe keine Veststeuer. Nämlich die Nachlasssteuer nicht, müsse die Regierung später doch zur Vermögenssteuer greifen. Müller-Gulda (Zentr.) betont, der Antrag seiner Partei schreibe 150 Millionen Mark nur als Maximalsumme vor. Einkommen und Vermögen sollten durch den Antrag belastet werden. Im Jahre 1908 habe das Zentrum wohl eine Reichseinkommensteuer verlangt, aber es habe eingesehen, daß sie un durchführbar sei. Das Zentrum sei für eine Verhängung. Es sei auch für eine Verbesserung des eigenen Antrags zu haben. Die Nachlasssteuer betrachte er als tot. — Der Abgeordnete v. Nitzsch (kons.) verwahrt sich gegen Emmels Behauptung, daß die Konventionen und die Agrarier überhaupt keine Veststeuer wollten, aber die Konventionen wollten keine Reichseinkommen- und keine Reichsvermögenssteuer. Nitzsch erklärt, daß nur auf dem Wege des Kampfes der Herold'schen Antrags die Sache zu regeln sei. Abg. Raab (Antil.) gab eine ähnliche Erklärung ab. — Darauf wurde die Sitzung vertagt.

Die der Finanzkommission vorliegenden Anträge haben den folgenden Wortlaut:

- Nationalliberaler Antrag.**
Die Kommission wolle einen Gesetzentwurf ausarbeiten, in dem eine direkte Reichsteuer etwa nach folgenden Grundzügen vorgesehene wird:
I. Es wird im Deutschen Reich eine allgemeine Steuer von dem Vermögen der Einwohner, juristischen Personen und Gesellschaften im Einzelwerte von mehr als 20 000 Mark erhoben.
II. Die Steuer wird veranlagt nach reichsgesetzlich vorgeschriebenen Grundzügen. Die Veranlagung erfolgt in dreijährigen Abständen durch die Behörden der Einzelstaaten, ebenso die jährliche Erhebung; eine Entschädigung an die Bundesstaaten wird nicht vorgesehene.
a) Der Erhebungssatz ist einheitlich.
b) Der Besteuerung unterliegt das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen unter Abzug der für abzugsfähig zu erklärenden Schulden (Kapitalschulden dieser Art, gesetzliche Renten).
c) Für Immobilien land- und forstwirtschaftlicher Art wird der fünfzigjährige Ertragswert zugrunde gelegt.
d) Im übrigen wird beim Vermögen der gemeine Wert veranlagt.
e) Voraussetzung ist bei jedem Jensten, daß er ein Mindesteinkommen von 1200 Mark pro Jahr hat.
f) Dieses Gesetz hat liberale Vorschriften zu enthalten, die verhindern, daß unnötige Differenzen vorkommen (weite Stufen).
g) Deklaration ist zugelassen.

scheint dir Vergnügen zu machen, schmutzige Wäsche zu waschen. Ich stelle dir meinen Saß zur Verfügung, wenn dir etwa der Stoff ausgehen sollte.
„Ach, wirklich, du wollest so liebenswürdig sein und mir selbst neuen besorgen?“ sagte er nun auch boshaft. Jetzt konnte nicht mehr die Rede davon sein, daß er seine alte Freundin, die so spröde geworden war, schonnte. Ganz unvermittelt fragte er: „Sagst du Sondermann schon gesehen?“
Sie brachte diese Frage mit seiner vorigen Bemerkung in Verbindung und erwiderte geringschätzig, daß sie ihn noch nicht gesucht habe, es seien ja Herren genug da. Wenn die Qualität auch zu wünschen übrig lasse, so werde sie sich heute durch die Quantität schadlos halten.
Seider hatte bisher geglaubt, daß Frau Ella Schwärmerie für den Schauspieler erkünstelt gewesen sei, um ihn und vielleicht auch Wohl eifersüchtig zu machen, ihre absichtsvolle Gleichgültigkeit jetzt machte ihn süßig. Aber um so eifriger verfolgte er seinen Plan.
„Es handelt sich gar nicht um den Mann, sondern um den Künstler. Er ist als Neger hier, in einer Maske, daß man wirklich getäuscht werden könnte. Und er spielt seine Rolle, man möchte glauben, daß er gerade von irgendeiner Cafewalktruppe ausgerissen wäre. Eine Glanzleistung, wenn er auf der Bühne nur immer halb so gut wäre. Seine Länge verrät ihn, sonst würde ihn kein Mensch erkennen.“
Seider hatte keine Gelegenheit, den Eindruck seiner Mitteilung auf Frau Ella sofort festzustellen, denn sie benutzte die Gelegenheit, als eben jetzt Boden mit Agnes vorüberging, diese anzusprechen und ihn abzuschütteln. Er betäubte sich nicht darüber, denn er sah es als ein Zeichen an, daß seine Absicht gelingen werde. Sie wollte ihn los sein, um Sondermann zu suchen, nun: viel Vergnügen!
Kortfegung folgt.

- h) Möbel usw. gehören nicht zum Vermögen, ebensowenig bewegliches Inventar (Sachen) in Landwirtschaft und Gewerbe.
III. Die zu erhebende Höchstquote — vielleicht 1 vom Tausend — wird durch die Verfassung (Änderung des Artikels 70) festgelegt.
IV. Die jährlich zu erhebende Quote wird bis zu der unter III. vorgesehene Höchstgrenze alljährlich durch den Reichshaushaushalt bestimmt.
V. Der Bundesrat legt hierauf den Prozentsatz fest, der für das betreffende Jahr von dem Vermögen der Steuerpflichtigen erhoben werden soll.
VI. Dies Gesetz tritt spätestens am 1. April 1912 in Kraft, bis dahin erfolgt die Erhebung nach Maßgabe der Bevölkerung, ein Höchstbetrag kann für die Übergangszeit festgesetzt werden (150 Millionen Mark).
VII. Kontrolle über richtige Handhabung in den Einzelstaaten durch die Reichskommissare für Zölle und Steuern.

Antrag der Reichspartei.
§ 1. Die Bundesstaaten haben nach Maßgabe dieses Gesetzes an das Reich eine Abgabe zu entrichten, die von dem Besitz erhoben wird (Veststeuer).
§ 2. Der Gesamtbetrag der zu entrichtenden Abgabe wird alljährlich durch den Reichshaushaushalt bestimmt; er darf die Summe von 150 Millionen Mark nicht überschreiten.
Für eine Änderung dieser Bestimmung gilt die Vorschrift des Artikels 78 Absatz 1 der Reichsverfassung.
§ 3. Die Bundesstaaten haben den gemäß § 2 Absatz 1 bestimmten Betrag nach Verhältnis des Gesamtwertes des für ihr Gebiet ermittelten steuerbaren Vermögens aufzubringen und vierteljährlich an die Reichskasse abzuführen.
§ 4. Zum steuerbaren Vermögen gehört das bewegliche und unbewegliche Vermögen, sofern es im einzelnen nach Abzug der Schulden den Betrag von 20 000 Mark übersteigt. Möbel, Hausrat und andre bewegliche körperliche Sachen, sofern sie nicht als Zubehör eines Grundstücks oder als Bestandteil eines Anlage- oder Betriebskapitals anzusehen sind, gelten nicht als steuerbares Vermögen. Grundstücke, die dauernd land- und forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, einschließlich der dazugehörenden, denselben Zwecken dienenden Gebäude und des Zubehörs, sind nach ihrem Ertragswert zur Besteuerung heranzuziehen. Als Ertragswert gilt das fünf- und zwanzigjährige des Reinertrags, den die Grundstücke als solche nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei gemeinschaftlicher Bewirtschaftung im Durchschnitt nachhaltig gewähren können.
§ 5. Die näheren Bestimmungen über die Verteilung der Veststeuer auf die Bundesstaaten sowie die Grundzüge für ihre Veranlagung und ihre Erhebung von den Steuerpflichtigen werden für die Zeit vom 1. April 1912 ab durch Reichsgesetz festgelegt. Der Entwurf ist dem Reichstage bis zum 1. Januar 1911 vorzulegen.
§ 6. Kommt bis zum 1. Juli 1911 das bezeichnete Gesetz nicht zustande, so gelten vom 1. April 1912 ab für die Veranlagung und Erhebung der Veststeuer die Vorschriften des preussischen Ergänzungsgesetzes mit der Maßgabe, daß Vermögen im reinen Werte von nicht mehr als 20 000 Mark steuerfrei bleiben und die Höhe des zur Aufbringung des festgesetzten Betrages erforderlichen Steuerjahres durch den Bundesrat festgelegt wird.
§ 7. Die Bundesstaaten sind befugt, von der Erhebung der Veststeuer auf der Grundlage der §§ 5 und 6 abzusehen. In diesem Falle haben sie den auf ihr Gebiet entfallenden Betrag, soweit er 40 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung übersteigt, durch andre den Besitz belastende Abgaben aufzubringen. Als solche werden Steuern angesehen, die vom Einkommen, vom Vermögen oder von den Erbschaften erhoben werden. Bei Besteuerung des Einkommens sind in diesem Falle Einkommen bis zu 600 Mark freizulassen. Die Besteuerung des Vermögens darf sich nur auf Vermögen erstrecken, die nach Abzug der Schulden den Betrag von 20 000 Mark übersteigen. Die Besteuerung der Erbschaften darf nur nach Maßgabe der §§ 55, 56 des Erbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1908 erfolgen.
§ 8. Bis zum 1. April 1912 wird der an die Reichskasse abzuführende Betrag alljährlich auf die Bundesstaaten nach der Bevölkerungszahl verteilt.
§ 9. Für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes bleiben die im Artikel 70 der Reichsverfassung vorgesehenen Beiträge der Bundesstaaten außer Hebung.
§ 10. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1908 in Kraft.

Ein Zentrumsantrag.
Die Aufhebung der durch die Verfassung festgelegten Matrularbeiträge und ihren Ersatz durch eine Abgabe auf Einkommen und Vermögen vor, die alljährlich im Reichshaushaushaltgesetz in ihrer Höhe bestimmt und 150 Millionen Mark pro Jahr nicht übersteigen darf. Der von den einzelnen Bundesstaaten zu entrichtende Betrag ist auf Grund des in diesen vorgesehene, nach einheitlichen Grundzügen zu ermittelnden gesamten Einkommens und reinen Vermögensbestandes festzustellen. So lange die Grundlagen für diese Feststellung nicht in allen Bundesstaaten vorhanden sind, ist die Abgabe nach der Bevölkerungszahl zu entrichten; hierbei bleibt für Sachsen-Meinungen, Waldeck, Lippe und Schaumburg-Lippe ein Drittel der Bevölkerung außer Betracht.

Der Fall Hsew in der Duma.
Zur weiteren Fortgang der Hsew-Debatte in der Duma nahm auch der russische Ministerpräsident Stolypin das Wort und erklärte: Ungeachtet der Ausführungen der vorhergegangenen Redner erscheint mir die Interpellation ungenügend begründet, da die ihr zugrunde gelegten Tatsachen demjenigen Material, über das die Regierung verfügt, widersprechen. Hsew, den er weder verteidigen noch beschuldigen wolle, sei ein gewöhnlicher Polizeigenosse, dem jetzt legendäre Eigenschaften und nach revolutionären Quellen eine Reihe von Verbrechen zugeschrieben würden. Der Minister schilberte sodann ausführlich die Beziehungen Hsews zu den Revolutionären an verschiedenen Orten Russlands und des Auslandes, sowie seine Beziehungen zum Polizeidepartement vom Jahre 1892 und wies auf die vom Polizeidepartement festgestellte Tatsache hin, daß die Häupter der revolutionären Organisation, wenn es sich um die Ausführung von Verbrechen handelte, immer an dem Tatorte anwesend seien, um den Willen der den terroristischen Akt ausführenden Person zu stärken. Dieser Umstand sei bei Beurteilung der Tätigkeit Hsews in Betracht zu ziehen. Was speziell die Ermordung des Gouverneurs von Ifa und des Ministers von Pleschew angehe, wolle er vier Fragen stellen, nämlich: Wo befand sich zu dieser Zeit Hsew, welche Rolle spielte er in der Partei?, welche Angaben machte er der Polizei? und hat die Polizei die Tätigkeit ihrer Agenten nach diesen Morden geprüft? Alle diese Fragen könnten vollkommen beantwortet werden. Die Aufenthaltsorte Hsews waren, erklärte der Minister, der Polizei bekannt; unter den Revolutionären war er noch nicht in Verbindung mit der Aktionspartei und konnte nur zufällig einiges erfahren; der Polizei gab er wichtige Angaben, die sich vollkommen bewahrheiteten. Da Hsews Stellung unter den Revolutionären bis 1906 keine einflussreiche war, konnte er bei den Attentaten dieser Jahre weder eine Rolle spielen noch sie verhindern. Erst 1906 wurde er Vertreter des Zentralkomitees, und seitdem sind alle Anschläge des Zentralkomitees festgelegt und aufgeführt worden, während nur selbständige Organisationen einige Morde zur Ausführung bringen konnten.

Das Gerücht über ein Attentat, das angeblich im Jahre 1908 auf den Kaiser verübt wurde, ist erfunden. Das Zentralkomitee verbreitete dieses Gerücht, um seine Unfähigkeit vor den Revolutionärparteiern zu beweisen. (Tatsächlich hat es die russische Polizei verbreitet, um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen.) Der Ministerpräsident schilberte ausführlich die Tätigkeit Hsews in Warschau und wies auf dessen Verabschiedung aus dem Dienste der politischen Polizei hin, die erfolgte wegen des Verdachtes, daß er Erpressungen versucht habe. (Ausrufe der Entrüstung im Zentrum.)
Sofort nach seiner Entlassung ist Hsew in das Lager der Revolutionäre übergegangen und hat diesen geheime Dokumente und eigene Erfindungen ausgeliefert. Ferner ging der Ministerpräsident zu einer Schilderung der Tätigkeit Hsews über, dessen revolutionärer Glaube nichts als Terrorismus, Morde, Mordanschläge und Bomben anerkenne. Auch im Ausland sei er deshalb als Verbrecher erkannt. In England sei er zu 18 Monaten Zwangsarbeit verurteilt und aus der Schweiz sei er ausgewiesen worden. Der Ministerpräsident fuhr fort: Als britischer Ankläger der Regierung trat der frühere Direktor des Polizeidepartements, Popuchin, auf, der jetzt wegen Unterdrückung der sozialistischen Revolutionärpartei angeklagt ist, weil er russische Revolutionäre in London empfangen und ihnen Beistand leistet. Hsew sei Polizeigenosse. Ich wisse darauf hin, nicht, um ein Urteil über Popuchin zu fällen, das wird ein unparteiisches Gericht sprechen, die Regierung konnte sich aber unmöglich duldsam gegenüber dem von Popuchin begangenen Verleumdungsbruch zeigen. Ueber den Zusammenhang mit der Hsew-Affäre genügt es festzustellen, daß auch Popuchin keine Kenntnis von den angeblichen Verbrechen Hsews gehabt hat.
Aus dem Angegebenen folgt erstens, daß ich augenblicklich keine Gründe vorfinde, um Beamte irgend welcher Verbrechenshandlungen zu bezichtigen. Ich verfolge auch über keine Verweismittel, um Hsew der Protokollierung anzuklagen. Zweitens gleiche ich den traurigen aber unvermeidlichen Schluß, daß, so lange der revolutionäre Terror herrscht, auch der politische Späherdienst fortbestehen muß. Das Gewissen verpflichtet die Regierung, Kaiser und Staat nicht nur äußerlichen Schutz angebotenen zu lassen, sondern sie auch mit den Mitteln des Aufklärungsdienstes zu schützen. Alle Vorkehrungen müssen getroffen, damit dieser Dienst nicht ausartet. So lange ich an der Spitze der Regierung stehe, wird sie niemals von der Provokation Gebrauch machen. Falls der Regierung irgend welche Ausartungen bekannt werden, werden sie streng geahndet werden. Denn ich erkläre laut: die Regierung duldet keine Protokollierung und wird sie nimmer dulden. Misstrauens Einzelfälle kann man nicht zum Prinzip erheben. Ich muß bezugnehmen, daß — als allgemeine Regel — unter den Polizeigenossen Ehrgeiz und Eibestreue herrschen. (III) Ich kenne den Dienst der politischen Polizei und weiß, wie Beamte dieses Dienstes mutig und selbstvergessen der üblichen Gefahr trotzen und den Tod gefunden haben.
Unsere inneren Aufgaben sind der vernünftigen Mäßigkeit klar, doch können diese Aufgaben leider nur auf einem von Bomben und Brownings bedrohten Wege erreicht werden. Das ganze Polizeisystem, das im Kampfe gegen diese Schande aufsteht, ist nur das Mittel dazu, um ein ruhiges Leben und ruhige Arbeit zu ermöglichen. Der Volkörper bedarf der Stärkung, und das ganze Leben muß auf neue aufgebaut werden; mit vielfältigen Freiheiten allein ist es nicht getan. Der Weg zur Gesundung Russlands ist von der Höhe des Thrones getrieben worden. Die Duma ist berufen, die gewaltige Arbeit auszuführen, wir, die Regierung, bauen nur die Gerüste, die den Bau erleichtern sollen. Aber unsere Gegner weisen auf die Gerüste als auf ein mißgestaltetes Gebäude und bauen während darauf los, um sie zu stützen.
Meine Herren, schloß der Ministerpräsident, das Gerüstwerk wird unvermeidlich stürzen; es wird bald leicht auch uns unter den Trümmern begraben, doch möge dies erst dann geschehen, wenn das neue Gebäude mindestens in seinen Grundzügen unter den Trümmern sichtbar wird, das Gebäude des erneuten freien Russlands, frei im besten Sinne des Wortes, das heißt, befreit von Armut, Unwissenheit, Rechtslosigkeit, und einmütig in der Treue zum Kaiser. (Beifall rechts und im Zentrum.) Diese Zeit naht und wird kommen ungeachtet aller Enthüllungen, denn unser Ift nicht nur die Kraft, sondern unser Ift auch das Recht. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Hus der Partel.

Der Bericht des Landesvorstandes der baltischen Sozialdemokratie an den Offenburger Parteitag ist erschienen (54 Seiten Großformat). Der Landesvorstandssitz wurde auf dem letzten Parteitag von Karlsruhe nach Mannheim verlegt. Die erste Proklamation der Parteileitung vom April betonte die notwendige Organisation des arbeitenden Volkes zu der außerordentlich wichtigen Entscheidung im kommenden Landtagswahlkampf 1909, da „unsre Gegner in den bürgerlichen Parteilagern alles aufbieten, um uns Abbruch zu tun und das weitere Vordringen der Sozialdemokratie im Lande und die Verstärkung ihrer Vertretung in der Volkstammer zu verhindern.“
In der Organisation schritt man zur Errichtung des dritten Parteisekretariats in Freiburg und zur streng zentralistischen Wahlkreismitgliedschaft. Die Statistik gibt folgenden Resultat: Die Zahl der Mitglieder ist gegen das Jahr 1907 von 171 auf 167 zurückgegangen; die Mitgliederzahl von 13 805 auf 18 787 gestiegen, worunter die Zahl der weiblichen Mitglieder von 350 auf 384. Von den 14 baltischen Wahlkreisen verzeichnen 9 eine Abnahme der Mitgliederzahl, 4 eine Zunahme, darunter die 8 Wahlkreise, welche die beiden kleinen Parteiblätter herausgeben. In Östreich hat sich die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt, ebenso liegt sie im 6. und 7. Kreis (Volksblatt-Gebiet) erheblich; zweifellos ein Erfolg der kleinen Wochenblätter. Der 13. Kreis hat sie von 82 auf 156 erhöht, der 14. von 40 auf 83. Im Konstanzer, Karlsruher und Mannheimer Kreis fiel die Zahl der Mitglieder, im Pforzheimer nahm sie zu um 231. Das Wankt in den industriellen Orten wird mit der industriellen Krise erklärt, die auch den Abonnentenstand der Parteipresse beeinflusst.
Zur Budgetfrage erklärt der Bericht:
In der Frage der Budgetbewilligung steht der Landesvorstand auf dem Standpunkt der 88 süddeutschen Delegierten des Parteitages zu Nürnberg. In einer Sitzung der Landtagsfraktion, in der dem Landesvorstand von der beabsichtigten Zustimmung zu dem Budget Kenntnis gegeben wurde, ist der in einer früheren Sitzung gefasste Beschluß, vorerst Still-schweigen zu beobachten, bis die Deckungsfrage, welche mit der Annahme des Beamtengesetzes ihre Erledigung findet sollte (?), aufrecht erhalten worden. Dieser Beschluß erstreckte sich auch auf die Mitglieder des Landesvorstandes. Auf das am 4. August vom Parteivorstand in Berlin an den Landesvorstand ergangene Schreiben konnte schon deshalb eine bestimmte Antwort nicht gegeben werden, weil die Fraktion zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht wusste, ob sie für oder gegen das Budget stimmen werde.
Am 18. Oktober beschäftigte sich eine Wahlkreisvertreterkonferenz mit der Stellung der 88 Süddeutschen zu Nürnberg und mit den Prophezeien des Vorwärts und der Leipziger Volkszeitung, die allgemein (!) verurteilt wurden. Darauf erging eine Proklamation des Landesvorstandes, worin es heißt:
Die Zustimmung unsrer Fraktion zum Gesamtbudget hat unterdessen in der Partei zu lebhaften Auseinandersetzungen

Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeltzer Str. 32, Part. rechts, I. Etage. Fernsprecher 14610. Bureauzeit: Montags von 12 bis 1 Uhr und 6 bis 8 Uhr, Sonnabends von 9 bis 4 Uhr.

Döitz. Sonnabend, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr. **Vortrag** von Gen. **Greß**: Das Bürger- und die Sozialdemokratie. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. [3149] Der Vorstand.

Holzhausen. Sonnabend, den 27. Februar, abends 9 Uhr. **Versammlung** im Vereinslokal. **Vortrag** des Genossen **Ernst**, Leipzig. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. [3156] Der Vorstand.

Liebertwolkwitz. Sonnabend, 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr. **Versammlung** im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Genossen **Müller**, Reibitz, über: **Darwinismus**. 2. **Wahl** der Mitglieder. 3. **Bericht** des Genossen **Ernst**. — Die Versammlung wird pünktlich 7 1/2 Uhr eröffnet. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. [3144] Der Vorstand.

Lössnig. Sonnabend, 27. Februar, abends 9 Uhr. **Mitglieder-Versammlung** im Goldenen Stern. 1. **Heiterer Abend** (Requationen). 2. **Versammlung**. **Sonntag**, den 7. März **Besuch** der städtischen Gastanstalt. Um zahlreiche Beteiligung bitten. Der Vorstand.

Oetzsch-Gautzsch. Sonntag, 28. Februar, abends 8 Uhr, im **Paradies** zu **Seich**, **Rosogger-Abend**. — Humoreske, aus zahlreiche Stunden verprechend, laden freundlich ein. [3147] Die Vorstände.

Stahmeln. Sonnabend, den 27. Februar, **Mitglieder-Versammlung**. Tagesordnung: 1. **Bericht** der Gemeinderäte. 2. **Wahlangelegenheiten**. 3. **Verabschiedung**. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht. D. V.

Ortsverein L.-Ost.

Dienstag, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung

im Saale der Germania, L.-Sellerhausen.

Tagesordnung: 1. **Vortrag** vom Genossen **R. Lipinski** über: Das Bankwesen und der Einfluß auf den Wirtschaftsmarkt. 2. **Diskussion**. 3. **Bereits-** und **Parteiangelegenheiten**.

Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen. **Der Vorstand.**

Sächs. Evangel.-soziale Vereinigung, Ortsgruppe Leipzig

Einladung zu dem Vortrag von **P. Liebster**

in den **Drei Mohren, L.-Anger**, Breite Strasse 7 **Freitag**, den 26. Februar 1909, über:

Sozialdemokratische Philosophie

(Joseph Dietzgen).

Anfang 7 1/2 Uhr. Freie Diskussion. Eintritt frei. **Der Vorstand.** [3108]

Öffentliche politische Versammlung!

Stünz.

Montag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr

Grosse öffentliche

Einwohner-Versammlung

im grossen Saale des Gasthofs zu Stünz (Grotha).

Tagesordnung: 1. **Die bevorstehende Eingemeindung**. Referent: Stadtverordneter Genosse **Julius Lehmann**. 2. **Freie Aussprache**.

Alle Einwohner, besonders die notleidenden Hausbesitzer, sind hierzu freundlichst eingeladen. **Der Einberufer** [3152] **S. Stollberg**, Stünz, Schulstr. 7.

Burghausen.

Sonnabend, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr

Volkversammlung im Alten Gasthof Burghausen.

500 Millionen Mark neue Steuern, neue drückende Volkslasten in Aussicht. Ref.: **Stadt. Gen. Pinkau**, Leipzig. **Arbeiter**, protestieren durch Massenbesuch. **Der Einberufer.**

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeltzer Str. 32, Part. rechts, I. Etage.

Bureauzeit: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 6-8 Uhr. **Telephon 3784.** [19601]

Bauschlosser. Sonnabend, 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr. **Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: **Vortrag** des Genossen **Ryssel** über: **Neuer Kampf** um den **Religionsunterricht** in der Schule. 2. **Gewerkschaftliches**. [3070]

Former und Giessereiarbeiter Leipzigs.

Sonnabend, den 27. Februar, im Volkshaus, **Gr. Winter-Vergnügen**, bestehend in Theateraufführung u. Ball. Anfang 8 Uhr. Die Festleitung.

Gewerkschaftler! Parteigenossen! Hausfrauen!

Seit Jahren kämpft der Zentralverband der Bäcker und Konditoren um einen Ruhetag, einen freien Tag in der Woche. Der Bäckergehilfe muß heute noch sieben Nächte in der Woche arbeiten. Nur die Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtstage ist die einzige freie Nacht im ganzen Jahre. Erneut hat sich der Verband mit einer Petition an den Reichstag gewandt und denselben ersucht, einen wöchentlichen Ruhetag gesetzlich einzuführen.

Ein Meisterstück des Verrates hat der gelbe Bund, welcher von den Bäcker-Innungen ausgehalten wird, begangen. Dieser gelbe Bund, der auch in Leipzig durch einige Mitglieder vertreten ist, hat an den Reichstag eine Gegenpetition, die Unwahrheiten und Verdrehungen genügend enthält, eingereicht und bittet den Reichstag, die Resolution des Verbandes abzulehnen und die Ruhezeit für den Bäckergehilfen von 14 Stunden auf 16 Stunden zu erhöhen.

Am 2. März, nachm. 3 Uhr, findet im **Sanssouci, Elsterstraße**, eine

Protest-Versammlung

statt, die sich mit dem erbärmlichen Verrat der Gelben befassen wird. Wir richten nunmehr die Bitte an alle oben genannten, uns in unserem Kampfe zu unterstützen, sowie die Bäckergehilfen auf diese Versammlung hinzuweisen und sie auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

Verband der Bäcker und Konditoren
Mitgliedschaft Leipzig.

Arbeiter-Frauen!

Bezieht Euch bei Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung.

Ortsverein

Plagwitz-Lindenau-Schleussig

XIII sächsischer Reichstags-Wahlkreis.

Bibliothek
Lindenau, Merseburger
Straße 45.
Über 4000 Bände.

Bei Veranstaltungen u. Versammlungen des Vereins ist die Bibliothek geschlossen.

Geöffnet von Dienstag bis Sonnabend ab 8 1/2 Uhr. Sonntags 10-12 Uhr; für Kinder Mittwochs u. Donnerstags abends von 2 bis 4 Uhr.

Dienstag, den 2. März 1909, abends 7 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung

(Diskussionsabend)

Im Saale des Etablissement **Deutsches Haus, Markt Lindenau.**

Tagesordnung: 1. **Vortrag** über: **Kommunipolitische Fragen**. Referent: Genosse **Frenzel**, Stadtverordneter. 2. **Diskussion** hierzu. 3. **Bereits-** und **Parteiangelegenheiten**. — Zahlreiches Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Deutsch-kathol. Gemeinde (Freireligiöse)

Sonntag, den 28. Februar, nachm. 4 Uhr, in der Schule für Frauenberufe, Schülerstraße 9: **Erbauung**. Pred. **Klippenberger**.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Satigähden 9, I. Empfehlung: Winter- resp. Frühjahrspaletots, Rock- u. Jackentanz, Jacketta, Bekleidungs- u. sol. Preisen. Auch werden eleg. Fracks und Gesellschaftsanzüge vertiebt. *

Allg. Arbeiter-Bildungs-Institut.

Vortrags-Zyklus der Genossin Klara Zetkin

Kann dieses Frühjahr nicht stattfinden. Die ausgegebenen Karten werden an den bekannten Stellen wieder zurückgenommen. [3069] Der Bildungsausschuss.

Baugenossenschaft Leipzig-Lindenau

E. G. m. b. H.

Sonnabend, den 27. Februar, im Deutschen Haus zu Lindenau (am Markt)

Feier

Grundstein-Legung

für die Turnhalle der Freien Turnerschaft „West“, bestehend in **Kommers** und **Ball** unter Mitwirkung sämtlicher Arbeitervereine Lindenaus. — Alle Freunde und Gönner unserer Sache, im besonderen unsere verehrten Mitglieder, werden um rege Teilnahme gebeten. Beginn 8 Uhr. Eintritt 25 Pf.

Öffentliche politische Versammlung.

Markranstädt.

Sonnabend, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr

Öffentliche Volks-Versammlung

im Saale des Thüringer Hofe.

Tagesordnung: 1. **Die Verschleppungspolitik** des Reichstagsblocks und die Forderungen der Arbeiter an die Gesetzgebung zum Schutze ihres Lebens und ihrer Gesundheit. Referent: **Arbeitersekretär Gen. Mylan**. 2. **Freie Aussprache** hierzu.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Aktuation aller organisierten Arbeiter für diese Versammlung. **Der Vorstand des Sozialdem. Ortsvereins.** **Der Gewerkschafts-Ausschuss.** [3145] **J. A. Nag** Sträßel, Markranstädt, Zwentauer Str. 20.

Verein d. Maschinisten u. Heizer (Lokalverein)

Sonnabend, 27. Febr., im Etablissement Sanssouci

22. Stiftungs-Fest

bestehend in [3198]

Konzert, Theater und Ball

mit Mitw. d. Kapelle **Wolde u. Seidel-Sänger**. Anf. 8 Uhr. Um zahlreich. Besuch bittet D. V.

Arbeiter-Radfahrer-Bund

Solidarität.

Abt. **Zentrum**: Sonntag, den 28. Februar, Ausflug nach **Söhnig (Stern)**. Treffpunkt 2 Uhr an der **Südebrücke**.

L.-West: Sonnabend, den 27. Februar. **Grundsteinlegung** zur **Turhalle** im **Zeitlichen Haus**, **Plagwitz-Schleussig**. Donnerstag, den 4. März, **Versammlung** im **Goldenen Adler**. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Sonnabend, den 18. März, **Stiftungs-Fest** im **Kellere Keller**, **Plagwitz**. Programme hierzu im Vorverkauf 20 Pf. durch **lokale** **Verkaufsstellen**. **D. V.** **Süd-Ost**: Donnerstag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, **Bereits-** und **Parteiangelegenheiten** im **Restaurant Heine**, **Süderstr.**

Alle Abteilungen haben sich in ihren nächsten Versammlungen mit Auffstellung des **Leuzenfelder April** zu beschäftigen, welche bis 15. März in Händen der Vorsitzenden sein müssen.

Neuer Lindenauer Bandoneonklub

Sonnabend, den 27. Februar 1909

Erstes Stiftungs-Fest

im Etablissement **Westendhallen, L.-Plagwitz**, bestehend in **Theater**, **Konzert** und **Ball**, unter Mitwirkung der **Dramatischen Abteilung** des **Ortsvereins Plagwitz-Lindenau-Schleussig**. Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. — Programme sind im Vorverkauf beim **Büfettler** à 25 Pf., an der **Kasse** à 30 Pf. zu haben. Hierzu la. et. Freunde und Gönner erachtet ein. **Der Vorstand.**

Jedermann hat freien Zutritt.

Volkshaus L.-Volkmarsdorf, Kirchstrasse 25/27.

Sonntag, den 28. Februar, abends 8 Uhr

Gibt es zwingende Gründe zu sittlichem Handeln? Referent: Herr **Unterrichtspräsident Dr. F. Barth.**

Billige Briketts

liefert

Benno Grimm

Tauchaer Strasse 41.

Politische Uebersicht.

Die Arbeitslosenfrage in England.

In keinem Lande der Welt — auch nicht in Deutschland — bildet die Arbeitslosigkeit in solchem Maße die Lebensfrage des Proletariats, wie in England. Der englische Kapitalismus hat den Höhepunkt seiner Entwicklung bereits hinter sich. Zwar geht der Prozeß der Akkumulation des Kapitals noch immer rasch vor sich, aber die Entwicklung der Produktion hält mit ihm nicht mehr Schritt, und die ausgebeuteten Mehrwertmengen werden immer mehr in Finanzkapital verwandelt und ins Ausland exportiert. Es gibt in England bereits eine absolute Ueberbevölkerung, die auch in den besten Zeiten nicht mehr vom Produktionsprozeß aufgefangt wird, während die relativ Ueberbevölkerung schwanke an Umfang und Häufigkeit mehr als irgendwo. Es ist klar, daß der englische Kapitalismus nicht mehr seine eigenen Lohnsklaven zu ernähren imstande ist, und es gehört nicht zu den klinsten Verdiensten der englischen Sozialdemokratie, daß sie gleich bei ihrem Entstehen diese grausame Tatsache anerkannt hat und seither die Frage der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt ihrer Agitation gestellt hat. Was jetzt überall als Gemeinplatz gilt, nämlich, daß es Pflicht der öffentlichen Behörden ist, Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen, das wurde zuerst von der englischen Sozialdemokratie vor mehr als zwanzig Jahren ausgesprochen, und was jetzt in England als übliches kleines Mittel gegen die Arbeitslosigkeit gilt, wie die Verkürzung der Arbeitsstunden, die Aufforderung brach liegender Ländereien, die Gründung von landwirtschaftlichen Kooperativgesellschaften usw., das war, inmitten der allgemeinen Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit vor ihr zuerst aufgestellt und zwanzig Jahre hindurch unermüdetlich verteidigt. Auch das Arbeitslosengesetz von 1903, das zum erstenmal die Verantwortlichkeit des Staates in Sachen der Arbeitslosigkeit proklamierte, kam ausschließlich unter dem Druck der sozialdemokratischen Agitation zustande, und obwohl in den letzten Jahren auch noch andere Parteien an der Arbeit um die Arbeitslosen teilgenommen haben, bleibt die Sozialdemokratie noch immer die treibende Kraft, die alles bewegt und belebt.

Diese Umstände muß man vor Augen haben, um zu begreifen, warum die Sozialdemokratie das Verhalten der Arbeiterpartei in der vergangenen Herbstsession des Parlaments einer so scharfen Kritik unterzogen hat. Es war geradezu empörend, zu sehen, wie zur Zeit einer solchen unerhörten wirtschaftlichen Krise die Arbeiterdeputierten, statt die Aufmerksamkeit des „hohen Hauses“ mit Gewalt auf die Lage der Hunderttausenden von Arbeitslosen zu drängen und energische Maßregeln zu erzwingen, noch lang über eine nichtige Temperenzreform debattierten, die noch dazu den üblichen Weisheitsmaßstab besaß, daß die bürgerlichen Parteien darin ein Mittel auch gegen Arbeitslosigkeit erblickten. Gilt doch bei ihnen — besonders aber bei den Liberalen — die angebliche Trunksucht der Volksmassen als eine der Hauptursachen ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage! Für diese Kritik der Fraktion wurde die Sozialdemokratie als „Nörgler“, „Sektierer“, „Partei-verderber“ beschimpft, und ihre Angriffe auf der Portsmouther Konferenz wurden niedergestimmt. Man hoffte, daß gemäß den im Herbst abgegebenen feierlichen Versprechungen die Regierung eine große Arbeitslosenparagraf in der neuen Session einbringen werde, die die Ueberlegung der von den Arbeiterführern verfolgten parlamentarisch-diplomatischen Taktik demonstrieren und die „marxistischen Fanatiker“ gründlich kompromittieren wird.

Die neue Session kam. Und was für eine bittere Enttäuschung brachte sie! Die Regierung, mit der man ein ganzes Jahr hindurch bis tief über die Anie im Stumpfe gewartet hatte und der man innerlich wie außerhalb des Parlaments peinlich alle Schwierigkeiten aus dem Weggeräumt hatte, diese Regierung löste dadurch ihr Versprechen ein, daß sie in der Thronrede eine Vorlage zum Ausbau von — Arbeitsnachweisen ankündigte! Eine solche Ohrfeige haben selbst die schärfsten Kritiker der Arbeiterfraktion nicht erwartet. Und die Empörung kam zum Ausbruch. Gleich am zweiten Tage, ohne auf das übliche zuerst kommende Amendement der offiziellen Opposition zu warten, griff die Arbeiterfraktion ein, stellte ein eigenes Amendement auf und provozierte so eine große Auseinandersetzung mit der Regierung. In allen Reden kam die tiefe Enttäuschung der Arbeiterpartei über die Verftidie der Regierung zum Ausdruck, die überragende Bedeutung der Arbeitslosenfrage über alle andern Fragen, die der Temperenz und sogar der Zollpolitik eingeschlossen, und der Regierung wurde klar angekündigt, daß man keine gesetzgeberische Arbeit zustandekommen lassen wolle, bevor die Forderungen der Arbeitslosen nach Arbeit erfüllt seien. „Ich werde nicht“, erklärte Barnes, „ruhig sitzen bleiben, während das Haus seine Zeit mit minderwichtigen Materien vergeudet, lieber werde ich außerhalb des Parlaments stehen“, d. h. wie Grayson, ausgefallen werden. O'Grady erklärte mit aller Energie, jede von der Geschäftsführung gebotene Gelegenheit benutzen zu wollen, um zu obstruieren, bis die Frage der Arbeitslosigkeit beantwortet sei. Auch Crooks erklärte, er würde ein Feigling sein, wenn er nicht jede Gelegenheit benutzen würde, um die Regierung für ihre Nachlässigkeit zu demangieren, und sein Kollege Summerbell, „als einer, der noch nie die Gesehe gebrochen hat“, gestand offen, von jetzt an die Arbeitslosen belehren zu wollen, daß sie ihre Menschenwürde und ihre Menschenrechte „auf alle Weisen“ zu behaupten haben. Zuletzt sprach auch Eric Garbie, der früher nicht genug Worte fand, um seinen Parteigenossen Grayson für seine „anarchistische“ Aufführung zu verurteilen. Die Regierung, rief er, die Regierung, der die Arbeiterfraktion so viel Vertrauen geschenkt hatte, sei jetzt tief diskreditiert und „wenn die Arbeitslosigkeit nicht sofort geregelt wird, so wird meine Partei innerhalb wie außerhalb des Parlaments eine Aktion veranstalten, die bisher noch ihresgleichen nicht gehabt hat“. Er ging so-

gar so weit, zu sagen, den Arbeitermassen sei die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, ganz gleichgültig, und wenn sie die Wahl zwischen dem Freihandel ohne Reformen und dem Schutzzoll mit Reformen haben, so werden sie sich zugunsten des letzteren aussprechen! Und im Gegensaß zu einer ähnlichen Situation im Oktober, und trotz aller besorgten Mahnungen, die Sache könne mit dem Sturze der Regierung enden, stellte die Arbeiterfraktion ihr Amendement zur Abstimmung, und die Regierung erzielte tatsächlich bloß eine Mehrheit von etwa hundert Stimmen.

Wäre die Sozialdemokratie in ihrer Kritik der Arbeiterpartei von parteipolitischen Interessen geleitet gewesen, so könnte sie jetzt eine gewisse Schadenfreude empfinden. Die Arbeiterpartei hat in ihrem Auftreten und in ihren Reden genau so gehandelt und gesprochen, wie die Sozialdemokratie von ihr gefordert hatte, obwohl sie dafür aufs ärgste vom Feinde und angeblühen Freunden verleumdet wurde. Allein nicht Schadenfreude, sondern Schmerz fühlt sie darüber, daß die patentierten Arbeiterführer noch immer so blind sind, daß sie nicht eher die Tatsachen erkennen, bis sie ihnen ins Gesicht schlagen, und nicht eher zur Aktion übergehen, als die Massen da draußen ihnen die Aktion aufzwingen. Der Eröffnung d. s. Parlaments gingen einige wichtige Straßendemonstrationen der Arbeitslosen beider Geschlechter voraus, in denen, wie immer, die Sozialdemokratie die Hauptrolle spielte, und obwohl fast keiner der Arbeiterdeputierten zu den Demonstrationen erschienen war (wobei die Herren MacDonald und Snowden offen erklärten, daß sie mit den Sozialdemokraten organisierten Demonstrationen nichts zu tun haben wollen), und selbst Barnes in seiner Parlamensrede jede Solidarität mit den Demonstranten zurückwies, unterliegt es keinem Zweifel, daß es eben diese gewaltigen Kundgebungen waren, die die Arbeiterpartei zur entschiedenen Aktion bewegten.

Dazu kommt, daß man noch gar nicht sicher ist, ob die Drohungen der Arbeiterfraktion im Parlament wirklich in die Tat umgesetzt werden. Die allgemeinen Wahlen stehen nahe bevor, und es ist fraglich, ob die Arbeiterdeputierten es wagen werden, durch eine kühne Aktion die Liberalen abzuschrecken und ihre Mandate zu gefährden. Haben sie doch die ganze Zeit hindurch auch nicht das geringste getan, um sich durch sozialistische Erziehung der Arbeitermassen von den liberalen Wählern unabhängig zu machen, und wie gerade jetzt ihr Vorgehen in einer Reihe bevorstehender Ersatzwahlen zeigt, wagen sie immer nur dort eigene Kandidaten aufzustellen, wo sie auf die Unterstützung der liberalen Partei rechnen können. Das wird dadurch erzielt, daß sie solche Wahlkreise meiden, wo bereits ein liberaler Kandidat aufgestellt ist, wie jetzt in Glasgow, und in anderen Wahlkreisen ihre Kandidaten auf ein so allgemeines Programm verpflichten, das auch für jeden guten Liberalen durchaus annehmbar ist, wie jetzt in Taunton. Außerdem ist es nicht ohne Bedeutung, daß an der Arbeitslosendebatte fast ausschließlich der linke Flügel teilgenommen hat, während die Schafletons und Hendersons ruhig sitzen blieben. Das ist eine alte Methode der englischen bürgerlichen Parteien, die je nach den Bedürfnissen des Augenblicks, bald die „radikalen“, bald die „gemäßigten“ Elemente sprechen lassen. Sollte die Leitung der Arbeiterpartei diese Taktik ebenfalls dem bürgerlichen Parlamentarismus entnommen haben, so wäre die Sache doppelt schlimm. Jedenfalls kann noch kein Mensch sagen, wie die Dinge sich entwickeln werden.

Deutsches Reich.

Parlamentarischer Brief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 26. Februar. Die Schar der Meister unfreiwilligen Humors, über die die Rechte verfügt, hat durch die Wahl des Grafen Westarp, früheren Polizeipräsidenten von Schneberg, zum konservativen Abgeordneten (genau eines harkatistisch versuchten Wahlkreises eine bedeutame Bereicherung erfahren. In der Polendebatte, zu der sich am Freitag die Fortsetzung der Beratung des Antragspreisakt auf Freiheit des Grunderwerbs gestaltete, übersehte dieser Graf Westarp die ungezählten Fußtritte und Ohrfeigen, die der Freisinn seit Inaugurierung der Blokopolitik von seinen konservativen Blodgenossen fortgesetzt auf Gesicht und Gesicht erhalten hat, mit „Veredelung“. Es soll anerkannt werden, daß dieses Uebermaß frecken Junkerhohnes einen Freisinnigen — allerdings aus der noch nicht ganz blockverimpelten Vereinigung — von Synidikus Dove, zu einer erfreulich kräftigen Abwehr bewog. Wir hoffen, daß Herr Dove auch im Sinne der Freisinnigen Volkspartei sprach, an deren Führer Wiemer im Laufe der Sitzung der zu solcher Aufgabe durch Borzüge des Geistes und Körpers besonders befähigte Wendt einen privaten Veredelungsversuch unternahm. Die Worte des Grafen Westarp ließen den jugendlichen Böhme, einen antisemitischen Radaupolitiker aus der Schule des Vereins deutscher Studenten, nicht schlafen, der mit seinem ausgesprochenen Mongolenhype wie das ausgesprochenste Gegenteil eines Kämpfers von Teutoburg aussieht. Dieser Herr sprach von der minderwertigen Polenrasse. Er bezog dafür vom Genossen Ledebour eine derbe Züchtigung. In glänzender Rede wies Ledebour den Zusammenhang des Sarkasmus mit der ganzen horussischen Gewaltpoliti nach. Den komischen Versuch Böhmes, die Sozialdemokratie des geheimen Sarkasmus zu beschuldigen, wies Genosse Gus in zweimaligen Ausführungen zurück. Auch von polnischer Seite wurde dem vorlauten Mongoloiden, wie ihn Genosse Ledebour mit treffendem Humor nannte, gründlich heimgeleuchtet. Selbst auf der Rechten wusch ein reichsparteilicher Redner sich von der Schmach rein, an dem wahnwitzigen Werk der Polenhoh mitgearbeitet zu haben. Ueber den polnischen Antrag wird am Freitag abgestimmt werden. Außerdem steht der Etat des „Diamantenfinders“ Dernburg auf der Tagesordnung.

Der Schacher geht weiter.

Die gestrigen Verhandlungen der Finanzkommission des Reichstages haben alles weniger als eine Klärung der steuerpolitischen Situation bewirkt. Die Lage ist so verworren als je und als einziges Ergebnis der Verhandlungen kann die Tatsache registriert werden, daß die Annäherung der Rechten und des Zentrums noch inniger geworden ist, während der alte Bloch endgültig in die Brüche zu gehen droht. Nach den Erklärungen der konservativen und antisemitischen Redner in der Finanzkommission besteht kaum noch ein Zweifel, daß sich die Mehrheit, bestehend aus Zentrum, Konservativen und dem im Fahrwasser des Bundes der Landwirte segelnden wirtschaftlichen Vereinigung auf der Grundlage des Zentrumsantrages zusammenfinden wird. Das spricht auch das führende Junkerorgan, die Kreuzzeitung, heute offen aus, die zugunsten des Antrages Herold sogar den konservativen Steuerorschlag teilweise fallen läßt. In der konservativen Kundgebung heißt es zum Schluß:

Wir hoffen, daß in der Richtung des Zentrumsantrages nunmehr eine Einigung zu erzielen sein wird, wobei nicht ausgeschlossen zu sein braucht, daß auch dem Antrage Camp noch in dem einen oder andern Punkte Rechnung getragen wird.

Dem Zustandekommen eines neuen konservativ-ultramontanen Blochs mit dem vorläufig nächsten Zweck der Abwälzung der sogenannten Besitzsteuer auf die Besitzlosen, würden auch die an anderer Stelle des Blattes wiedergegebenen Erklärungen des Reichsschatzsekretärs und des preussischen Finanzministers nicht entgegenstehen. Die Minister haben sich vorläufig entschieden nur gegen die Einführung einer Reichsvermögenssteuer ausgesprochen, während sie die Anträge Herold und Camp durch aus nicht prinzipiell abgelehnt haben. Die Erklärung, daß die verbündeten Regierungen an der Nachlaststeuer als der zweckmäßigsten Steuerreform festhielten, ist nicht mehr ernst zu nehmen, da die bundesstaatliche Finanzminister, die an der Berliner Konferenz teilnahmen, so wenig wie die Herren Willow und Sydow sich heute noch Illusionen über die Aussichten dieser Steuer hingeben. Es ist hoffnungslose Naivität, wenn die Frankfurter Zeitung an die Regierung appelliert, nun endlich mit Entschiedenheit an der Nachlaststeuer festzuhalten. Das haltlose Hin- und Herbewandern Sydows müsse aufhören und die Parteien vor die Alternative gestellt werden: entweder wird die Steuer bewilligt oder es wird an die Wähler appelliert, meint das freisinnige Organ. Es ist geradezu kindlich, den Willow und Sydow Konsequenz und Entschlossenheit, noch dazu wenn es gegen die Junker geht, zuzutrauen. Die Nachlaststeuer ist tot und kein Sydow kann sie wieder zum Leben erwecken. Wegen dieser Frage aber gar den Reichstag aufzulösen, wird man sich schon hüten. Die Regierung könnte dabei ihr blaues Wunder erleben.

Vorläufig schreut die Regierung offenbar noch davor zurück, den Liberalen endgültig Valet zu sagen und die Finanzreform ausschließlich mit Junkern und Pfaffen durchzuführen. Man sucht Zeit zu gewinnen und hat deshalb die weiteren Verhandlungen der Finanzkommission wieder einmal vertagt. Wie ein Berliner Telegramm meldet, werden neuerlich Versuche gemacht, eine Einigung zwischen den Blochparteien zu ermöglichen. Auch die Germania berichtet von einer nachträglichen Vertagung, damit für die weiteren Verhandlungen eine Vorbesprechung der Fraktionen und eine Verständigung unter den Parteien und mit der Regierung erzielt werde. Es wird also alles aufgebieten, um den Kuhhandel unter Hinzuziehung aller bürgerlichen Parteien doch noch perfekt zu machen. Wie das geschehen wird, läßt sich jetzt schon mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen. Die Liberalen werden zuguterletzt auch hier das bekannte „Opfer des Intellekts“ bringen und gemeinsam mit den Konservativen und dem Zentrum für die Erhöhung der Patentsarbeitsbeiträge stimmen — trotz aller Rodomontaden ihrer Presse und Parteiführer.

Ein Schwarz-Blau-Bündnis

Ist noch in letzter Stunde im Wahlkreise Altpreußen anstandslos gekommen. Der Zentralausschuß der national-liberalen Partei in Berlin hatte nach langem Bären am Tage vor der Stichwahl, die am 26. Februar vorgenommen wird, die Parteifreunde in Altpreußen aufgefordert, für den freisinnigen Kandidaten Korrell zu stimmen. Zur gleichen Zeit, da diese Aufforderung im Wahlkreise eintraf, beschloß dort eine national-liberale Vertrauensmännerversammlung die Unterstützung des Zentrumskandidaten Uebel. Das offizielle Communiqué bearbeitet das Eintreten für Uebel damit, daß das Zentrum die Versicherung gegeben habe, bei der nächsten Reichstagswahl die National-Liberalen zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, ob diese im letzten Augenblicke losgelassene Stichwahlparole dem Zentrumsmann zum Siege verhelfen wird. Die offizielle Parole ist allerdings nur der Schlüssel zu dem Verhalten der national-liberalen Führer im Kreise während der ganzen Wahlkampagne. In den letzten Tagen haben in einer Reihe von Orten national-liberale Wählerversammlungen stattgefunden, in denen der Zentrumskandidat sprach und die von National-Liberalen geleitet waren. Auch die national-liberale Presse legte sich teilweise lebhaft für Uebel ins Zeug. Die West erzieht also jetzt das erbauliche Schauspiel, daß die national-liberalen Kulturkämpfer mit allen Mitteln für den Schwarzen eintreten, gegen den sich bei den letzten Reichstagswahlen der ganze bürgerliche Troß verbündet hatte, den freisinnigen Blochgenossen lassen sie aber versteinert durchschauen. Und das im besten der Eiden, wo angeblich der Liberalismus noch aus einem ganz andern Holze geschnitten ist, als im reaktionären Norden. Auch ein Beitrag für den unaufhaltsamen Krebsgang des deutschen Liberalismus!

Berlin, 26. Februar. Das Reichsamt des Innern hat die

Unterstützung von Feuersfällen in einem neuen Gesetzentwurf geregelt. Der Entwurf soll in der nächsten Zeit den Interessenten zugehen, damit eventuelle Einwendungen berücksichtigt werden können, ehe der Entwurf dem Reichstage vorgelegt wird. Wie die Nationalzeitung erzählt, wird im Reichskolonialamt ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der ein Monopol für die Herstellung von Bier und Branntwein in Deutsch-Südwestafrika schaffen will. Reden hören. Einnahmen will man dadurch angeblich auch größeren Schutz der Eingeborenen erzielen.

Der Senatorenkonvent des Reichstags beschloß, daß im Plenum zunächst der Kolonialetat, dann der Etat des Reichspostamtes erledigt werden soll. Anfang März soll mit dem Militärstatet begonnen werden, dem dann der Marineetat folgt. Es ist zwar vorgesehen, Abendkationen abzuhalten, doch ist gleichzeitig der Schachsekretär ersucht worden, ein Etat-Kollegium vorzubereiten.

Aus den Reichstagskommissionen. Die Petitionskommission des Reichstags überließ die Eingaben über die Sicherung des Koalitionsrechts der Privatangelegenheiten dem Reichsanwalt zur Erörterung. Die Justizkommission legte in der zweiten Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes die Zuständigkeitssumme der Amtsgerichte auf 600 M. fest. Die Regierungsvorlage wollte die Höchstgrenze auf 800 M. bemessen.

Regierung, Reichstag und Unternehmerinteressen. Der preussische Handelsminister Deibrock hat die Danbelskammern ersucht, sich binnen 6 Wochen über die Abänderungen äußern zu

wollen, die die Kommission des Reichstages an der ursprünglichen Fassung der Gewerbeordnungsnovelle, soweit die Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker in Betracht kommen, vorgenommen hat. Der Minister erklärt, es sei für ihn von Wert, zunächst bald darüber unterrichtet zu werden, ob und welche Besenken gegen die Abänderung der Regierungsvorlage geltend zu machen sind.

Wenn die Handelskammern Bedenken gegen die Beschlässe der Reichstagskommission äußern, wird die Regierung schleunigt zu der Überzeugung kommen, daß sie unannehmbar sind. Denn höher als die Rücksicht auf die Forderungen der Angehörigen und den Willen des Parlaments steht das Unternehmerinteresse.

Die Tabakarbeiter sind gegen die drohende ungeheureliche Mehrbelastung des Tabaks in ganz Deutschland in eine lebhaftere Protestbewegung eingetreten. In Orten, für die die Tabakindustrie von Bedeutung ist, sollen die Einwohner ganz allgemein zur Unterstützung von Petitionen gegen die Mehrbelastung des Tabaks aufgefordert werden. Die Tabakarbeiter rechnen bei der Sammlung der Unterschriften auf die tatkräftige Unterstützung der Parteiorganisationen und Gewerkschaften.

Der Ideenburger Landtag hat mit 26 gegen 18 Stimmen die Einführung eines Pluralwahlrechts beschlossen; danach erhält jeder Wähler, der das 40. Lebensjahr erreicht hat, eine zweite Stimme. Die weitergehenden Anträge auf ein schärferes Pluralwahlrecht wurden mit 28 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Zur Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen erklärt ein Straßburger Blatt, daß in der Angelegenheit wohl Verhandlungen im Gange seien, diese erstrecken sich aber vorerst nur auf die Einholung der Ansicht der einzelnen Bundesstaaten. Erst wenn diese sich zu der Frage geäußert haben, werde eine Vorlage von der Reichsregierung ausgearbeitet und dem Bundesrat zur Beratung vorgelegt werden. Als dies geschehen könne, würden noch Monate vergehen, so daß kaum annehmen sei, daß noch vor der Vertagung des Reichstags die Materie zur legislativen Behandlung kommen werde.

S. „Nimm hin, o Herr, meine ganze Freiheit. Nimm mein Gedächtnis, meinen Verstand und allen meinen Willen.“ — So heißt es auf Seite 283 des neuen Regensburger Gesangbuchs für die katholische Kirche. Die bayerische Lehrzeitung nennt dieses Gebet Wahnsinn. Darob höchste Capdörnung im Kentrumblätterwald. Das Fränkische Volksblatt des Hrn. Gerstenberger schreibt: „... Das Gebet stimmt vom heiligen Januarius. Seitdem haben es Tausende und Tausende nachgebetet. Und nun hat der Mann (von der Lehrzeitung) dieses Gebet ein Gebet um Wahnsinn nennen! Muß denn zum Schanden der Autorität in Staat und Kirche so lange gewartet werden, bis von unten einmal die wolle, grelle Wahrheit gelagt wird?“

Der fromme bayerische Kultusminister Weidner wird den letzten Satz wohl verstehen und gegen die Verbreitung die Einführung eines Verabrens wegen Verächtlichmachung von Religionsbeziehungen veranlassen!

Klein politische Nachrichten. Die 22 Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, welche im Laufe des gestrigen Verdicts, ins englische Parlament einzudringen, verhaftet worden waren, wurden zu ein bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — Die unabhängige Senatskommission in Washington empfahl die Vorlage betreffend Regierungskontrollen für Dampfschiffe dem Hause zur Annahme. — Bei dem Gestrichen in Michail Nikolajewitsch ist ein merkwürdiger Verfall der Kräfte zu verzeichnen, so daß der Tod jeden Tag eintritt kann.

Oesterreich-Ungarn.

Woju der Kärm?

Wien, 20. Februar. Der österreichische Gesandte in Belgien, Graf Jörgach, war gestern zur Berichterstattung in längerer Audienz beim Kaiser und hatte auch mit dem Minister des Aeußeren v. Rechenthall eine Unterredung. Eingeweihte gewannen den Eindruck, daß Graf Jörgach nicht an einen Krieg glaubt. Es verlautet, Oesterreich werde den Mächten mitteilen, daß es sofort zu wichtigen Jugendänderungen an Serbien bereit sei, sobald dies auf territoriale Forderungen verzichtet und abdrückt. — Wie der Neuen Freien Presse aus Petersburg gemeldet wird, ist man sich in amtlichen russischen Kreisen vollkommen bewußt, daß Rußland zum sofortigen Rückzug nicht vorbereitet sei. Die leitenden militärischen Stellen sind daher mit aller Entschiedenheit gegen einen Krieg. Sollte es zwischen Serbien und Oesterreich zu einem Konflikt kommen, so wird Rußland höchstens zu einer Demonstrationstrüfung schreiten, um hierdurch einen Druck auszuüben.

Einkerbung des Reichsrats.

Wien, 25. Februar. Der gestrige Ministerrat beschloß die Wiedereinkerbung des Reichsrats für den 10. März.

Großbritannien.

Allgemeine Befriedigung.

London, 25. Februar. Die letzte Sitzung der Seekriegsrechtskonferenz, in der das Schlußprotokoll unterzeichnet werden wird, findet morgen statt. Das Ergebnis hat allgemeine Befriedigung hervorgerufen. Die Regierungen haben vollständige Geheimhaltung bis zum 20. März zugesagt; an diesem Tage werden ein Austausch und die notwendigen Gegenstände dem Parlamente vorliegen.

Rußland.

Man beruhigt sich wieder.

Petersburg, 25. Februar. Die gestern durchweg kriegerische Stimmung der russischen Presse hat heute einer weniger bedrohlichen Platz gemacht. Die Nowoje Wremja, die gestern eine aufregte, kriegerische Sprache geführt hatte, schreibt heute unter der Überschrift „Man stürzt uns in den Abgrund“: Unsere Radikalen treiben das unglückliche Rußland, das am wenigsten von allen seinen Nachbarn kriegerisch ist, in den Krieg. Unsere Revolutionäre erinnern sich daran, was ein unglücklicher Feldzug für einen Vorkämpfer wert ist. Die eifrigsten Bemühungen der inneren und äußeren Feinde Rußlands gehen dahin, unter Staatskosten endgültig zu erniedrigen. Noch niemals war unser Vaterland so schwach zur Abwehr, und gerade jetzt geht man uns in einen Krieg. Das russische Volk erwartet von der Staatsgewalt, daß sie keine selbstmörderischen Schritte tut. Vor uns dehnt sich der Abgrund, warum sollen wir fremder Interessen wegen hineinstürzen? — Die Wrienzetzung schreibt: Rußland hat keinerlei Aussicht auf die Hilfe Frankreichs, und die Spekulation auf den englisch-deutschen Gegensatz wäre völlig verfehlt. In Rußland wünscht niemand den Krieg. Wir brauchen den dauernden Frieden für die inneren Reformen. — Die Petersburger Zeitung sowie der Herald sprechen sich gleichfalls energisch gegen den Krieg aus. — Das Radikalblatt Siwos schreibt dagegen: Wir können das unglückliche Serbien nicht verlassen und können den Einmarsch österreichischer Truppen in Belgrad nicht dulden.

Paris, 26. Februar. Der Londoner Korrespondent des Matin ist von dem russischen Vorkämpfer in London ermächtigt worden, das Gerücht zu dementieren, wonach der russische Geschäftsträger dem englischen Auswärtigen Amt mitgeteilt habe, daß die russische Regierung im Falle eines Angriffs Oesterreichs auf Serbien eine militärische Intervention für unummeidlich halte.

Persien.

Der geschlagene Schah gibt nach.

Täbris, 25. Februar. Heute früh begannen die Truppen des Schahs von drei Seiten gegen die Stadt vorzurücken. Das Geschütz- und Gewehrfeuer dauert an.

Teheran, 26. Februar. Nach einem Telegramm aus Täbris wurde der heftige Angriff, den die Anhänger des Schahs von

Osten und Süden her gegen die Stadt unternahmen, allenthalben zurückgeschlagen. Die Angreifer zogen sich mit Verlusten zurück.

Paris, 26. Februar. Der Agence Havas geht aus Konstantinopel eine Meldung zu, nach der der Schah dem persischen Vorkämpfer in Konstantinopel telegraphisch habe, er sei bereit, die Verfassung wieder herzustellen, falls man ihm sein Leben verbürge. Der Schah habe zugleich den Vorkämpfer ermächtigt, sich mit den revolutionären Admireen in Konstantinopel in Verbindung zu setzen. Der Vorkämpfer sei bereits zu den Vertrauensleuten der persischen Revolutionäre in Konstantinopel in Beziehung getreten.

Sächliche Angelegenheiten.

Blodantifemitenfrage.

Die besten Leistungen unserer Witzblätter sind nicht so amüsan, wie das gelegentliche Gesäßne der Wokpatrioten in ihrem Kagenkammer, der schon mehr dem heulenden Elend gleicht. Neben den Freisinnigen haben sich insbesondere die Antifemiten bei der letzten Reichstagswahl und dann im Reichstage als dienstbeflissene Blodlakaien hervorgetan, die wie dressierte Pudel über jeden ihnen vorgehaltenen Stock hinwegsprangen. Nun beginnen auch die Antifemiten zu heulen und zu räsonnieren, wie aus folgendem Zitat hervorgeht, das wir einem Leitartikel der antisemitischen Deutschen Reform, dem sächlichen Antifemitenblatt, entnehmen:

Als die Wahlen 1907 den inneren Volksfeinden (Das ist Wöbblin, Red. d. Volkszgt.) eine empfindliche Niederlage beigebracht hatten, wollte es scheinen, als sei für unser deutsches Vaterland eine neue Ära angebrochen und der schwarze, von grellroten Blühen durchzuckte Himmel einer lieblichen konservativ-liberalen Morgenröte gewichen.

Anfänglich schien es auch, als sollten sich die Erwartungen glänzend erfüllen. Es ging alles gut, so lange die neue von der Blodbegeisterung auf den Schild erhobene Gruppe von Volksvertretern sich auf billige Weise mit der Gloriole vaterländischen Empfindens schmücken konnte.

Doch mit des Geschicks Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten, und das Unglück schreitet schnell.

Es galt für die vereinigten Blodparteien nicht nur, ihr patriotisches Empfinden dadurch zu bekräftigen, daß sie der Regierung durch Bewilligung weite entgegenkamen, auch auf die Beschaffung von Regierungsmitteln und auf durchgreifende Sanierung des verplumpten Reichsfinanzwesens mußten sie nunmehr bedacht sein. Hier zeigt es sich nun — nicht gerade ein erhebendes Schauspiel für innere und äußere Reichsfeinde —, wo die vaterländische Gesinnung ausfriere und die Sorge um das kleine Ich begann.

Aus den Fanfaren wurden Schamaden und die vor den Wahlen angeblüht mit so hoher Begeisterung erfüllten Volkesauserwählten verwandelten sich urplötzlich in kleinliche Krämer, als das Reich an die Opferwilligkeit der von ihnen vertretenen Parteien appellierte. Mit einemmal wurde es klar, daß nicht die uneigennütige Liebe zum großen Deutschen Reich der Ritt gewesen ist, welcher die beiden Hauptblodparteien verbunden hat, sondern daß sie, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, sich die Hand zum Bunde reichen, um etwaigen Verschleungen ihres beiderseitigen Besitzstandes rechtzeitig vorzubeugen.

Der große deutsche Mittelstand aber war im Reichstage so gut wie ohne Vertretung geblieben, denn die kleine antisemitische Fraktion, die man noch als Vertreterin des Mittelstandes ansprechen könnte, war in dem großen Blodrei aufgegangen und hatte jede politische Bedeutung verloren.

Es war rührend zu anzusehen, und ist es noch immer, mit welchem Eifer Großgrundbesitz und Großindustrie bestrebt sind, ein Steuerbündel zusammenzubinden, dessen Blüten und Blumen den künftigen Borgarien des kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, des Beamten, Kleinbauern und des Arbeiters entnommen sind, und in welchem die schönen Blumen und Früchte aus den reichlich tragenden eigenen Nestern gänzlich festhen.

Schließlich erwärmt sich das Antifemitenblatt für eine Kolbensteuer, die angeblich die Besitzenden treffen soll, in Wahrheit aber eine schwere Last für die Industrie und die privaten Verbraucher, namentlich den Mittelstand und die Arbeiter ist. Angesichts dieser Steuerforderung nimmt sich der Entrüstungsschwall über den den Arbeiter- und Mittelstand molestierenden Steuerhandel von Großgrundbesitz und Großindustrie recht kurios aus. Mit derartigen Steueridealen unterscheiden sich die Antifemiten auch in gar nichts von den Blodpatrioten und ihre steinerwähnende Klage über mangelhafte Vertretung der Antifemiten und des Mittelstandes kann deshalb auch unmöglich einen Widerhall im Volke finden.

Wenn Polizisten schwören

Ein Schutzmannsdeid ist nicht so leicht zu erschüttern. Diese alte Erfahrung erfährt eine neue Bestätigung in einem Prozeß vor dem Landgericht Plauen, in dem der Angeklagte, Genosse Steinlühl-Kuerbach, wie bereits kurz berichtet, zu 150 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnis verurteilt wurde. Unter der Epithete: Schutz von Schulgeuten, hatte Genosse Steinlühl im sächlichen Volksblatt ein Eingefandt veröffentlicht, wonach in Kuerbach drei betrunkene Leute von Schulgeuten arretriert, der eine gefesselt, wie ein hörrisches Stück Vieh geschleift, und auf der Wache, resp. in der Zelle zwei davon geprügelt worden seien. Zimmermann Schmalfuß, der sich über die Art des Transportes aufhielt, soll arretriert und auf der Wache von Schutzmann Reichardt mit 20 Ohrfeigen traktiert worden sein; lange noch waren die Fingerabdrücke auf seiner Wache zu sehen. Stadtbaumeister Schaaf hat bei der Arretur des Betrunkenen mitgeholfen und die Schulgeute zum Prügeln geradezu ermuntert. Diese Vorfälle wurden als unglücklich und standards bezeichnet. Der Bürgermeister hatte für die beschuldigten Schulgeute Fickert und Reichardt sowie für den Stadtbaumeister Schaaf Strafantrag gegen Steintuhl gestellt. Steintuhl, der den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung erbringen wollte, hatte fast 20 Zeugen geladen. Die Schulgeute bestritten, auf der Wache geschlagen zu haben; ebenso will der Stadtbaumeister, obwohl ihm Schmalfuß auf der Wache zugerufen hat: „Herr Stadtbaumeister, Sie haben gesehen, wie ich soeben nehrprügelt worden bin“, nicht das geringste gesehen haben: nur daß der Schutzmann Reichardt sehr erregt war, den Kopf ausgezogen hatte und beide sehr laut sprachen. Schmalfuß bezeugt, daß er bereits in der Hausflur zwei Schellen bekommen und dann von Reichardt im Wachtlokal noch gegen zwanzig. Vom Schutzmann Fickert sei er am Halse gepackt und gegen den Vorkhang geschleudert worden. Die Wache habe ihm gebietet und die Wachen seien geschwollen gewesen. Der Stadtbaumeister müsse gesehen haben, wie er geprügelt wurde. Bürgermeister Schillke, der auf die Wache kam und dem er es ebenfalls klage, habe ihm keinen Glauben geschenkt, obwohl er vor Schmerzern weinte als dieser erschien. Weintend sei er auch am dem Wachtlokal getreten, wo er den dort harrenden Reuten sofort erzählte, wie es ihm ergangen sei. Er ist darauf mit noch drei Personen zu Steintuhl gegangen und hat ihm den

Vorgang so erzählt, wie dieser im Eingefandt geschilbert. Steintuhl habe sie befragt, ob sie auch vor Gericht die Sache beschwören könnten, falls ein gerichtliches Nachspiel kommen sollte. Eine Anzahl Zeugen, die den Transport mit angesehen haben, bekräftigen, daß er sich so abgeprügelt hat, wie ihn Steinlühl geschilbert, auch daß Schmalfuß weinend und mit geschwollener Wache am dem Wachtlokal gekommen sei. Weitere Zeugen sagen aus, daß auch sie in Kuerbach im Wachtlokal und in der Zelle von Schulgeuten geprügelt worden sind. Ein Zeuge erzählt, daß er gesehen hat, wie ein Handwerksbursche von einem Schutzmann mit dem Seitengewehr wohl an dreihundert über Kopf, Arme und Rücken geschlagen worden ist. In Kuerbach ist es Stadigepräch, daß die Schulgeute prügeln.

Der Staatsanwalt stellte die Hauptzeugen als ungläubig hin und beantragte die Bestrafung des Angeklagten. In wirksamer Weise plädierte Rechtsanwalt Dr. Hübler-Leipzig für Freispruch des Angeklagten; auch hielt er den Bürgermeister nicht für berechtigt, Strafantrag für den Stadtbaumeister zu stellen. Nach einstündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende das Urteil. Danach wurde Genosse Steinlühl zu 150 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Zwei Schulgeute wurde das Recht zugesprochen, den Zeuge des Urteils binnen drei Wochen im sächlichen Volksblatt auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Für den Stadtbaumeister war der Strafantrag nicht formgerecht gestellt, der § 106 des St.-G.-B. ist nicht anwendbar. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht worden; die Arretur habe sich nicht in der angeführten Weise abgeprügelt; auch habe sich nicht nachweisen lassen, daß Schmalfuß geschlagen worden sei. Wohl lasse sich nicht abstreiten, daß viele Aussagen gegen die Schulgeute sprächen; aber trotz mancher Indizien sei nichts erwiesen; die Schulgeute hätten auch sonst einen Meineid geschworen. Schmalfuß allein ist nicht so glaubwürdig, daß nach seinen Aussagen der Wahrheitsbeweis als erbracht anzusehen ist. Es ist auf eine Geldstrafe erkannt worden, weil sich der Angeklagte auf viele Zeugen berufen konnte und an die Wahrheit von deren Angaben geglaubt hat. Ein Schutzmannsdeid ist schwer zu erschüttern, wenn Ardecker auf der Anklagebank sitzen. Solche Vorkommnisse müssen mit der Zeit zu russischen Zuständen führen.

Schwarze Listen gegen „sozialdemokratische Agitatoren“.

Bei der Zittauer Handelskammer frug ein Verband an, ob es gezwungend sei, wenn er Arbeiter, die ihm als sozialdemokratische Agitatoren bekannt seien, seinen Mitgliedern mit Namensnennung denunziere und sie erinere, sie in einem Verbandsbetriebe nicht einzustellen, sowie, ob anderwärts bereits ähnliche Einrichtungen bestehen und in welcher Weise der gleiche Zweck erreichbar sei, ohne mit den Gesetzen zu kollidieren. Die Handelskammer hat darauf dem Verbandsmitglied, daß nach den jetzt geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung die Führung sogenannter schwarzer Listen weder den Arbeitgebern, noch den Arbeitnehmern unterlagt sei und sich auch aus § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein solches Verbot nicht ableiten lassen werde. Vom Reichsgericht sei vielmehr festgestellt worden, daß es nicht gegen die guten Sitten verstoße, wenn bei einem Ausstände der Arbeitgeber an seine Berufsgenossen die Liste richtet, die ihnen namhaft gemachten Arbeiter nicht einzustellen. Unterlagt sei jedoch nach § 113 Absatz 3 der Gewerbeordnung, in Arbeitszeugnissen selbst Wertmale anzubringen, die den Zweck haben, den Arbeiter in irgendeiner aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

Diesem Standpunkt muß auf das Entschiedenste widersprochen werden. Denn wenn man auch die über einen oder mehrere Betriebe verhängte Sperre der Arbeiter mit den schwarzen Listen der Unternehmer auf eine Stufe stellen wollte, so würde der Vergleich doch immer nur dann zureichend ein, wenn die schwarzen Listen gegen streikende Arbeiter verhängt werden. Hier handelt es sich jedoch offenbar nicht um streikende Arbeiter, sondern um „sozialdemokratische Agitatoren“. Sozialdemokratische Arbeiter aber nur wegen ihrer Gesinnung auf die schwarzen Listen zu setzen, ist doppelt unmoralisch und verdirbt und bedingt einen der guten Sitten. Allerdings entspricht der Rat der Zittauer Handelskammer jener Praxis, die von dem Schanzmachertum überall geübt wird. Und leider hat diese Praxis auch den Segen der Reichsregierung.

Neue Arbeitslosenfürsorge.

Die Humung des Stadtrates an die Arbeitslosen, im Alford Steine zu schlagen, macht Schule. Auf eine Eingabe des Gewerkschaftsrates Großschulz hat der Stadtrat beschlossen, sämtliche Arbeitslosen in der Stadt, in der Hauptsache Tischler und Metallarbeiter, mit Steinschlagen zu bestrafen. Das Steinschlagen soll im Alford geschehen, und für den Kubikmeter sollen anstatt wie bisher 250 M. jetzt 3 M. bezahlt werden. Sobald das Frostwetter nachläßt, soll mit den Ausschachtungsarbeiten für das neue Elektrizitätswerk begonnen werden.

Jeder vernünftige Mensch müßte sich natürlich fragen, daß der größte Teil der Arbeitslosen beim Steinschlagen kaum das Salz um Brote verdienen kann, weil diese Leute ergebnislos den Stein nicht zu behandeln verstehen.

Wie die Landarbeiter leben.

Bei einem Jahreslohn von nur 800 M. und einem Wochenbeputat von vier Broten und zwei Stücken Butter müßte der 30 Jahre alte Wronschicht Wehner aus Reichsbach bei dem Gürtelbinder Ludwig Wlas in Schönau a. d. E. dienen und eine neunköpfige Familie ernähren. Das war ihm nicht möglich, und so vergriff er sich in der Not an den Getreidevorräten des Bauern. Seine Frau Ida war ihm zweimal beim Fortschaffen des entwendeten Getreides behilflich. Wehner erhielt von der Strafkammer des Landgerichts Bauhen drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, seine Frau wegen Begünstigung drei Tage Gefängnis.

Uns denkt, der ebenfalls Schuldige ist der agrarische Arbeitgeber. Die hohe Strafe zeigt, daß dem Vertriebe dieser Gebante nicht gekommen ist.

Dresden. Mit dem togen Mittelprelsverfahren, dessen Einführung vor ca. 2 Jahren von den sächlichen Kollegen beschlossen worden war, beschäftigten sich jetzt abermals die Stadtverordneten. Es war sehr leicht beschlossen worden, die allgemeinen Bestimmungen über die Vergütung von Arbeitern und Arbeiterinnen für die Stadt Dresden und die Vorarbeiten für die Sachverständigen beim sächlichen Verdingungswesen zunächst präventiv auf zwei Jahre stellen zu lassen, weil über das Mittelprelsverfahren noch nicht genügend praktische Erfahrungen vorlagen. Der Rat teilte nun den Stadtverordneten mit, daß auch die Zeit vom 1. Mai 1907, an welchem Tage das Gesetz in Kraft trat, bisher noch nicht genüge, um ein faires abschließendes Urteil abgeben zu können. Deshalb beantragte er, die Probezeit noch um zwei weitere Jahre zu verlängern, weil man sonst, wenn man jetzt schon wieder eine Neuordnung vornehmen wolle, leicht aus einem Experiment in das andre kommen könne. Dabei teilt der Rat mit, daß infolge des Mittelprelsverfahrens 1907 der Stadt eine Mehrausgabe von 2400 M. (7.84 Proz.) und 1908 sogar eine solche

Dieses Angebot ist ganz besonders beachtenswert!

Kaufhaus Gehr. Held

Lindenau, Ecke Gundorfer und Albertinerstr.

Aussergewöhnliches Angebot

nur von Sonnabend, den 27. Februar, bis Sonnabend, den 6. März 1909.

- ca. 850 Meter **reinseldene Taffetbänder** in vielen Farben, Breite 40 Meter **28** ♂
- ca. 480 Meter **schwere Satintuche** alle modernen Farben Meter **1⁹⁰** und **1³⁵**
- ca. 270 Stück **Prima Velour-Röcke** Stück **1²⁵** und **95** ♂
- ca. 1200 Mtr. **Macco, Batiste und Organdl** Meter **55** ♂
- ca. 460 Stück **Wachstuchdecken 90x60** Stück **15** ♂
- ca. 1200 Stck. **schwere, extra la Barchent-Wäsche, weiss** bestehend aus **Jacken, Hosen und Hemden** mit Stickerel durchweg Stück **1²⁵**
- ca. 700 Meter **Kongress-Stoffe** weiss und creme, 110 cm breit . Meter **35** ♂

Diese Artikel sind in unseren Schaufenstern **nicht** dekoriert und werden als Sonderposten auf separaten Tischen verkauft.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Verlangen Sie Rabatt-Marken.

Sonnabend Schluss

meines bekannt grossen, billigen

Inventur-Ausverkaufs

in Knaben- und Mädchen-, Backfisch- und Jünglinge-Garderobe

J. Piorkowsky, Petersstr. Nr. 36.

Geldnot

ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Reichsstr. 26, erhalten Sie von

Millionären

Reisenden, Kavaliere, Doktoren nur wenig getragene reinwollene, vielfach auf Selbe gearbeitete

- Serie I Serie II Serie III
- Maß-Anzüge **8.— 14.— 20.—** ♂
- Maß-Paletots **6.— 12.— 18.—** ♂

Kaufhaus für Monatsgarderoben Reichsstr. 26.

Abt. II: Neue Garderoben.

Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden zu den billigsten Preisen vertrieben.

Streng reelles christliches Geschäft.

Meissner Dombau-Geld-Lotterie.

Ziehung: 4. bis 8. März. 10033 Gold-Gewinne u. 1 Prämie, selbst ohne Abzug, in Betrage von Mark

192500

In glücklichsten Falle ist der grösste Gewinn Mark

75000

Prämie und Hauptgewinne:

50000

25000

10000

5000

- 1 Gew. ♂ 3000—3000
- 1 ♂ 2000—2000
- 3 ♂ 1000—3000
- 5 ♂ 500—2500
- 10 ♂ 300—3000
- 20 ♂ 200—4000
- 50 ♂ 100—5000
- 140 ♂ 50—7000
- 300 ♂ 30—9000
- 600 ♂ 20—12000
- 1500 ♂ 10—15000
- 7400 ♂ 5—37000

Losse à 3 Mk. (Porto und Liste nach auswärts 20 Pf. mehr) sind zu haben bei den Herren Kollektoren der K. S. Landes-Lotterie, in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und beim General-Debit

Alexander Hessel Dresden, Waisengasse 1.

Lose Meissner Dombau-Geld-Lotterie.

Ziehung 4. bis 8. März. 10033 Gold-Gewinne u. 1 Prämie, selbst ohne Abzug, in Betrage von Mark

Pa. Seifen

5 Pfd. 1.10—2.40 Wk., offeriert **Kaisers Seifenfabrik** Verkaufsstellen: [1085] Gartenbergstr. 27. Rührberger Straße 31.

Grüne Heringe billig

3 Pfund 25 Pf. **Fischhalle „Delphin“ 28 Bayerische Strasse 28** Telefon 11576. [8187]

Meine Rechtfertigungsschrift

Einzelemplar 20 ♂, 10 Exemplare 1.50 ♂, 50 Exemplare 8 ♂. Betrag ist bei Bestellung beizufügen. [3171]

Karl Frey Stuttgart-Ostheim Schwarzenbergstrasse 31.

Ostfämler

Poularden, Koch-, Brathühner u. junge Tauben empfiehlt preiswert [8172]

Robert Höpner

Lindenau, Mersburger Str. 38c. **Kabeljau** ohne Kopf 1 ♂ Seelachs 1 ♂ Pfund nur 10 Pf. [8171]

Schellfisch, Scholle, Seeaal

ff. grüne Heringe 3 Pfd. nur 25 Pf. ff. geschl. Spiegelkarpfen ff. Fettbücklinge ♂ ♂ Riste nur 90 Pf. und 1 Wk. [8171]

Hamburger Fischhalle

Lindenau, Odermannstr. 2. 24 Martthallenstand 24 **Reinisch, Bindorfer Str. 13** ff. hausohl. Blut- u. Leberwurst 70 ♂ Thüringer 1 ♂ Knaokwurst 40 ♂ Mett, Sardellenwurst 1.20 ♂ Mortadella, Schinkenwurst, rohen u. gekocht, Schinken, Klöschen, Klops, Knoblauch, Regensburger u. Wiener in bester Güte.

Achtung! Diese Woche: Kalbfleisch 70 Pf. L.-Anger 2014 **Müllener Str. 40.**

Zentral-Fischhaus Hansa

Wurzner Str. 2a, Ecke Dresden. Str. empf. hl. v. heute eingetr. Senbg.:

Schellfisch groß & mittel 28 ♂ ohne Kopf 20 ♂ ohne Kopf 25 ♂

Grüne Heringe 3202] 3 Pfund nur 25 ♂ Bei 50 Pfd. Engros-Preis.

Hirsch-Bratfisch & Wfs. 70 Wfs. **Hirsch-Frikandeau u. Rehbüchler** **Hansen auf Wunsch** Große Auswahl in Brat- und Kochhühnern [8167] **Grüne Heringe** & Pfund 10 Wfs. **Frischer Schellfisch** & Wfs. 25 Wfs. **Reitzenhainer** Str. 31 7-1 10992. Stötteritzerstr. 4.

Wilh. Beyer

Hüte, Mützen Stöcke, Schirme Garnierte u. ungar. Damenhüte **Ernst Dietrich L.-Connewitz** Ecke Bornalsche u. Pfaffingerstr.

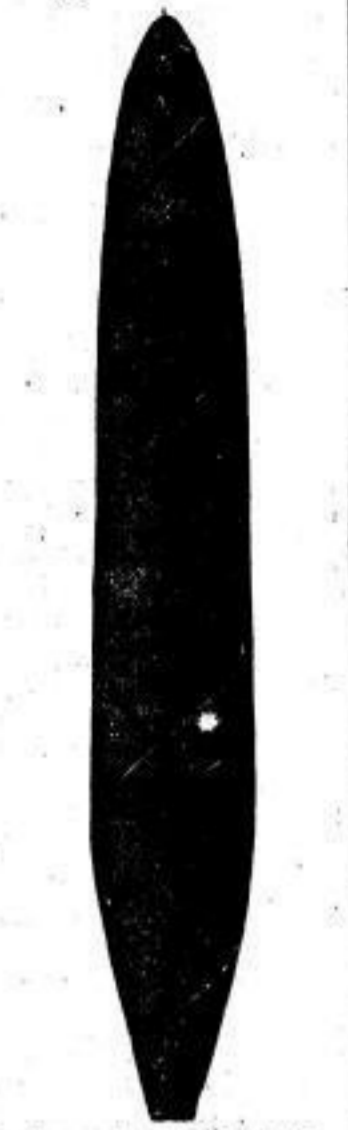


Dienkastr. 25, gegenü. Hirschastr. **Felz- u. Filzwaren, Mützen, Schirme** Stöcke, Krawatt, Rosentr., Wäsche **Reparat. u. Umänd. v. Pelzsch.**

Bitte Mama

würge Braten und Fische mit **Wagenmüllers „Allerlei“**, das schmeckt so gut! Pakete à 5 u. 10 Pf. überall erhältlich. **Fabrik in Gartha i. Sa.**

Waterloo Nr. 4



Preiswerteste 8 Pfg.-Zigare 100 Stück Mk. 7.50 ab 300 St. franko in Deutschland **Zigarren-Abteilung**

Schmidt & Co.

G. m. b. H. **Königsplatz 8, Windmühlent.**

Schuh-Waren.

Elegante Damen-Stiefel, alle Grössen 5.— Mk. **Herren-Stiefel**, garantiert Kernware 5.75 „ 1088*] **N. Herz, Reichsstrasse 19.**

Bandwurm mit Kopf

auch andere Würmer werden sicher entfernt. Diese Schwarzerde entziehen dem Körper die besten Säfte, der Mensch wird blutarm, nervös und matt. Symptome: Abgang von Würmern, Verstopfung, Appetitlosigkeit, abwechselnd Hülftunger, Uebelkeit, Aufstossen, Kopf-, Arzuz-, Magen-, Nieren-, Schmerzen, Sodbrennen, Juden am Mastdarm. Viele leiden, ohne es zu wissen, an Würmern und werden als blutarm oder mager krank behandelt. **Reine Hungerkur**, ganz unschädlich, in 2 bis 3 Stunden. Ueber 6000 befreit. [8738]

C. Blase, Leipzig, Promenade-Strasse 22, II.

Spezialbehandlung gegen Wurmfraukheiten. Bei Anfragen gebe man Alter und Kräftezustand an.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 26. Februar 1909.

a) **Kauftrieb:** 206 Rinder und zwar 87 Ochsen, 10 Kalben, 86 Kühe, 78 Bullen; 1078 Schafe; 198 Stck. Schweine; 1617 Schweine und zwar 1617 deutsche, — aus 3089 Tiere.

b) **Marktpreise für 50 kg in Mark:**

Viehgattung	Bezeichnung	100 kg	50 kg
Ochsen	1. vollfleischige, ausgewässete höchsten Schlachtwerth bis zu 6 Jahren.	—	—
	2. junge, fleischige, nicht ausgewässete, — ältere ausgewässete	—	60
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	60
	4. gering genährte eben-Ältere	—	50
Kalben und Kühe	1. vollfleischige, ausgewässete Kalben höchsten Schlachtwerth	—	—
	2. vollfleischig., ausgewäss. Kühe höchsten Schlachtwerth bis zu 7 Jahren	—	—
	3. ältere ausgewässete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	58
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	50
Bullen	1. vollfleischige höchsten Schlachtwerth	—	65
	2. mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	—	60
	3. gering genährte	—	54
	4. gering genährte	—	54
Schafe	1. feinste Mast- (Bollmisch-Mast) u. beste Saugfäbber	—	55
	2. mittlere Mast- und gute Saugfäbber	—	50
	3. geringe Saugfäbber	—	38
	4. ältere gering genährte (Presser)	—	38
Schweine	1. Mastkammer und jüngere Mastkammer	—	84
	2. ältere Mastkammer	—	80
	3. mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merkschafe)	—	—
	4. gering entwickelte	—	70
Saugfäbber	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	67
	2. fleischige	—	64
	3. gering entwickelte	—	63
	4. Saug- und Ober	—	63

c) **Verkauf:** 165 Rinder u. zwar 28 Ochsen, 9 Kalben, 74 Kühe, 54 Bullen; 1078 Schafe; 158 Stck. Schweine; 1012 Schweine

d) **Geschäftsgang:** sehr langsam, mittelmäßig, langsam

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Februar.

Geschichtskalender. 26. Februar 1802: Dichter Viktor Hugo geboren. 1775: Karikaturist Steiner geboren. 1884: Alois Senefelder, Erfinder des Steinbruchs, gestorben.

Sonnenaufgang: 6,57, Sonnenuntergang 5,30. Monduntergang: 12,28 vorm., Mondaufgang: 9,43 vorm.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Februar: Mäßige Nordostwinde, veränderliche meist schwache Bewölkung, Temperatur nicht erheblich geändert, zeitweise leichte Schneefälle.

Fortbildungskurse für Mädchen.

Mehr wert als tausend schöne Worte, ist eine einzige schöne Tat. So dachte der Rat der Stadt Leipzig. Da erließ er die gestern von uns bemerkte Bekanntmachung über die Kaufmännischen Fortbildungskurse für weibliche Handlungsgehilfinnen und Beihilfingen. In dieser Sache liegen dem Stadtvorordnetenkollegium mehrere Eingaben vor: Vom Zentralverein der Bureauangestellten, vom Zentralverband der Handlungsgehilfinnen und Beihilfingen Deutschlands und vom Verbands kaufmännischer Beihilfingen. Alle Eingaben wünschen den Fortbildungskursen für die jugendlichen weiblichen Handlungsangestellten, sie alle fordern aber auch die Einführung des obligatorischen Unterrichts, wie bei den Knaben. Diese Forderung ist auch von der Handelskammer warm befürwortet worden, nur die nationalen Handlungsgehilfinnen wittern bei besserer Ausbildung der weiblichen Kräfte eine stärkere Konkurrenz gegen sich.

Der Rat beschließt nun, von Ostern ab einige Fortbildungskurse für die 14- und 15-jährigen Mädchen, die in hiesigen Geschäften angestellt sind, an der Frauenberufsschule einzurichten. Zwei Jahre lang sollen sechs Stunden die Woche und zwar in Rechnen, Korrespondenz, Stenographie u. gegeben werden. Junge Mädchen, die den gestellten Bedingungen entsprechen, sollen sich bis zum 18. März melden und die schriftliche Erlaubnis ihres Prinzipals mitbringen.

Durch diese letztere Bedingung bedenklich sinkt der Versuch von vornherein bedeutend in seinem Werte. Wie viele Mädchen wissen am 18. März bestimmt, wo sie in Stellung gelangen werden? Wie viele Mädchen haben den Mut, zu ihrem künftigen Arbeitgeber zu gehen und sich beschließen zu lassen, daß er sechs Stunden in der Woche auf ihre Arbeitskraft verzichten will? Und wie viele Prinzipale werden die Einwilligung geben?

Wir meinen, der Rat hätte unter diesen Umständen kaum nötig gehabt, sich die Auswahl unter den Anmeldungen vorzubehalten; denn der Zwang wird kein allzu starker werden. Trotzdem möchten wir aber doch alle Eltern und Erzieher auffordern, alle Schritte zu tun, die nötig sind, die jungen Mädchen an diesem Kurse teilnehmen zu lassen. Es handelt sich vor allem darum, den Wert des Unterrichts an sich festzustellen, aber auch darum, Material zu schaffen für die Notwendigkeit der Einführung des obligatorischen Unterrichts, Beweise dafür zu erbringen, daß die Arbeitgeber nur in Ausnahmefällen bereit sein werden, der Fortbildung ihrer jungen billigen Arbeitskräfte nichts in den Weg zu legen.

Für die nicht im kaufmännischen Berufe tätigen jungen Mädchen sind aber die Fortbildungskurse, die vom Leipziger Lehrerinnenverein seit zwei Jahren abgehalten werden, zu empfehlen. Es werden drei Wochenstunden, Mittwoch und Sonnabends, nach Feierabend erteilt. Der Lehrplan ist sehr gut. Die Stadtverordneten haben daher in der vorletzten Sitzung beschlossen, diese Kurse mit 1500 Mk. jährlich zu unterstützen.

Trotz des Mangels, der beiden Kursen wegen ihres nur fakultativen Charakters anhaftet, bilden sie dennoch bei reger Anteilnahme der jungen Arbeiterinnen den Übergang zum allgemeinen Fortbildungsschulzwang, der für die Knaben schon seit langem besteht, auch für die Mädchen.

Retungswesen und Unfälle in Leipzig im Jahre 1908.

Der Bericht der Rettungsgesellschaft (Samariterverein zu Leipzig) für das Jahr 1908 ist erschienen, und es lohnt sich, einiges Bemerkenswerte daraus hervorzuheben. Der Bericht sagt, daß mit dem gesteigerten Verkehr in unserer Stadt auch eine Steigerung der Aufgaben der Rettungsgesellschaft Hand in Hand gegangen ist. Die Organisation des Rettungswesens vollzieht sich in den Großstädten Deutschlands sehr verschieden, hier schnell, dort weniger schnell, aber überall nach einem bestimmten Gesetz, das in der natürlichen Anschauung begründet ist, daß mit der Ausdehnung der Städte jene unheilvolle Kluft zwischen Verunglückung und der Ueberführung in die dauernde ärztliche Behandlung sachgemäß ausgefüllt werden muß. Die Zahl der Hilfeleistungen der Sanitätswachen ist gegen 1907 wieder gestiegen, und zwar von 10 808 auf 11 178 Fälle. Hierzu kommen noch die Hilfeleistungen von den zeitweiligen Sanitätswachen, Verbandstationen, der Hilfsmannschaft, die Krankentransporte und die Fälle der Eisabgabe, so daß insgesamt im Berichtsjahre 14 281 Einzelleistungen zu verzeichnen sind. Das Transportwesen ist mit den Aufgaben der Sanitätswachen eng verbunden: In vielen Fällen bedeutet die sachgemäße Beförderung des Verunglückten seine Rettung. So sind von den in den Jahren 1906—1908 von der Rettungsgesellschaft geborgenen Verunglückten und Kranken 816 gleich nach den Krankenhäusern, 248 in ihre Wohnungen und 28 zunächst nach der Sanitätswache und von da in ein Krankenhaus befördert worden.

Die Zahl der Wachposten tunden betrug im vergangenen Jahre 45. Schwere äußere Verletzungen kamen in 2290, schwere innere Verletzungen in 1240 Fällen vor. Der Bericht verzeichnet an Unfällen in Betrieben 8411, durch Trunkenheit und Streit 659, Selbstmordversuche 62, sonstige Unfälle 6387, innere Erkrankungen 1880, Geburten und Geburtshilfe 49, plötzliche Todesfälle 88; nicht behandelt oder zurückgewiesen, weil nicht zur ersten Hilfe gehörig, wurden 138 Personen. Die Anzahl der ausgeführten Transporte betrug 1876. Der Bericht enthält eine Statistik, in der die Zahl der Unfälle nach Berufen geordnet ist. Die Rubrik der Kauf- und Handelsleute, Buchhändler und Bureaupersonal weist die höchste Ziffer auf, und zwar 1277, ihr folgen die Fabrik- und Handarbeiter mit 1066, die Metallarbeiter mit 979, Marktbesitzer, Kaufburschen und Kaufmädchen mit 726, graphische und Papierarbeiter 486, Brauerei- und Kellerarbeiter, Gastwirte und Gastwirtschaftlichen 378, Seditonsarbeiter und Geschirrführer aller Art, Eisen-, Messing-, Zinnschmied usw. 419, Holzarbeiter 385, Steinmetzen, Maurer, Dachdecker, Köpfer, Diebler 301 usw. Im Straßenverkehr werden 647 Unfälle verzeichnet, gegen 639 im Vorjahre. Es wird allerdings bemerkt, daß diese Zahl nicht alle

Unfälle im Straßenverkehr umfaßt, doch umfaßt sie den weitest ausgedehnten Bruchteil, da die Rettungsgesellschaft bei allen Unfällen auf den Straßen sofort requiriert zu werden pflegt. Hiernach sind zu Schaden gekommen: durch Fußverletzungen 191 (1007 187), Fahrräder 242 (244), Straßenbahnen 151 (151), Automobile 20 (10), sonstige Verkehrsmittel 43 (47). Nach der Schwere der Verletzungen verteilen sich die Unfälle auf: Leichtste und mittelschwere Verletzungen 541 (559), schwere Verletzungen 103 (80), davon tödlich 4 (3).

Gestlagt wird in dem Bericht, daß es im Norden der Stadt in den Vororten Gohlis, Eutritzsch und Mödern, trotzdem es die Verhältnisse dort besonders bringend erschweren, der Kosten wegen nicht möglich ist, eine besondere Sanitätswache zu errichten. Eine kleine Verbesserung des Unfallmeldewesens für diesen Teil der Stadt ist aber dadurch zustande gekommen, daß am Eingange der S. Naitswache in Gohlis ein großes Schild angebracht ist, durch das bei allen Unfällen auf die Requisition der Zentrale der Rettungsgesellschaft (Telephon Nr. 507) Tag und Nacht hingewiesen wird. Der Bericht sagt weiter: „Der wichtigste Ausweg, der zugleich die Garantie für die Weiterentwicklung eines geordneten Rettungswesens in unserer Stadt bietet, würde der Bau eines eigenen Gebäudes für die Rettungsgesellschaft sein. Es ist ja kein geschriebener Rechtsatz, daß eine Stadt für die Pflege und Unterbringung ihrer verunglückten und plötzlich erkrankten Bewohner einzustehen hat, aber es liegt nicht zu fern, dies indirekt aus der den Verwaltungsbehörden zufallenden Fürsorgepflicht für das Wohl und Wehe der Eingekerkerten zu folgern. Diese Aufgaben sind mit der Ausdehnung unserer Stadt immer dringender geworden.“ Und an einer anderen Stelle wird gesagt, daß ein fortdauerndes Bitten der Bürgererschaft um materielle Unterstützung bei einer solchen Institution, die so offenkundig Nutzen schafft, und die sich jetzt bereits 27 Jahre im Dienste der Stadt bewährt hat, überflüssig sein sollte. Der städtische Zuschuß betrug 1908 26 000 Mark. Die Betriebsmittel der Gesellschaft, einschließlich des städtischen Zuschusses betragen 63 620,82 Mk., die Betriebsausgaben 65 228,81 Mk.; verbleibt ein aus den Rücklagen zu bedeckendes Defizit von 1667,90 Mk.

Wir meinen, daß eine so wichtige Angelegenheit, wie das Rettungswesen bei Unfällen, eine dringende Sorge der Gemeinde sein muß, und daß eine solche Einrichtung nicht von der privaten Wohltätigkeit abhängig gemacht werden darf, die in der Regel doch verlagert oder im besten Falle unzulänglich ist. Zu dem Ausbau dieser Einrichtung zwingt auch schon die große Zahl der Unfälle, die sich alljährlich in Betrieben und im Verkehr wiederholen, und es ist eine Aufgabe sozialer Fürsorge, die auch in dieser Hinsicht die Gemeinde den Einwohnern gegenüber zu erfüllen hat.

Veranstaltungen der Jugendbildungsvereine in der Zeit vom 26. Februar bis 5. März.

- Leipzig, Freitag, 26. Februar: Diskussionsabend. Wichtige Tagesordnung. — Sonnabend, 27. Februar: Diskussion. — Sonntag, 28. Februar: Besuch des Brudervereins Kleingärtner. Abmarsch 1/3 Uhr vom Pflanzplatz. Abends 7—8 Uhr: Lesestunde: Rabale und Liebe. — Dienstag 2. März, 9—10 Uhr abends: Unterricht in Volkswirtschaftslehre. A. G. Sonntag, 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, Goldene Krone: Vortrag des Genossen Hofmeister: Was ich in Brasilien erlebte. Nachdem gemeinsames Beisammeln. Vorträge von G. Hennig aus Fr. Stolzes humoristischen Erzählungen. A. G. Sonntag, 28. Februar: Ausflug nach Pleißig, Abmarsch 2 Uhr. — 4. März: Diskussionsabend. Leipzig-Gohlis. Sonntag, 28. Februar, nachmittags 6 Uhr: Vortrag des Genossen Willeke: Moses oder Darwin. — Donnerstag, 4. März: Kurzus: Deutsche Sprache. A. Kleingärtner. Sonntag, 28. Februar, nachmittags 1/4 Uhr, Bürgergarten: Vortrag des Genossen Deibel: Die Darwinische Theorie. A. Lindenau-Plagwitz-Schleswig Sonntag, 28. Februar, nachmittags 2 Uhr: Vortrag. Das Erheinen aller ist notwendig. A. Ost. Sonntag, 28. Februar: Musikabend. — Mittwoch, 3. März: Vortrag: Frankreich und seine große Revolution. A. Thonberg. Sonntag, 28. Februar: Vortrag des Genossen Frenzel: Meine Meisterlebnisse in Tirol. Sonntag, 1. März: Diskussionsabend. Schneefeld. Donnerstag, 4. März: Vortrag des Genossen Willeke: Moses oder Darwin?

Die städtischen Landtagswahlkreise. Zu unserer Bekanntgabe der Einteilung der Leipziger Landtagswahlkreise (Nr. 43 der Leipziger Volkszeitung) teilt uns die Wahlgeschäftsstelle des Rates mit, daß die Wählerzahl in Mödern nicht 1927, sondern 781, die Wählerzahl in Wählig nicht 201, sondern 291 betrug. Im sechsten Wahlkreis war die Summe der Einwohner nicht 57 800, sondern 75 300.

Herr Spittler als Idealist. Der Besitzer des Abendblattes erteilte gestern seinen Mietlingen von der Feder und dem Kleiderkopf den Befehl, ihn der Welt als einzigen Idealisten zu zeigen, der nicht erhobt darüber ist, daß das Gesundheitsamt seinem Schwindel-Inseratengeschäft zu Leibe geht, sondern der als freiheitlich gesinnter Mann lediglich in den Born geraten ist über den — St. Bureaukratismus. Da nun nach Herrn Spittler die Leipziger Volkszeitung noch nicht einmal St. Bureaukratismus kennt, so soll die Preßkommission der Redaktion darüber ein Privatissimum lassen. Dieser heitere Einfall wird nicht zuletzt die Mitglieder unseres Aufsichtsrats beunruhigt haben. Die sonstigen Silberrentungen der gequälten Abendzeitungsredaktion können wir angeichts der klaren Sachlage übergehen. Nur feststellen wollen wir noch, daß sich seit gestern auch dieses Blatt veranlaßt sieht, die Warnungen St. Bureaukratismus zu veröffentlichen. Es wird Herrn Spittler aber sehr schwer gefallen sein. Offenlich hält die Besserung an, damit wir nicht festzustellen brauchen, daß Herr Spittler die im öffentlichen Interesse liegenden Warnungen des Gesundheitsamtes nur deswegen nicht veröffentlicht, weil er sich sein Inseratengeschäft nicht stören lassen will. Ausdrücklich konstatiert sei noch, daß die Besitzer der Leipziger neuesten Nachrichten und des Leipziger Tagesblattes ebenfalls die Warnungen des Gesundheitsamtes in den Wind schlugen. Dem Leipziger Tagesblatt als Amtsblatt des Rates steht dies besonders schlecht zu Gesicht.

Zur Förderung des geographischen Unterrichts hat der forschungsreisende Professor Hans Meyer vom Bibliographischen Institut aus Anlaß der bevorstehenden Feier des Universitätsjubiläums 10000 Mk. gestiftet.

Formalismus beim Reichsgericht. Der Frankfurter Zeitung wird von einem Juristen geschrieben:

Einen kaum glaublichen Fall von Formalismus finden wir in einer Entscheidung des Reichsgerichts, die in der Deutschen Juristenzeitung veröffentlicht ist: Hiernach hätte ein Angeklagter, wie dies nach § 385 Abs. 2 der St.-P.-O. ausdrücklich zulässig ist,

die Begründung seiner Revision zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt. Der Gerichtsschreiber hatte bei einem Teil des von ihm aufgenommenen Protokolls ausdrücklich bemerkt, daß dieses nur auf Verlangen des Angeklagten in der von diesem wörtlich angegebenen Fassung aufgenommen sei. Darauf erklärte das Reichsgericht diesen Teil der Revisionsbegründung für „nicht beschlüssig“, weil der Gerichtsschreiber nur als „Schreibgehilfe“ des Angeklagten fungiert habe, während „dem Gelehrten nur dann genügt sei, wenn der Gerichtsschreiber die vorgetragenen Revisionsbeschwerden doch nach Form und Inhalt geprüft und der Revisionsbegründung nach Maßgabe dieser Prüfung die ihm geeignet erscheinende Form gegeben habe;“ hierdurch sei die Vorchrift des § 385 Abs. 2 der St.-P.-O. verletzt. In § 385 Abs. 2 ist aber lediglich gesagt, daß die Revisionsbegründung „zu Protokoll des Gerichtsschreibers“ eingelegt werden könne. Es ist mit keinem Worte davon die Rede, daß der Gerichtsschreiber das Vorbringen des Angeklagten erst zu prüfen und das ihm nicht genehme auszuscheiden habe. Vielmehr entspricht es unserer Ansicht nach dem Willen des Protokollierenden gerade, daß die Erklärungen des Vertretenden möglichst wortgetreu und in der von ihm gewünschten Fassung wiebergegeben werden.

Bedingter Strafausschub. Das Justizministerialblatt enthält folgende Verordnung:

Augenblinde Personen, die zu einer Geldstrafe verurteilt worden sind und die die Strafe nicht haben begahen können, haben bisweilen die an die Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe verbüßen müssen, obwohl die Bewilligung einer Bewährungsfrist angemessen gewesen wäre. Dies scheint namentlich darauf zu beruhen, daß die erkennenden Gerichte die in der Verordnung vom 18. November 1902 vorgeschriebenen gutachtlichen Neuerungen nur dann, wenn der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, zu den Akten gebracht und die Strafvollstreckungsbehörden ohne ein Gutachten des erkennenden Gerichts die Bewilligung einer Bewährungsfrist bei dem Justizministerium nicht angeregt haben. Die angezogene Verordnung will indessen die erkennenden Gerichte nicht hindern, auch bei der Verurteilung zu einer Geldstrafe, die voraussichtlich nicht bezutreiben sein wird, eine Neuerung darüber, ob die Bewilligung einer Bewährungsfrist für angemessen oder für unangemessen erachtet werde, zu den Akten zu bringen. Selbst wenn aber eine solche Neuerung nicht vorliegt und wenn sich die an erster Stelle ausgesprochene Geldstrafe als uneinbringlich erweist, sollen die Strafvollstreckungsbehörden vor Vollstreckung der Straf-Freiheitsstrafe künftig stets prüfen, ob die Bewilligung einer Bewährungsfrist angemessen und an das Justizministerium deswegen Bericht zu erstatten sei.

Die Schweigepflicht des Arztes. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Dresden, das auch vom Reichsgericht bestätigt wurde, befreit der Tod des Patienten den Arzt von seiner Schweigepflicht nicht. Auch die Angehörigen und Erben können ihn nicht davon entbinden.

Burgkeller. Auf die Ausschreibung wegen Verpachtung des Burgkellers sind beim Rate rechtzeitig 26 Bewerbungen eingegangen, und zwar 24 unter Angabe des Pachtzins, den die Bewerber bieten, während ein Bewerber erst anfragt, welchen Pachtzins der Rat fordert. An den Geboten haben sich beteiligt 19 Gastwirte von hier und auswärts und 5 Brauereien.

Ein nachträgliches Geständnis der Frau Lohmann. In der letzten Schwurgerichtsperiode wurde die Tischlerbesehrin Lohmann wegen eines an dem Dienstmädchen Emma Heine begangenen Verbrechens trotz ihres Leugnens — sie gab auch dann noch nichts zu, als ihr mitangeklagter Ehemann bereits teilweise gestanden hätte — zu sechs Jahren Zuchthaus und sechs Wochen Haft verurteilt. Die Haftstrafe hat sie bis jetzt verbüßt. Als sie gestern zur Verbüßung der Zuchthausstrafe nach Waldheim übergeführt werden sollte, ließ sie sich beim Staatsanwalt Runge melden und legte ein offenes Geständnis ab, das sich fast vollständig mit den Angaben ihres Mannes deckt. Danach ist die Heine am Nachmittag bei Vornahme der Manipulation verstorben und in den Akten getragen worden. Am Abend ist die Leiche wieder heraufgeholt und zerstückelt worden. Den Kopf haben die Lohmanns, um die Spuren zu verwischen, im Ofen verbrannt, während sie die übrigen Leichenteile in die Pleiße verfenkten, wo sie am anderen Morgen von Ratsarbeitern gefunden wurden.

Zum Raub bei Grahlsteinberg. Der Einbrecher Pelz aus Steinpleiß, der vom Zwickauer Landgericht vor kurzem wegen schwerer Einbrüche sieben Jahre Zuchthaus erhielt, ist gestern stark erkrankt nach Leipzig zur Untersuchung transportiert worden, da er im Verbaute liegt, den Wort an der Martha Conrad verübt zu haben. Pelz wird sich außerdem noch demnachst vor dem Schwurgericht wegen Raubes und Mordtats zu verantworten haben.

Schneller Tod. Tot in ihrer Wohnung aufgefunden wurde vorgestern abend im Hause Promnitzstraße 22 die 20jährige Arbeiterin Melanie Elsa Heller aus Connewitz. Die Todesursache war Herzschlag und Gehirnerschütterung. Die Verstorbene war ohnmächtig umgefallen und mit dem Kopfe an den Ofen angeschlagen.

Feuer war gestern abend in einem Neubau an der Ecke der Silbergstraße und Brochhausstraße ausgebrochen. Durch die darin aufgestellten Kofelbänke waren die Treppen in Brand gesetzt worden. Die Feuerwehr hatte mit der Beseitigung des Brandes gegen dreiviertel Stunde zu tun.

Infolge des Ueberheizens eines Ofens war gestern abend in einer Wirtschaft der Kohlenstraße ein Balkenbrand entstanden. Ferner war heute früh im Schlafzimmer einer Wohnung der Reifstraße Feuer ausgebrochen. Auch diese Brände sind von der Feuerwehr beseitigt worden.

Strahlen-Unfälle. Auf der Keilhöfen-Höllischen Straße lief gestern abend ein unbeschrifteter 2 1/2-jähriger Knabe gegen einen Straßenbahnwagen. Das Kind wurde umgerissen, zum Glück aber nur leicht verletzt.

Heute früh in der 6. Stunde fuhr ein in der Roslitzstraße wohnender Dachdecker auf der Straßenkreuzung Ländchenweg—Untere Männersstraße mit seinem Fahrrad an eine Automobilbrücke an. Der Radfahrer wurde umgerissen und unter einem gerade vorbeifahrenden Motorwagen geschleudert, wobei er Verletzungen am linken Oberarm und an der Stirn erlitten hat. Der Verletzte wurde in der Sanitätswache verbunden und in seine Wohnung gebracht.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Hunde-Mischfahrzeug und einem herannahenden Geschirre erfolgte heute morgen in der Nähe des Rosentales. Der Mischwagen, der anscheinend am Fuße verlegt wurde, ging sofort zum Arzt, der Radfahrer fuhr eiligst davon.

Außenstreich. In S. Sellenhausen wurde ein Bahnwärter, als er die Strecke der Dresdener Bahn in der Nähe der Torgauer Straße abging, von der Brücke aus mit einem Stück Eis an den Kopf geworfen und nicht unerheblich verletzt. Der Täter

war ein junger Bursche, der mit noch mehreren anderen auf der Brücke gestanden hat. Die Burschen sind nach der Zeit schleunigst davongelaufen.

Rebualtern? In der gestrigen Nacht saß ein in der Glühbirnen-Fabrik in Plagwitz diensttuender Beamter der Nach- und Schließgesellschaft gegen 9 Uhr — durch Schreien aufmerksam geworden — ein Kind von 7-8 Jahren auf dem Treppenhoden des Hauses in halberfrorenem Zustande. Der Wächter holte das Mädchen herunter und stellte die Wohnung der Eltern fest, wohin er es dann brachte. Das Mädchen, das noch die Schulbücher bei sich trug, gab an, daß die Eltern es nicht eingelassen hätten.

Diebstähle. Fortgesetzter Metalldiebstahl machte sich ein in einer Maschinenfabrik im Ostviertel beschäftigt gewesener Schlosser aus Lauta schuldig. Der Dieb wurde jetzt abgefahret und zur Verantwortung gezogen.

Weiter wurde eine 17jährige Verkäuferin wegen fortgesetzter Entwendung von Waren in einem Schnittwarengeschäft am Täubchenwege zur Verantwortung gezogen. Die gestohlenen Gegenstände wurden in ihrem Besitz vorgefunden.

Diebe entwendeten aus einer Wohnung in der Gießerstraße einen grünen gefärbten Geldbeutel mit 850 M., vom Vorraat einer Wohnung am Rostplatz einen dunkelbraunen Winterüberzieher, und aus einem öffentlichen Gebäude am Rathausring einen schwarzen Winterpalto, aus dem Hofraum eines Grundstücks in der Kramerstraße drei Kisten mit Weiten, Galanteriewaren und Seife im Gesamtwerte von 270 M., ferner am provisorischen Thüringer Bahnhof einen zweirädrigen braunen Federwagen mit Mastenaufsatz und Firmenbezeichnung Hermann Ritter.

Hus der Umgebung.

Milkan. Am Sonnabend, den 27. Februar, veranstaltete der hiesige Bruderklub Fidelity, der auf sein Wappen die Hebung von Kunst und Wissenschaft gehalten hat, einen Rappabend. Die aufklärerische Arbeiterarbeit wird es bleiben lassen, diesem Reste bei zu wohnen. Waren in dem Verein Leute im Alter von 15 bis 18 Jahren sein, so könnte man das ganze Tun begreiflich finden, daß aber ältere Arbeiter gar nichts weiter zu tun wissen, als sich nur in der Veranstaltung von Rappabenden und Schweißknodendinnern versuchen und der Arbeiterbewegung Knippel zwischen die Beine zu werfen, sollte man kaum für möglich halten. Die Arbeiterarbeit wird gut tun, sich derartige Leute genau anzusehen und sie dafür „Mühsüßlich und wissenschaftlich“ ausgestalteten Kneps und Rappabenden unter sich lassen.

Städtisch. Zur Mat der Arbeitlosen, hat ein Städtischer Bürger im Praktischen Wegweiser, einem Erzeugnis der bekannten Firma Scherl, sich einen Artikel geleistet, der die arbeitseindliche Stimmung dieses Artikelschreibers in das beste Licht rückt. Dieser edle Menschenfreund hat nämlich herausgefunden, daß es eine Arbeitlosigkeit gar nicht gibt, vielmehr eine große Menge Arbeiter im Winter überhaupt nicht arbeiten wollen. Der Städtische begründet seine breite Behauptung damit, daß am 2. Februar d. J. die Gemeinde Städtisch 100 Arbeiter gegen den ordentlichen Tageslohn gesucht, aber nur 89 Personen sich gemeldet hätten. Nun ist aber bis zurzeit die Arbeitlosigkeit von einer derartigen Suche nach Arbeitern gar nicht bekannt und erst infolge der Verarmung der Arbeitlosen und den Anregungen der Gemeindevorsteher ist es zu danken, daß bei eintretender günstiger Witterung Arbeitsstellen in Angriff genommen werden sollen. Dieser Artikel ist geradezu ein Hohn auf die Not der Arbeitlosigkeit, wie überhaupt auf die Arbeitseindlichkeit, um so mehr, als eine große Anzahl Arbeiterfamilien dieses Blatt lesen. Der Artikelschreiber gebietet aber scharf zur Geltung derjenigen Bürger, die fast das ganze Jahr arbeitslos sind, weil sie in der angenehmen Lage sich befinden, der Arbeit aus dem Wege gehen zu können. Nur die verbliebene Arbeitseindlichkeit wird den Mann veranlaßt haben, diesen Schmährartikel zu verbreiten, der natürlich von den Blatte dieser Couleur gern aufgenommen worden ist. Für die Arbeitseindlichkeit wird diese Tatsache aber ein praktischer Wegweiser sein müssen, daß solche Blätter wie der Praktische Wegweiser von der Scherl-Pressen, nicht in ihre Wohnungen gehören. Es gebietet ein groß Stück Selbstüberwindung und Indifferenzismus dazu, wenn sich die Arbeiter für ihre Absonnerungsgrößen noch schämen lassen.

Städtisch. Aktubrladen schluß. Nachdem die festgesetzte Frist zur Abgabe von Erklärungen hinsichtlich der Einführung des Aktubrladenschlusses in Städtisch abgelaufen ist, liegt die aufgestellte Liste der beteiligten Geschäftsinhaber, in welche die für oder gegen den Aktubrladenschluß abgegebenen Äußerungen der Beteiligten eingetragen worden sind, vom 26. dieses Monats ab auf die Dauer von 2 Wochen im hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 7, während der Geschäftsstunden zur öffentlichen Einsicht aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Liste sind von den beteiligten Geschäftsinhabern bis zum Ablauf der vorerwähnten Frist schriftlich oder zu Protokoll zu erheben. Nach Ablauf der Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Commerzial. Malheur. Gestern früh schaute auf der von hier nach Leipzig führenden Chaussee das Pferd des hiesigen Milchhändlers M. vor dem Kraftwagen einer Brauerei. Dadurch wurde

der Milchwagen umgeworfen, ein Teil der Milch floß auf die Landstraße und die im Wagen sitzende Tochter des Milchhändlers erlitt einige leichtere Verletzungen. Schwereres Unheil wurde glücklicherweise verhütet. Wer der Schuldige an diesem Unfall ist, wird noch zu ermitteln sein.

Nach. Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 1/2 3 Uhr, findet im Gasthof Stadt Leipzig eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Aufstellung der Generalversammlungsvorleiter der neugegründeten Ortskrankenkasse beschäftigen wird. Gleichzeitig hält Genosse Magerbacher-Leipzig einen Vortrag über die Pflichten eines Generalversammlungsvorleiters. Pflicht ist es, daß alle Arbeitnehmer, die zum Ortskrankenkassenbezirk gehören, in dieser wichtigen Versammlung erscheinen. — Die Vertreterwahl der Arbeitnehmer findet Montag, den 1. März, vormittags 10 1/2 bis nachmittags 2 1/2 Uhr im Gasthof Drei Rosen statt. Dort werden auch die Stimmzettel ausgegeben. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das der Gemeindeversicherung angehört und das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Böhlitz-Ehrenberg. (Gemeinderatsitzung vom 28. Februar.) Die Festsetzung eines Ausschleibungs-Lernus fand ihre Erledigung dadurch, daß im Jahr 1910 in der 1. Klasse Herr Bartsch, in der 2. Klasse Herr Volz, in der 3. Klasse Herr Kolling, in der 5. Klasse Genosse Trude; im Jahre 1912 in der 1. Klasse die Herren Schlobach und Envert, in der 2. Klasse Herr Berg, in der 4. Klasse Herr Wolf; im Jahre 1914 in der 1. Klasse Herr Hinne, in der 2. Klasse Herr Bölling, in der 3. Klasse Herr Kiege, in der 5. Klasse Genosse Baumann auswichen. Zur Bildung eines Wahlausschusses, der sich mit den Vorschlägen zu den einzelnen Ausschüssen zu beschäftigen hat, wurde von jeder Klasse ein Mitglied gewählt. Der Klassenabschluß betrug per Januar 1909 21 M. Der Jahresbericht der Volksschule wird bekanntgegeben. Verschiedene Armenachen fanden ihre Erledigung. Der Antrag einer Spritze wird gutgeheißen. Der Bauplan der Bank für Grundbesitz hat keine Modifikationen erfahren. Der Antrag der Schulleute mit Schußwaffen wird zugestimmt sowie ein Antrag angenommen, einen Polizeihund anzuschaffen. Die Aufnahme von Böhlitz-Ehrenberg in das Leipziger Adreßbuch für 1910 fand Annahme.

Großbötzig. Gemeinderatsitzung am 24. Febr. Das Vorgehen des Gutbesizers Anton Jeuner wird befürwortet. Den von der Amtshauptmannschaft vorgelegenen Änderungen am baurechtlichen Ortsgesetz stimmt man zu, ebenso dem Polizeiregulator, wonach die Verteilung der Wägen den Hausbesitzern zur Pflicht gemacht wird. Das Gesetz des Wägers D. um Freigabe seines schwachsinigen Sohnes aus der Landesanstalt Chemnitz bei Altdorf wird gegen drei Stimmen abgelehnt. Die vom Schulvorstand zurückverlangten Einnehmergebühren in Höhe von 408 M. auf die Jahre 1906 und 1907 sollen nunmehr, nachdem der eingelegte Rekurs von der Kreis-hauptmannschaft verworfen worden ist, aus der Gemeindefasse gezahlt werden. Die eingegangenen Gesuche um Arbeitslosenunterstützung aus der Gemeindefasse sollen geprüft werden, und teilweise Geld bis zum Höchstbetrage von 5 M. pro Woche gegeben werden. Es wird hierzu eine Kommission gewählt. Als zweiter Gemeindevorsteher wurde der Gutbesitzer Albert Noninger mit 6 von 10 abgegebenen Stimmen gewählt. Die gerechte Forderung der Vertreter der 2. und 3. Klasse, den zweiten Gemeindevorsteher aus der 2. Klasse zu wählen, damit die ungleiche Vertretung der einzelnen Klassen etwas beseitigt würde, kann man nicht nach. Die Herren haben für dieses gerechte Verlangen kein Verständnis. Zur Kennzeichnung dieser Angelegenheit sei noch folgendes erwähnt: Die erste Klasse hat bei 21 Wählern 4 Gemeindevorsteher und 2 Gemeindevorsteher, die zweite Klasse hat 80 Wähler und 2 Vertreter und die dritte Klasse 84 Wähler und 1 Vertreter. Nun sind aber in der zweiten und dritten Klasse noch eine ganze Anzahl Nichtwähler, so daß sich das Bild noch wesentlich zugunsten der Letzteren verschieben würde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wigandanten, 26. Februar. Auf der hiesigen Kolonialschule hatte ein Schüler durch den Direktor einen Verweis erhalten. Der Ehrenausweis der Schüler war hiermit nicht einverstanden. 50 Schüler packten deshalb ihre Sachen und erklärten dem Direktor, sie würden sofort abreisen, wenn er den Verweis nicht zurücknehme. Das Lehrerkollegium hat nach nochmaliger Prüfung des Falles dem Willen der Streikenden nachzugeben.

Briefkasten der Redaktion.

Wahren. Eine derartige Bestimmung existiert nicht.
N. 2., Kleinschöner. Im Reichsvereinsgesetz ist von einer solchen Verpflichtung keine Rede.
N. 3. Wir können Ihnen nur raten, sich an einen Arzt zu wenden. Solche Mittel sind in der Regel alle wertlos.
Schlesig 63. Uns unbekannt. Wir können Ihnen nur raten, sich in dieser Angelegenheit an eine Fachzeitung zu wenden.
N. 6. 1909. 10 bedeutet Krankheiten und Gebrechen, die zurzeit untauglich machen, aber beseitigt oder doch so vermindert werden könnten, daß vollkommene oder bedingte Tauglichkeit eintritt.
N. 2. N. 123. Seit vier Jahren.

N. 2., Wenda. In unserer Buchhandlung Lauther Str. 19/21. D. G. M. 11. 1. Wenn Sie das nachweisen können, kann das Mädchen keinen Anspruch auf Alimonte erheben. 2. Wenn Sie ihn haben lassen, muß er vernommen werden. 3. Nein. 4. Nein.

Hänschen. Den Bericht unter Hänschen konnten wir noch nicht bringen, es fehlen darin zwei Zahlen, nämlich was der Bauplatz der Schule und was die Schule überhaupt kostet. Bitte um Mitteilung. Gruß Die Red.

Auskunft in Rechtsfragen.

Alter Absonner. Sie können durch das Amtsgericht ein Nachlassverzeichnis über den Nachlass fordern und dann die Erbregulierung beantragen, falls sich herausstellt, daß die angebliebenen Beilen nicht von Vaters Hand stammen.

N. 18. Wenn Ihr Einkommen um ein Viertel gegen früher gesunken ist, können Sie eine neue Einkünfte beantragen. Wenn Sie nicht wieder erwerbsfähig werden und kein steuerbares Einkommen mehr haben, brauchen Sie auch keine Steuern zu zahlen.

N. 19. 1. Da Vertrag vorliegt und die Firma sich das Eigentumsrecht vorbehalten hat, müssen Sie zahlen. 2. Er kann das Rad wieder an sich nehmen, das heißt im Klagewege.

N. 25. Es stehen der Sache keine polizeilichen Vorschriften entgegen.

D. 2. 10. 1. Diese Frage läßt sich nicht so ohne weiteres beantworten, da wir ja nicht wissen, in was die Ueber äreitungen bestehen sollen. 2. Verjährt nicht. 3. Wenn ein Darlehn als Hypothek gelten soll, muß es auch gerichtlich eingetragen werden. 4. Beim Amtsgericht.

N. 2. 100. Unter diesen Umständen können Sie gegen die Kasse auf Herausgabe klagen. Auf das Gebaren solcher Kassen ist schon des öfteren hingewiesen worden.

N. 2. 15. Wenn die Möbel gemeinsam erworben sind, sind sie Eigentum des Mannes. Was die Frau gehabt hat, ist ihr Eigentum.

N. 2. 12. Eine Verpflichtung für die Bahnverwaltung liegt nicht vor.

N. 2. 11. Der Vorstand muß angemeldet, auch die Statuten müssen eingereicht werden.

N. 2. 100. Da können keine Bedingungen gestellt werden. Wenn Sie Gefahr laufen, schließlich die Schulden bezahlen zu müssen, können Sie die Erbchaft ausschlagen. Eine solche Erklärung muß binnen sechs Wochen, von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo man Kenntnis von der Erbchaft erlangt, in notariell oder gerichtlich beglaubigter Form abgegeben werden.

N. 2. 106. Dazu ist die Herrschaft nicht berechtigt. 2. Ja. Monatsraten des Mietzinses im Rückstande sind, kann der Vermieter auf sofortige Räumung klagen. Wenn der Hausverwalter selbst zugestanden hat, daß er das Geld erhalten hat, müssen Sie auf Herausgabe klagen. Bevor werden Sie nichts dagegen machen können, wenn er nur den zurückliegenden Monat quittiert.

N. 2. 10. 1. Gemäß dem ist das. 2. Wir wählen nicht, welche Schwierigkeiten entstehen sollten. 3. Allerdings können den Beamten solche Anordnungen gegeben werden. 4. Nein.

Quittung.

Für die Arbeitslosen Leipzigs sind bei uns eingegangen:
Bereits quittiert. 400.87
Arbeiterpersonal der Genossenschaftsbrauerei Burgbäusen. 11.75
Schmaus, Waggwiger Spitze, Friede Hermann, d. Markt. 6.01
Restaurant zur Himmelkeller, d. B. 6.—
Restaurant National, Stammtisch Rasenbrüder. 1.50
Eine Extraitour am 20. Februar 8.—
Summa: 428.98
Die Expedition.

Knorr's Erbswurst

und Suppenwürstchen enthalten alle Nähr- und Geschmackstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Suppenwürstchen gibt drei Teller gehaltreiche Suppe.

Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Vom Sonnabend, den 27. Februar bis Sonnabend, den 6. März

MaxSachse
Kaufhaus des Westens
Lindenau.

Extra billige Preise

für den Bedarf zur

Konfirmation

Meine Schaufenster besagen das übrige.

[3178

Musikhaus Lipsia

Petersstraße 44 — Reiter-Passage.
Größtes Spezialgeschäft für
Grammophone, Phonographen, Platten u. Walzen.
Vorführung ohne Kaufzwang.

Madenwürmer

Springwürmer, auch Astariben genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das speziell wirkende neue Madenwurmmittel „Antivorm“. Mit genauer Anwei. 1.20 M., bei Einl. von 1.40 M. franko. Depot und Versand in Leipzig: Engel-Apothek., Dirsch-Apothek. und Hof-Apothek.

Bandwurm mit Kopf

auch Maden- und Spulwürmer, werden auch in hartnäckigen Fällen schmerzlos in ca. 2 Stunden entfernt durch „Solitaena“, gerat. ungeschäd., angenehm schmeckendes Pulver, das bei allen Wurmkrankheiten eine gründliche Darmreinigung bewirkt. Keine Übelkeit! Kein Brechreiz! Nur „Solitaena“ echt mit Anw. 2 M., für Kinder 1.50 M., b. Eins. v. 2.25 M., bez. 1.75 M. frei. Besteller: Delany, Grunowstr. 15, Berlin, S., evom. Schokol. 25. 11. 12. Laboratorium Leo, Dresden-A. 1. Erhältlich in allen Apotheken, Depots in Leipzig: Engel-Apothek., Dirsch-Apoth., Hof-Apoth.

Reichstag.

218. Sitzung. Donnerstag, 25. Februar, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niemand.

Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Brandys und Genossen (Polen) betreffend die Freiheit des Grund- und Eigentumserwerbs. (Der Antrag verlangt den Erlass eines Reichsgesetzes, wonach keinem Reichsangehörigen aus Rücksicht des Glaubensbekenntnisses, der politischen Gesinnung oder der Nationalität der Erwerb oder die Veräußerung von Grundeigentum oder die Errichtung von Wohnstätten irgendwie beschränkt werden soll.)

Abg. Graf von Westarp (Kons.): Der Antrag richtet sich gegen das preussische Ansetzungs-gesetz von 1904 und 1908. (Sehr richtig! bei den Polen.) In Preussen wird aber niemand wegen seines Glaubensbekenntnisses zurückgesetzt. (Lebhafte Zustimmung rechts, lebhafter Widerspruch bei den Polen, Soz. und im Zentr.) Einen Begriff der politischen Nationalität gibt es ja gar nicht. (Lachen bei den Polen, Soz. und im Zentr.) Die preussischen Ansetzungs-gesetze widersprechen nicht den Reichsgesetzen. Wie aber Preussen seine Verfassung anwenden und ausbauen will, das geht den Reichstag gar nichts an. (Lebhafte Zustimmung rechts, lauter Widerspruch bei den Polen, Soz. und im Zentr.) Die Annahme des Antrags wäre ein verfassungswidriger Eingriff in die preussische Verfassung. (Sehr richtig! rechts.) Leider hat Herr Gotheim namens seiner Fraktions-gemeinschaft erklärt, sie stimme dem Antrag zu. Ich hatte gehofft, daß der verebelnde Verkehr mit uns (Stürmische Unruhe bei den freis. Fraktionen, Sehr gut! im Zentr. und bei den Soz.) die Freisinnigen bewegen hätte, nationalen Erwägungen Raum zu geben. (Bravol! rechts.)

Abg. Heinze (nat.-lib.): Die preussischen Ansetzungs-gesetze stehen keineswegs im Widerspruch mit den Reichsgesetzen. Die Ziele der preussischen Politik zur Erhaltung des Deutschtums billigen wir. Den Antrag lehnen wir deshalb ab. (Bravol! rechts und bei den Nat.-lib.)

Abg. Dr. Böhm (wirtsch. Vg.): Der Antrag ist nur ein Ausfluß des nationalen Kampfes, in welchem wir auf Seiten der preussischen Regierung stehen. Wir dürfen nicht die Konkurrenz einer kulturell tieferstehenden Masse dulden. (Lachen bei den Polen.) Die Polen sind undenkbar. (Unruhe bei den Polen.) Die polnischen Bauern waren von der Schmach gekrönt, wie man es nirgends kannte. (Unruhe bei den Polen.) Zuruf des Abg. Aulerst: Verlogenere Bursche! Die friedlichsinnige Gesetzgebung hat die Polen aus der Selbstregierung zu menschen-würdigen Zuständen emporgeloben. (Abg. Aulerst: Zu menschen-würdigen Zuständen!) Die im nationalen Interesse notwendige preussische Gesetzgebung werden wir immer stützen. (Bravol! rechts, Aulerst bei den Polen.)

Abg. Graf Praschna (Zentr.): Man mag sich drehen und wenden wie man will: bei den Treiberen der sogenannten Ostmarkenpolitik spielt das konfessionelle Moment mit. (Lauter Zustimmung im Zentr., lauter Widerspruch rechts.) Meine Herren (nach rechts), haben Sie nicht in der Patatienpresse den Wunsch geäußert, möglichst alle Katholiken aus der Provinz Posen zu vertreiben? (Hört, hört! im Zentr.) Gerade als Königstreue Männer wenden wir uns gegen die Enteignungs-politik mit ihren ganz unabweisbaren Folgen für den gesamten Ostmarkenbesitz. (Lebhafte Beifall im Zentr.)

Abg. Seyda (Polen): Die Regierung plänt durch Abwesenheit. Diese Mißachtung des Reichstags sind wir ja gewohnt. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen, Soz. und im Zentr.) Die klaffenden Wunden auf den Wänden der Konservativen bei dieser Beratung, am vorigen Freitag ebenso wie heute, darf wohl auf ein gewisses Schamgefühl zurückgeführt werden. (Lauter Widerspruch rechts.) Ich sehe, daß ich mich getrrt habe. (Sehr gut! bei den Polen und Soz.) Daß wir einen solchen Antrag stellen müssen, ist selbstverständlich. Unfraglich vertritt die preussische Ent-eignungsgesetzgebung gegen die reichsgesetzliche Selbst-regierungsfreiheit und Freiheitsliebe. (Sehr richtig! bei den Polen, Soz. und im Zentr.) Dadurch, daß in den preussischen Gesetzen der Name „Polen“ nicht vorkommt, läßt sich kein Mensch täuschen. Daß diese Gesetzgebung sich aber in Wirklichkeit gegen die Polen richtet, hat die konservative Partei im Abgeordneten-hause zugestanden. Hier haben die Herren nicht einmal den Versuch gemacht, uns mit rechtlichen Gründen entgegenzutreten. Daß man lediglich politische und sogar nationale Gründe vor-bringt, beweist, daß es rechtliche nicht gibt. Das Enteignungs-gesetz ist verfassungswidrig und wird außerdem noch gesch-windig angewendet. Durch unsern Antrag bezwecken wir, wieder zu geschlichen Zuständen zu kommen. (Lebh. Bravo! bei den Polen.) Herr Böhm und die Leute, zu denen er gehört, können uns nicht beleidigen. (Lebh. Zustimmung bei den Polen.)

Abg. Seyda (Polen, fortfahrend): Anstatt von uns zu ver-langen, daß wir dafür auch noch dankbar sein sollen, daß uns die Sprache und das Land geraubt wird, sollen Sie unsern An-trag annehmen. (Lebh. Bravo! bei den Polen.)

Abg. Que (Soz.): Was mein Parteifreund Stadthagen zur Sache ausführte, unterschreibe ich vollständig bis in die aller-schärfsten Ausdrücke. (Zustimmung bei den Soz.) Herr Böhm ist den Spuren des Ministers v. Bethmann gefolgt, der neulich auch die Neue Zeit in einem Zusammenhang zitierete, der ver-muten läßt, ich habe mich dort vor Jahren für ein Ausnahmese-gesetz gegen die Polen ausgesprochen. Herr Böhm hat aber kein Beweismaterial vorgebracht, er sollte nun sagen, wo er das von mir gelesen hat. In Wahrheit habe ich mich mit aller Schärfe gegen eine Ausnahmengesetzgebung ausgesprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben selbstverständlich mündlich Mit-teilungen mit den polnischen Berufsgenossenschaften. Niemals aber ist uns der Gedanke gekommen, eine Ausnahmengesetzgebung zu wünschen, um den gewerkschaftlichen oder Parteigegner mündlich zu machen. Von dem, was hier vorliegt und was vom humanitären Standpunkt aus auf das schärfste verurteilt werden muß, muß man unsre Zweiseltigkeiten sehr wohl unterscheiden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Meine Stellung habe ich auf das Deutlichste präzisert, indem ich beantrage, man solle überall, wo Polen beschäftigt sind, die Unfallversicherungs-vorschriften auch in polnischer Sprache aushängen. Auch bei der Beratung des Sprachenparagrafen habe ich über meine Stel-lung zur polnischen Sprache keinen Zweifel gelassen. (Sehr richtig! bei den Soz. und den Polen.)

Abg. Herr v. Dziembowski am Freitag hier über die Ver-treibung seiner polnischen Mitglieder aus dem Osten sagte, kann ich aus Erfahrung bestätigen. In Herno kenne ich einen polni-schen Arbeiter, der im Osten ein Grundstück besaß. Er wollte sich anbauen und anständig machen. Aber es ist ihm gegangen, wie so vielen andern seiner Landsleute. Jetzt lesen Sie in den Blättern, wieviel polnische Arbeiter im Westen auf der Straße liegen. Aus ihrer Heimat sind sie vertrieben durch ein Gesetz, von dem man unsre Zweiseltigkeiten sehr wohl unterscheiden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. und Polen.) Wenn Sie im Westen einen polnischen Arbeiter erzählen hörten, wie sein Vater oder Groß-vater im Kriege gegen Frankreich mitgekämpft hat, und wie zum Danke dafür sein Sohn oder Enkel von der heimischen Scholle vertrieben wird, so würden Sie empfinden, welche

Schande das preussische Ansetzungs-gesetz für den deutschen Namen ist. (Lebh. Bravo! b. d. Soz., Polen und im Zentr.)

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Polen): Entweder ist unser Antrag schon klares Reichsrecht, dann muß die preussische Regierung zur Respektierung dieses Reichsrechts angehalten werden, oder aber, das, was wir fordern, ist noch nicht mit der nötigen Klarheit ausgedrückt, dann muß es so klar in das Reichsrecht hineingeschrieben werden, daß alle Schleichwege künftig ausgeschlossen sind. Auf die Gesichtspunkte des Abg. Böhm verlohnt es eigentlich nicht, einzugehen. (Wiesfache Zustimmung.) Polen hat vor Preussen eine Nationalvertretung gehabt und vor Preussen die Selbstregierung aufgehoben. (Hört, hört!) Graf Westarp scheint nicht einmal die Begriffe der „Nationalität“ und der „Staatsangehörigkeit“ auseinander-halten zu können. Im Jirkus Wusch war viel von der Heilig-keit des Eigentums die Rede. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Aber die Herren von der Sozialdemokratie haben recht, wenn sie sagen, daß die Konservativen das Eigentum nur solange respektieren, als es ihnen paßt. Die wahren großpolnischen Agitatoren sind nicht bei uns zu finden, das sind die preussischen Minister und ihre Anhänger. Das Deutsche Reich steht doch nicht auf so schwachen Füßen, daß die Angstpolitik der Patatisten gerechtfertigt wird. Im Herrenhaus hat der konservative Graf Mirbach diese Angstpolitik gelührend verspottet. (Hört, hört! bei den Polen und im Zentr.) Wir bitten die Ver-tretung des deutschen Volkes, unsern gerechten Antrag anzunehmen. (Lebh. Beifall bei den Polen.)

Abg. Rebebour (Soz.): Die Abwesenheit der Patatisten möchte ich nicht mit dem Kollegen Seyda aus Erwachen eines Schamgefühls erklären. Ich führe sie zurück auf die Schwierig-keit die Ablehnung des polnischen Antrags mit der christlich-konservativen Gesinnung in Einklang zu bringen. (Sehr wahr! bei den Polen und im Zentr.) Wir sind zwar nicht ge-wohnt, allzu große wissenschaftliche Ansprüche an die rechte Seite des Hauses zu stellen. (Große Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Aber von Herrn Dr. Böhm, einem sozusagen ge-werkschaftlichen Vertreter der Massentheorie (erneute Heiterkeit und Zustimmung links), sollte man doch erwarten dürfen, daß er sich einigermassen mit dem Begriff der Masse auseinander-setzt hat. Er spricht led von einer deutschen und einer polni-schen Masse, während es bekanntlich reinrassige Völker in Europa überhaupt nicht gibt. Nach wissenschaftlichen Feststellun-gen hat sich in Osteuropa eine arische Masse mit vorwiegend mongoloidenrasse gemischt. Und nach allem, was wir darüber wissen, entsprechen etwa die Herren Fürst Radziwill, v. Dalem-bowski und Herr Seyda nach ihrer körperlichen Erscheinung den arischen Rassen-elementen. Wenn man aber nach einem ausge-prägten Mongoloidentypus hier sucht, so wäre das etwa der Abg. Böhm. (Schallende Heiterkeit.) Wenn nun aus der Mongoloidentypus auf eine tieferstehende Masse schließen läßt (erneute Heiterkeit), so wollen wir doch aus diesen Elementen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mein Kollege Que hat bereits Herrn Dr. Böhm aufgefordert, seine Beweise dafür vorzubringen, daß wir nach Ausnahmestimmungen gegen die polnische Zuwanderung verlangen. Es handelt sich bei dieser Zuwanderung nicht einmal um Leute, die von außen herein-dringen, wie etwa die Chinesen nach Australien, sondern um Elemente, die zu unserm Staatswesen gehören und als absolut gleichberechtigt behandelt werden müssen. (Zustimmung bei den Soz. und Polen.)

Charakteristisch ist die Stellungnahme der konservativen Partei. Die Herren, die aus ihren Verhältnisse heraus die Sache beurteilen, werden von einem unheimlichen Gefühl ergriffen, weil sie eine Ahnung haben, was das preussische An-setzungs-gesetz bedeutet. Weniger angekränkt sind die polizei-bürokratischen Elemente des Konservativismus. (Große Heiterkeit.) Die Ausführungen der Konservativen hier hat ja auch ein Polizeibureaukrat, Graf Westarp gemacht, der durch wirtschaftliche Erfahrung nicht bestürzt ist. (Große Heiter-keit.) Der Polizeibureaukrat sagt, national und patriotisch ist, was die Polizei erlaubt und bestiehlt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Das Ansetzungs-gesetz gibt in geschicht-licher Form der Polizei die Möglichkeit zu administrativer Willkür. In seiner Anwendung ist es ein reiner Hohn auf jede Mensch-lichkeit. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. und bei den Polen.) Wo sind die preussischen Minister? Hier überlassen sie die Ver-teidigung untergeordneten Geistes, die mit kleinen Mitgeleiten über den Antrag hinweggehen sollen. Hier wagen sie nicht, Rede und Antwort zu stehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im Jirkus Wusch sollte der Familienfuss gestillt werden gegen irgendwelche steuermäßigen Eingriffe in den Besitz. Als es aber galt, ein Gesetz zu machen, den Zusammenhalt der Familie zu zerstören, da schweig der konservative Familien-fuss. Es handelte sich ja nicht um ihre Familien. (Lebh. Bei-fall bei den Soz., Polen und im Zentr.) Unruhe rechts.) Ihre angeblichen christlich-konservativen Grundzüge sind nur Schamgepänge. Genau wie ihre monarchische Gesinnung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Höhe ihrer monarchischen Be-gelsterung hängt direkt von der Höhe der Pollsäge ab. (Heiter-keit und Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Ansetzungs-gesetz ist als sozialistisch bezeichnet worden. Es ist aber im Gegenteil geradezu antisozialistisch. Der Sozial-ismus will im Interesse der Gesamtheit die Privilegien ein-zelner beseitigen. Sie aber enteignen große Bevölkerungs-teile im Interesse einer Klasse. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was Sie damit erreichen, ist aber nichts andres, als eine furchtbare Erbitterung. (Sehr richtig! bei den Soz. und den Polen.) Speziell die Polen müssen ja zu der festen Ueberzeugung gelan-gen, daß der Staat nur für den sorgt, der die Bestimmung an den Tag legt, welche Sie für „Staatsverhaltend“ ausgeben. Glauben Sie doch nicht, auf diese Weise das zu fördern, was Sie nationale Gesinnung nennen. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Böhm (wirtsch. Vg.): Wir sind nur durch das Eingreifen des Abg. Gotheim veranlaßt worden, uns an der Debatte zu beteiligen. (Heiterkeit.) Nur notgedrungen haben wir (Zurufe: Wir Mongoloiden! Große Heiterkeit) zu schar-fen Maßregeln gegriffen. Wir (Heiterkeit) werden die deutschen Arbeiter von der Internationalität der Sozialdemokratie über-zeugen, die Leute wie Singer und Stadthagen an der Spitze haben. (Anhaltende Heiterkeit links.)

Abg. Dove (freis. Vg.): Wir haben stets den Standpunkt in der Polenfrage eingenommen, den im Herren- und Abge-ordneten-haus Graf Mirbach, Fürst Dagseld, Herr v. Kröcher u. a. eingenommen haben. (Hört, hört!) Den Bloß haben wir bis-her nicht als Erziehungsanstalt betrachtet, wie Graf Westarp zu glauben scheint. (Große Heiterkeit und Sehr aut! links.) Für die konservative Geisteshaltung ist die Behandlung des Prof. Wagner im Jirkus Wusch bezeichnend. Die Wege des Herrn Böhm dürfte ja seinem Namen nach nicht allzu weit von Prag gestanden haben.

Abg. Que (Soz.): Herr Böhm hat versucht, uns Patatis-mus nachzuweisen. Das Material ist er schuldig geblieben. Er hat nur einige Artikel rein referierender Natur mißverstanden, wo über koloniale Arbeiterpolitik berichtet wurde.

Abg. Graf Westarp (Kons.) behauptet noch einmal, das preussische Enteignungs-gesetz widerspräche nicht der Verfassung. Abg. v. Dziembowski (Polen): Den Herren rechts ist es nicht gelungen, unsern Antrag totzuschlagen. Graf Westarp

rißte die nationale Gesinnung, dann muß er sie auch bei uns Polen achten. Die Anwendung des Enteignungs-gesetzes ist noch schlimmer als sein Gegensatz zum Reichsgesetz. (Bravol bei den Polen.)

Abg. Pauli-Oberbarnim (Mp.): Graf Westarp konnte nicht auch für die Reichspartei sprechen. Ich habe im Abgeordneten-haus gegen das Enteignungs-gesetz gestimmt und stimme hier für den Antrag der Polen. (Lebhafte Bravo! im Zentr. und bei den Polen.)

Die Diskussion schließt. Es folgt die zweite Lesung, in der niemand das Wort ergreift. Die von polnischer Seite beantragte namentliche Abstimmung wird auf die nächste Sitzung, Freitag, 2 Uhr, vertagt. (Außerdem Etat des Kolonialamts.)

Soziale Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Monat Januar 1909. Der Januar hat für eine Reihe von Großindustrien eine weitere Abschwächung gebracht. So ist auf dem Ruhrkohlenmarkt vielfach eine Verschlechterung der Abnahme gegen den Vormonat zu verzeichnen, deren Eintritt durch die Schiffahrtsstörungen begünstigt wurde. Ein Rückgang der Beschäftigung trat auch in den Braun-kohlenrevieren ein, wodurch Feierschichten nötig wurden, die zur Erhöhung des Ueberangebots von Arbeitskräften beitrugen. Auch die Metall- und Maschinenindustrie war im allgemeinen andauernd schlecht, zum Teil schlichter als im Vormonate beschäftigt. Nur in den Stahl- und Holz-werken sind Verbesserungen gegen den Monat Dezember eingetreten. Desgleichen war die Lage in den einzelnen Zweigen der Textilindustrie nach wie vor überwiegend ungenügend. Ein weiteres Abflauen ist in den wichtigsten Zweigen der elektrischen Industrien eingetreten. Der Geschäftsgang in der chemischen Industrie hat sich nach der Mehrzahl der Berichte gegen den Vormonat verbessert. Eine Verminderung des Ueberangebots von Arbeitskräften ist auch im Monat Januar nicht eingetreten. Sehr hoch war die Zahl der Arbeitslosen im Brauereigewerbe, das mit Ausnahme der süddeutschen Brauereien, in denen der Geschäftsgang nach wie vor ein guter war, in den meisten Gegenden eine Abschwächung gegen den Vormonat zeigte.

Die Saisoninflüsse, die sich bereits im Monat De-zeμβer geltend gemacht hatten, traten im Januar weiter zutage so vor allem im Baugewerbe und in der Binnen-schiffahrt. Die Ruhe, die mit der Beendigung des Weih-nachtsgeschäfts in vielen Gewerben eingetreten war, hielt vielfach auch im Januar an. Teilweise machte sich jedoch bereits die kommende Frühjahrssaison bemerkbar, so in der Weißwaren- und Wäschekonfektion, der Kostüm- und Blusenfabrikation, der Futurindustrie mit den von ihr ab-hängigen Gewerben.

Der noch immer anhaltende Rückgang des Beschäftigungsgrads geht auch aus den Nachweisungen der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Kranken-kassen hervor. Am 1. Februar 1909 ergab sich gegen den 1. Januar 1909 eine Abnahme der Beschäftigungs-ziffer von insgesamt 37 448 Mitgliedern, und zwar betrug die Abnahme bei den männlichen Mitgliedern 28 815, bei den weiblichen Mitgliedern 8633 Personen. Im Vor-jahre zeigte sich am 1. Februar gegen den 1. Januar eine größere Abnahme von 71 815 Mitgliedern, und zwar von 59 735 männlichen und 12 080 weiblichen Personen.

Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise Verkefrrseinnahmen aus dem Güterverkehr Deutscher-gestalteten sich vielfach unangünstiger als im Vormonat. Die Eisenbahnen waren im Januar 1909 um 5 834 458 Mk. niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres; es be-deutet dies eine Mindereinnahme von 156 Mk. oder 0,26 Prozent auf 1 Kilometer. (Reichsarbeitsblatt.)

Arbeiterisiko. Aus Bochum wird berichtet: Auf der städtischen Grube Scholven bei Stadbeck verunglückten 10 Bergleute; einer wurde tödlich und die übrigen schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. — Der Unfall ereignete sich dadurch, daß die Mauerbahn in dem im Abflauen befindlichen Schacht plötzlich hochgezogen wurde, ohne den Schachtriegel vorher abzulegen. Dadurch wurde die noch frische Schachtmauer aufgerissen, und die Steine fielen auf die darunter arbeitenden Schachthauer.

Wahlmännern gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit forderte am Dienstag eine Arbeitslosen-Versammlung in Wicau. Der Parteivorstand wurde beauftragt, beim Oberbürgermeister zur Beschäftigung von Arbeitslosen mit städtischen Arbeiten Schritte zu unternehmen.

In Sachsen Arbeitslosenunterstützung hatte sich der Stadt-magistrat Rärnberg am 23. Februar mit dem Beschluß des Gemeindefullkums zu befassen, das den Magistratsbeschluß, 15 000 Mk. für die Auszahlung von Barunterstützungen an Arbeitslose zu bewilligen, umzusetzen hat. Der Magistrat hätte nun auf seinen Beschluß bestehen können, und es hätte dann eine gemeinsame Sitzung beider städtischer Kollegien noch einmal über die Frage entscheiden müssen.

Da der Beschluß des Gemeindefullkums mit 25 gegen 26 Stimmen gefaßt wurde, wäre eine solche gemeinsame Sitzung gar nicht so aussichtslos gewesen. Ein bahngestrichener Antrag wurde auch von dem sozialdemokratischen Magistratsrat Merkel gestellt, aber mit 5 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Unterstützung für Arbeitslose. Die Frankfurter Stadt-verbordnetenversammlung bewilligte am Dienstag 20 000 Mk. zur Unterstützung der ausgebeuteten Gewerkschafter und der Arbeits-lofen. Die Sozialdemokraten hatten 30 000 Mk. beantragt. — Die 20 000 Mk. werden dem „Sozialen Museum“ überwiesen. (Dies ist eine Frankfurter Organisation, die das Hilfswerk eingeleitet hat.) Bemerkenswert ist, daß sowohl die Freisinnigen als auch die Nationalliberalen gegen diesen Antrag gestimmt haben. Der Führer der Jung-Nationalliberalen meinte sogar, es müsse ihm erst bewiesen werden, daß ein Notstand bestehe.

Gemisse Wittmann wies demgegenüber darauf hin, daß die Gewerkschaften im vergangenen Jahre allein 148 018 Mk. an Unterstützungen für Arbeitslose ausbezahlt haben; das „Soziale Museum“ hat bisher für den gleichen Zweck 85 000 Mk. auf-gewendet.

Neue Betriebsbeschränkungen in der englischen Baumwoll-spinnerei. Die Baumwollspinner Englands verhandeln auf neue über Betriebsbeschränkungen. Daraus geht hervor, daß an ein Schwinden der Krise in der Textilindustrie nicht zu denken ist.



König-Automat u. Restaurant

Abzahlungsgeschäfte Credit H. Schröpler

Liebau, Turnerstr. 27, I.

S. Sachs Nikolaistrasse 31, I-IV

Aquarien Fischer Spez. Gesch., Promenadenstr. 10

Bäckereien, Konditoreien E. Albrecht, Li., Henriettenstr. 11

Brauereien, Bierhandlg. Brauerei C. W. Naumann, Leipzig-Plagwitz

Offenbacher-Brauerei L. Thonberg, anerkannt vorzügliche Biere

Markranstädter-Brauerei liefert erstklassige Biere

F. A. Ulrich, Dampfbrauerei Zwenkau A. G.

Bilder-Einrahmungen Paul Linke, Eisenbahnstr. 11

Briketts, Kohlen Rich. Foerstendorf, Plagwitz, Weissenfelsenstr. 24

Drogen, Farben Adler-Drogerie, Zeitzer Str. 87b

Damen-Monats-Garderobe A. Schröter, Alexanderstr. 17, II

Butterhandlungen Max Busch, Reudn., Dresd. St. 67

H. Reichenbach, Eisenstr. 23

H. Schlichting, L.-Thonberg, Reitzenh. Str. 18

Butterhandlungen Max Busch, Reudn., Dresd. St. 67

Butterhandlungen J. H. Müller, Stötteritzer Str. 8b

Sänger, Sternwartenstrasse 34

A. Wunsch Nachf., Molkauer Str. 54

Bürsten, Besen, Pinsel S. Schneider, Vo., Konradstr. 40

Cacao, Schokolade

Cacao-Haus Alfred E. Bayer für engros: Querstrasse 4-6

Lindenaues Schokoladen-Haus Otto Hörtzsch, Lindenau grüsst

Franz Kellhold Hospitalstrasse 14

Thekla Keller, Klzsch., Dieskaustrasse 11

M. Thierbach, Verk. v. echt bayr. Malz aus München

Cigarrenhandlungen O. Agte, Plagw., Weissenf. Str. 61

Paul Grimm Nachf., Winter-Jas. Schiefelmeier, Stött., Leipz. Str. 8

M. Mühlhölzer, gute Blücherstr. 47

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

M. Müller, Lind., Ecke Leutzsch Str. 28

Färbereien, Wäschereien

Paul Hilmer, Weissenfelsen Str. 17

Hugo Luckner Läden in allen Stadtteilen

Fahrräder, Nähmaschinen Domasch, Fleischerplatz 1b

Bravour-Räder Klarnou u. Eckhardt

M. Köhn, Lind., Kuhlurmstr. 1b

A. Lindner, Zwenkau, Lpz. Str. 164

A. Simeth, Reparatur-Werkst. Königsstr., Ecke Nürnberger Str.

Fahrradhaus Frisch auf Königsstr., Ecke Nürnberger Str.

Fischhandlungen P. Angermann, Con., Peg. Str. 19

M. Beyer, Dresdner Strasse 24

O. Sittler, Stötteritz, Mittelstr. 8

Fleischereien Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Rich. Abitzsch, Li., Leutzsch Str. 17

Herrn-Schneiderei, Stoffe

H. Göttisch, Co., Born., E. Stöck-Str. A. Haselhub, Tauchaer Str. 3

Hüte, Mützen Frd. Bachmann, Winterg.-Str. 12

Kaffee und Tee Aug. Hofmann, Johannsplatz 4-5

Herm. Schirmer Nachf., Hauptg. Grimmische Str. 82

Schmidt & Co., Königsplatz 8

Kinematographen Trianon-Theater, Nikolaistr. 10

Koffer, Lederwaren H. Block, Windmstr. 32, Tauch. Str. 16

Kolonialwaren Arnold, Brantw., M., Braustr. 2

Herm. Hempel Nachf., L.-N., Eisenbahnstr. 27

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

H. Müller, Li., Ecke Ulms u. Sauerplatz

Manufakturwaren

Gaebler Nachf. E. Krenz u. Gabelbergstr. Modew., Kleiderstoffe

Möbel-Magazine Rich. Arnolds Möbelhallen

Börner u. Naumann, Mückern, Ankerplatz

Fritz Sachs, Brühl 4

Molkereien Ernst Beyrich, Sidonienstr. 9

Musik-Instrumente M. Bauer, Li., Auelstr. 17

Polster u. Co., Instr., Salt., Rep. bill. Rob. Schopper, Mühlgrasse 3

Optiker, Mechaniker R. Kind, Peterssteinweg 28b

Obst, Grünwaren Gust. Brade, Zeitzer Str. 87b

Papier- u. Schreibwaren G. B. Gäbler, Eu., Wilhelmstr. 4

Ad. Geist, Lind., Gundorf Str. 2

C. Jungmann, Plagw., Zsch. Str. 80

Photogr. Lipsia, Vis. v. 1.90. Kab. v. 4.90 an

Bruno Riedel, Petersteinweg, Ecke Härtelestr. (Lad.)

Pianoforte Carl Rother, Königsstr. 6

Porzellan, Glas Ad. Seelenfreund, Universitätsstr. 8

Putz, Modes I. Dietrich, Co., Bornaische Str. 42

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schirme, Stöcke I. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48

Schleifereien

A. Auschitz, Leutzsch, Lindenauer Strasse 16

Tapeten, Linoleum, Wachs, Heyer & Hennig, Brühl 25

Schuhwaren, Schuhmacher A. Abelmann, Eisenbahnstr. 69

W. A. Hennig, Nürnberger Str. 10

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Lehmann Nachf., Gohlis, Breitenf. Str. 2

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 47

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Aus der Kunstgeschichte.

25. Die hellenistische Baukunst.*

Die für die hellenistische Kultur charakteristische Verschmelzung altgriechischer und barbarisch-orientalischer Wesenszüge tritt namentlich in der Entwicklung der Architektur zutage. Der Geschmack des Orients erzeugte das Streben nach äppig sinnlichen Effekten, und die dynastischen Bedürfnisse der neugeborenen Despotenheute hefteten imponierende und verblüffende Pracht- und Prunkentfaltung. Durch räumliche Größe, durch Kolossalität im ganzen und im einzelnen suchte man zu wirken, und ein blendender und berauscher Dekorationsglanz griff allenthalben Platz. Die vornehme Einfachheit und ruhige Größe der altgriechischen Bauwerke genügte den Ansprüchen nicht mehr. Zwar wurden die alten Architekturformen im allgemeinen noch beibehalten, aber das Verständnis für ihre Bedeutung ging allmählich verloren, und einzelne charakteristische Details, z. B. die Triglyphen, die früher wichtige konstruktive Faktoren waren, wurden jetzt sinn- und gedankenlos als bloße Zierglieder verwendet. Die kraftvolle Wucht der massigen dorischen Säule verflüchtigt sich zu zierlicher Schlankheit, und der ionische Stil, der im hellenistischen Zeitalter zum eigentlichen herrschenden wird, erfährt eine fundamentale Umgestaltung ins Prunkvolle und Malerische. Weniger Anwendung, als man erwarten sollte, findet die an sich schon prächtige und zierliche korinthische Säule, die jetzt fast nur in Verbindung mit dorischen und ionischen auftritt. Solche Gebäude in gemäßigtem Stil, die alle drei Bauformen nebeneinander aufweisen, scheinen im hellenistischen Zeitalter besonders beliebt gewesen zu sein. Neben die alten griechischen treten dann auch einzelne neue Säulenformen, z. B. in Ägypten, wo sich im Anschluß an die einheimischen Lotusblüten- und Palmenstämme ein eigenartiges Kapitell entwickelte. Auch ganz dünne Stützen, die wie Zeitstrahlen wirken, kommen in Mode. Von den neuen architektonischen Gebäuden, die die hellenistische Zeit hervorgebracht hat, sind besonders der *Podiumtempel* und der *Rundtempel* zu nennen. Welcher erhebt sich die eigentliche Säulenhalle auf einem hohen Unterbau, und breite Freitreppen führen zu ihr empor. Der Rundtempel war namentlich für kleinere Heiligtümer beliebt. Er bestand aus einer Säulenhalle von kreisförmigem Grundriß, deren untere Hälfte in der Regel mit Mauern oder Gittern geschlossen war, während die obere Hälfte offen blieb. Auch der Gewölbekorb, den die alte griechische Architektur noch nicht kannte, wird in der hellenistischen Epoche bereits hier und da geübt. Allerdings war die damalige Technik noch nicht imstande, Kuppelbauten zu konstruieren, aber Spuren von einfachen Kuppelgewölben finden sich gelegentlich, namentlich in Alexandria, wo man wegen Holzmannels flache Dächer nur mit erheblichen Kosten herstellen konnte.

Die Architektur der altgriechischen Zeit hatte im Tempelbau ihr höchstes Ziel gesehen. Jetzt wird ihr, entsprechend den veränderten Kulturverhältnissen, daneben eine Fülle von neuen Aufgaben gestellt. Es gilt vor allem, stolze Herrscherspaläste und prunkvolle Wohnhäuser für die reichen Bürger zu schaffen, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, wo zahlreiche schöne Villen innerhalb reizvoller Parkanlagen entstanden. In der baulichen Ausgestaltung der einzelnen Räume entwickelte man ein besonderes Raffinement. So unterschied man „korinthische“ Säule, die eine von Säulen getragene gewölbte Decke hatten, „lykische“ (nach der Stadt Lykos am Marmarameer), die einen Ausblick ins Grüne gewährten, „ägyptische“, die dreischiffig waren und deren überhöhtes Mittelschiff von oben her Seitenlicht in den Raum fallen ließ, während sich über den Seitenschiffen ein flacher oberer Umgang hinzog, usw. Ein gewaltiger Luxus zeigt sich in der inneren Ausschmückung der Paläste und vornehmsten Wohnhäuser. Man verklebte die Wände mit den kostbarsten Stoffen, mit Gold, Eisenstein und seltenen, womöglich wohlriechenden Gesteinen. Auch Metall, Glas, Mosaik und bunte Marmorplatten wurden zu diesem Zwecke verwendet. Die Wandflächen gliederte man durch Plaster und durch edige oder gerundete Nischen, in denen Statuen aufgestellt wurden. Die für die spätere römische Zeit und für den italienischen Renaissancepalast des 16. Jahrhunderts charakteristischen Dekorationsformen finden sich, wie man sieht, bereits hier im hellenistischen Wohnhause vorgebildet. Und ebenso läßt sich das Fassadensystem der römischen und der Renaissancezeit auf hellenistische Muster zurückführen. Schon hier finden wir die Gliederung der äußeren Mauerflächen durch horizontales Gebälk und durch fenestrierte Balustraden, schon hier wird der Rundbogen als Träger der Konstruktion für Türen und Fenster angewandt. Die Palast- und Tempelhöfe, sowie die öffentlichen Plätze umgab man gern mit bedeckten, ein- oder zweistöckigen Säulenhallen, die als schattige Wandelgänge dienten. Solche Hallenbauten treten auch häufig als selbständige Gebäude auf und werden dann *Vaskillen* („Königshallen“) genannt. Diese sind meistens mehrschiffig und enthalten entweder Läden für den Marktwortverkehr oder Räume für die Verkehrsbehörde, die Justiz usw. Die schon in der altgriechischen Zeit entstandenen Bautypen der *Kathäuser*, der *Gymnasien* und *Paläste*, der *Bäder* und *Theater* werden teils nach den veränderten praktischen Bedürfnissen, teils nach den erhöhten Anforderungen des Luxus aufs mannigfaltigste ausgestaltet.

Aber nicht nur im Bau des Einzelhauses, sondern auch in der Anlage ganzer Städte wurden den Architekten des hellenistischen Zeitalters neue und große Aufgaben gestellt. Man ging auf diesem Gebiete mit großem Raffinement vor, und die monumentalen Gebäudekomplexe wurden meist nach malerischen Gesichtspunkten gruppiert. Die ästhetischen Reize eines ringsum geschlossenen Platzes wußte man bereits zu schätzen, und nach der strengen Regel durfte der schulgerichtet angelegte Markt keine offenen Straßenzugänge haben. In vordefter Reihe aber fanden die praktischen Gesichtspunkte Berücksichtigung und bequem sein. Die Einflüsse des Orients hatten einen starken Gang zum Wohlleben erzeugt und der wachsende Reichtum gestattete den herrschenden Klassen, diesem Gange nachzugeben. Aber auch für mancherlei Bedürfnisse der großen Volksmasse wurde sorgfältig, bequem, regelmäßig angelegte Straßen, Wasserleitungen usw. entstanden in den neu gegründeten Städten. Namentlich Alexandria wurde in dieser Hinsicht vorbildlich für die übrige Welt.

Alles in allem trägt die hellenistische Baukunst den Charakter einer Uebergangsepoch. Das Alte verflüchtigt sich, und die Keime des Neuen wagen sich nur schüchtern ans Licht. Die edeln

Formen des rein griechischen Stils werden allmählich aufgelöst, und die neuen Gebilde, die hier und da entstehen, tragen noch überall den Stempel des Unfertigen. Man mißverstand den tieferen Sinn und das eigentliche Wesen der altgriechischen Architektur, deren ästhetische und technische Traditionen man in manchen Neuherstellungen noch aufrecht zu erhalten suchte; und man war sich andererseits nicht völlig klar über die Bedeutung der neu geschaffenen architektonischen Elemente, die erst für eine spätere Zukunft wirklich wertvoll und fruchtbar werden sollten. Die Erben und eigentlichen Vollerben der hellenistischen Baukunst wurden die Römer. Sie haben die in jener Uebergangsepoch sprossenden Keime zu raschem Wachstum und eigenartiger Blüte gebracht und die dort begonnene Entwicklungsbahn klar und zielbewußt zu Ende geführt.

Von den einstigen Hauptstätten der hellenistischen Kultur sind Alexandria und Antiochia für abschbare Zeit im Schoß der Erde begraben. Auf den Stätten, wo sie einst standen, sind neue Ansiedlungen emporgewachsen, und es besteht daher keine Aussicht auf Freilegung der antiken Denkmäler. Dagegen ist Pergamon, die Hauptstadt des Attalidenreiches in Kleinasien, im Laufe der letzten Jahrzehnte aus Schutt und Trümmern neu entstanden. Der Ingenieur Karl Humann war es, der die erste Anregung zu den Ausgrabungen gab. Im Jahre 1873 schickte er einige Bruchstücke großer Hydreliefs von der pergamenischen Burg als Geschenk an das Berliner Museum. Der Direktor Conze erkannte den Wert der Kunstwerke und veranlaßte mit Genehmigung der türkischen Regierung umfangreiche Untersuchungen an Ort und Stelle. Der preussische Staat bewilligte die notwendigen Geldmittel, und im Laufe von etwa zehn Jahren wurde die Akropolis von Pergamon durch planmäßige Ausgrabungen freigelegt. Sie ist heute die weitaus wichtigste Stätte für die Kenntnis der hellenistischen Kunst und Kultur im 1. und 2. Jahrhundert v. Chr.

Oben, auf dem höchsten Plateau des Burgberges, lag das feste Schloss des Königs. Seine Lage war teils von praktischen, teils aber auch von künstlerischen Gesichtspunkten bestimmt. Sie schützte den Herrscher bei etwaigen feindlichen Angriffen, und sie bot zugleich durch die malerische Gruppierung des hochaustragenden Gebäudes einen schönen und imposanten Anblick dar. An die Königsburg schloßen sich, terrassenförmig absteigend, die anderen architektonischen Monumentalanlagen der Akropolis. Auf der obersten Terrasse, also dem Herrscherpalast zunächst, liegt das Heiligtum der Stadtgöttin *Athena*, an dessen rings mit Säulenhallen umgebenen Tempelplatz sich die Räume der *Bibliothek* anschloßen. Dann folgt auf der nächsten Terrasse der berühmte *Zeustempel*, der kunstgeschichtlich wichtigste Teil des Ganzen, der bekanntlich mit allen seinen reichen Reliefskulpturen nach Berlin geschafft worden ist, und 20 Meter tiefer der *Martplatz* mit dem *Dionysostempel* und schließlich die große, an westlicher Abhang des Berges sich hinziehende *Theaterterrasse*. Zu Füßen der Akropolis breitet sich die Stadt aus. Die meisten der die Herrscherburg umgebenden Monumentalgebäude entstanden in der ersten Hälfte des 2. vorchristlichen Jahrhunderts auf Veranlassung des Königs Eumenes II., unter dessen Regierung das pergamenische Reich an Ausdehnung und Macht seinen Höhepunkt erreichte. *John Schikowski*.

Kunstchronik.

Was soll aus dem Deutschen Buchgewerbemuseum werden? Es ist Zeit, daß diese Frage in voller Deutlichkeit erörtert wird. Ausgeworfen ist sie schon seit vorgangenen Herbst. Es geschah im Leipziger Tageblatt. Dort wurde — leider ohne Namensnennung — offenbar von einem grünlichen Kenner der Leipziger buchgewerblichen Geschäfts-, Vereins-, Sammlungs- und Schulverhältnisse ein Feuerwerk von Vorschlägen über Reformen, Fusionen und Veränderungen auf allen jenen Gebieten abgebrannt. Der Effekt war aber im allgemeinen nur ein Blendendes und Augenbetögendes, keine klare Beleuchtung aller als brennend dargestellten Fragen, und soweit das Buchgewerbemuseum und seine Verwaltung und Ausgestaltung durch den Buchgewerbeverein in Frage kam, war diese Wirkung besonders augenfällig. Die Frage war dort in den Hauptzügen so gestellt: Der Buchgewerbeverein hat wenig Kapital und keinen rechten innern Zusammenhang mit seinem Museum, er sammelt dort auch nur noch einmal das, was der Buchhändlerbörsemittel schon sammelt. Schade um das Geld! Könnte nicht eine Fusion stattfinden, der Verein würde die Oberleitung erhalten, die Akademie vielleicht noch irgendeine Zugehörigkeit werden?

Dunkel war der Rede Sinn und wurde nicht klarer für den, der genauer wußte, daß der Börseverein gar keinen Einfluß auf Pflege der Wissenschaft von historischer, technischer und künstlerischer gewerblicher Entwicklungen in seinen Statuten hat, daß dagegen die Statuten des Buchgewerbevereins ausdrücklich die buchgewerblichen Sammlungen zwecks Förderung und Pflege der Buchgewerbekunst fördern. Dies betonte denn auch der Vorstand des Buchgewerbevereins ausdrücklich in seiner sofortigen Entgegnung im selben Blatte und wie noch besonders die Darstellung, als sei ihm sein Museum eine Last, als falsch ab; das Museum habe sich in den letzten Jahren besonders glänzend entwickelt, wenn auch noch Wünsche offen seien. So wäre die Frage zunächst einmal klar erledigt gewesen, wenn nicht der vom Verein bestellte Museumsdirektor, unter dessen Leitung eben jenes Aufblühen des Museums stattfand, einige Tage später eine Sondererklärung abgegeben hätte, in der er ausgesprochen, daß er, der wohl vor allen zu jener Frage der Entwicklung des Museums den besten Antwort hätte geben können, für die Vorstandsentscheidung nicht befragt worden sei; er habe noch hinzuzufügen, daß das Museum allerdings, wie vom Vorstand gesagt sei, sich entwickelt habe, daß aber die vom Vorstand eingeräumten Mängel nicht in fehlerhafter Leitung, sondern in Geldmangel und in der Nichtbewilligung einer Hilfskraft begründet seien.

Hiermit sind nun einige wichtige Vorfragen zu der späterhin immer neu auftauchenden Hauptfrage: Was wird aus dem Deutschen Buchgewerbemuseum? gegeben. Warum gingen Vereinsvorstand und Museumsdirektor hier getrennt, und warum benutzte der Direktor jene Andeutungen von Mängeln im Museumsbetrieb im Exposé des Vereinsvorstands, um vor der Öffentlichkeit Beschwerde über unzureichende Finanzierung und Verformung mit Arbeitskräften zu führen? Fernerstehende Fragen wohl denken, daß da ein Unzulänglicher oder ein Querulant eine Gelegenheit wahrgekommen hätte, um sich wichtig zu machen, oder es war andererseits in Leipzig bekannt genug, daß dieser Direktor, Dr. Wilrich, vom sächsischen Ministerium eine offizielle Anerkennungsurkunde für seine Leistungen erhalten hatte; daß wegen der Entwicklung des Museums in den

letzten Jahren vom Reich, vom Staat und von der Stadt Beiträge zu jährlicher Unterstützung des Museums in Gesamthöhe von 10 000 Mk. dem Verein gegeben wurden. Es trat also damals ein tiefgehender Konflikt zutage, den scheinbar der erfolgreiche Direktor weniger zu scheuen hatte als die Vereinsleitung. Dieser Konflikt kam nicht zum Austrag, weil die Anwesenheit im Tageblatt begraben schien, und weil Direktor Wilrich eine Berufung nach Stuttgart in eine dortige wichtige staatliche Stellung erhielt.

Andererseits schien auch die Vereinsleitung nicht sehr getroffen zu sein; denn sie erbat für 1909 von der Stadt noch einen weiteren Zuschuß von 2500 Mk. Dieser ist nun von der Stadt zwar nicht glatt, ist aber doch bewilligt worden. Da das öffentliche Gelder sind, ebenso wie die vom Staat und vom Reich, so ist endlich einmal auf Grund jener im Tageblatt zutage getretenen Bedenken über die Interessen, die der Verein dem Museum entgegenbringt, zu fragen: Hat der Verein, der früher aus eigenen Mitteln das Museum förderte, die Unterhaltungs-gelder seinem eignen Museumsetat zugelegt, oder hat er sie benutzt, um seinen Museumsetat zu entlasten? Und wie weit ist eventuell diese Reduzierung der eignen Aufwände für das Museum gegangen? Weiterhin ist aber zu fragen, ob der Vereinsvorstand die vom Staate und von der Allgemeinheit der öffentlichen und sachlichen Interessen gewürdigte und unterstützte Ausgestaltung des Museums, wie sie Dr. Wilrich geführt hat, billigt und weiterzuführen entschlossen ist. Diese Frage ist aufzuwerfen, da schon aus jenen Tageblattartikeln ein Widerstand gegen diese Museumsentwicklung herauszutreten war und da vor wenigen Tagen in einer Besprechung der Neuesten Nachrichten ganz offenkundig ein Feldzug gegen sie eröffnet worden ist. Die Beantwortung dieser Frage erscheint uns um so dringlicher nötig, als wir es hier sehr gefährlich halten, ein Institut mit so großen öffentlichen Subventionen auf längere Zeit (man spricht von einem Jahr) einem „interimistischen Direktor“ zu überantworten, selbst wenn die Oberleitung klar und richtig die Entwicklung des Museums erkannt haben sollte. Wir stellen die zweite Frage endlich auch deshalb, weil wir fürchten, daß eine ganze Reihe von Buchhändlern aus dem Verein kürzlich geschlossen ausgetreten sein sollen, da sie ihre Interessen, entgegen der ausdrücklichen Fassung der Statuten, nicht mehr genügend vertreten glauben.

Nur als ein heiteres Schreibfehlerspiel in der Geschäftsstelle des Buchgewerbevereins wollen wir es dagegen betrachten, daß in den kürzlich an die Zeitungen verfassten Posten gar nicht mehr wie sonst immer vom Buchgewerbe, „museum“, sondern nur noch von Ausstellungen des Buchgewerbevereins gesprochen wurde; denn soweit sind wir doch wohl noch nicht, daß das Museum mit samt dem früheren Direktor abgegangen ist.

Kommen wir nun endlich nochmals auf die im Tageblatt aufgeworfene Frage zurück und geben wir einige Perspektiven, ganz unabhängig von der Stellungnahme des Buchgewerbevereinsvorstands zu unsern Fragen. Man kann von vornherein zur Frage folgende Wünsche äußern: Da dieses vom Verein begründete und geförderte, aber in seinen Hauptbeständen aus staatlichem Besitz (Verkauf) gebildete Museum heute so hohe Subventionen bezieht, so wäre es wohl zu erwägen, ob nicht überhaupt der Staat, der hier in Leipzig ja bereits die beste deutsche Buchgewerbeakademie leitet, auch das Museum übernehmen könnte, um es der Akademie anzuschließen oder aus beidem ein neues größeres Ganze zu schaffen. Selbst wenn unsre beiden Fragen zu unserm und der gesamten Öffentlichkeit höchster Zufriedenheit beantwortet werden sollten, stellen wir im Anschluß an die früheren Anregungen im Tageblatt diesen der über Vereinsinteressen weit hinausgewachsenen Museumsfrage einzig würdigen und gesunden Vorschlag zur Diskussion. *Dr. S.*

Kunstaussstellung Del Vecchio. Die Februar-März-Ausstellung bei Del Vecchio ist vielseitig, gut und erfreulich. Mehr braucht ja auch gar nicht; wenn nur immer aus guten Durchschnitt gehalten würde und das Schlimme vermieden. Als Prof. Corradi 1905 in Rom starb, hatten wir im selben Sommer seine Nachlassausstellung im Kunstverein. Es ist schon sehr reich, die Tatsache festzustellen, daß derselbe Nachlaß noch 1909 in Deutschland herumreist und wieder nach Leipzig gekommen ist. Es ist weiterhin interessant, festzustellen, was verkauft wurde, was noch den Käufer sucht. Corradi ist ein Meister der alten großdekorativen Idealität alterer Schule, die statt des Stills prunkende Schönfärberei liebte. Platten und der Balken ist sein Verein: dort suchte er die reichsten, schönsten, bedeutungsvollen Gegenstände — Städte, Meere und Gebirge — auf, um ihre schöne und formreiche Wirklichkeit dekorativ malerisch im kompositorischen Aufbau und Licht- und Farbeneffekten noch zu übertrumpfen. Die derart großartig angefaßte und mit technischer sicherer Virtuosität durchgeführte Landschaftskunst mit großen Sammelnamen für jedes einzelne Werk zu kennzeichnen (Konstantinopel, Korfu, Dalmatien, Ägypten, Venedig, Montenegro), ist innerlich berechtigt. Es sind dekorative Idealbilder. Nun sind bezeichnenderweise aus dem Nachlaß die dekorativsten Bilder verschwunden, die idealsten sind noch bei Del Vecchio zu sehen.

Während der Kunstverein seinerzeit nur die großen Prachtarbeiten in Riesenrahmen ausstellte, bringt Del Vecchio noch etwa ein Dutzend ungerahmter Studien in Del und noch ein Dutzend ganz delikater Aquarelle. Beide Sorten sind im malerischen Inhalte den großen Arbeiten er., verwandt, aber die Delstudien zeigen aus Corradi eben nur in intensiver Landschaftsarbeit, ohne die Schönfärberei letzter Hand, und man bewundert freudig das kräftige Erfassen wie das gewissenhafte Münden jedes Schönheitswerts, ja des Bildwerts im ganzen schon in der Skizze; dagegen sind dann die Aquarelle bis ins Letzte des Miniaturreizes ausgepöfelte Rabinetsstücke; in Farbenfreude, süßlicher Sonne und klassischer Landschaftswürde strahlend. Corradi hat viel gekonnt, ist auch heute noch erfreulich, aber für die künstlerische Entwicklung ist er gänzlich erledigt.

Wenn dasselbe Urteil möchten wir zusammenfassend über die Worsweder Durchschnittsmaler aussprechen, deren einer, Richard Hartmann, mit einer Bilderkollektion bei Del Vecchio vertreten ist. Der Schollennalereibegriff Worsweder ist erledigt, ebenso der Bedarf nach deutschen Moorlandschaften bedekt, und es leben nur noch zwei oder drei starke Individualitäten, die mit jener Bewegung herauskamen. Hartmann ist — abgesehen vom Fiktiven, das ihm recht langweilig gerät — ein Landschaftler, der gute Stimmung und für kräftige Farben eine kräftige Technik hat, und so ist er nun Worsweder und nichts mehr. Nur ein Bild hebt sich aus allen heraus: ein winterliches Wassermotiv mit einer schmalen, besonnten Insel im Mittelgrund; die harte Lichtstärke der luftigen Hellen

* Vergleiche Nr. 9 vom 13. Januar 1909.

Lüne, die einfache, stillvoll wirkende Art des Bildaufbaus, das alles steht aus, als ob der Weimarer Hofmann einmal in Worp-
webe zu Gast gewesen wäre.
Der Leipziger Müller-Mohr bringt neue Alpen- und
Hochalpenlandschaften. Man sieht in manchen den alten und
den neuen Müller-Mohr noch nebeneinander. Sonderbar ist,
dass ihm, je mehr er mit dem technischen freien Ausdruck ringt,
auch schon die inneren künstlerischen Werte der Arbeit heraus-
springen. Je wichtiger die Ausarbeitung ist, um so leichter
scheinbar wächst die Landschaftsauffassung ins Große. Dort sein
im Massenaufbau des Motivs, im großen Sprühen der Farbe,
im technischen Vereinfachen des Strichs: das ist jetzt das Beste
und der Weg für Müller-Mohr; er hat diesmal wieder mit
dem famosen Hochgebirgsbild: Braunschweiger Hütte bewiesen.
Noch ist Del Vecchio's Programm der neuen Ausstellung
nicht zu Ende, aber wir können uns nun kurz fassen, es kommen
nur noch originelle Spezialitäten ohne tiefere künstlerische
Wirkung. Wir finden nicht viel an dem Tripitikon: Der ver-
lorene Sohn von Leo Bauer. Die Zeit des für Tripitikon
wichtig gemachten Genres sollte längst vorbei sein. Die biblische
Geschichte ist hier noch besonders verhungert. Die Rückkehr zur
Mutter, wie Bauer sie gibt, ist viel weniger wirksam als die
biblische zum Vater. Im Bibeltext steht: er brachte sein Gut
um mit Fressen; wir finden den Effekt, in den Seitenteilen
das Schweinefleisch im Vordell gegen das Schweinefleisch auf
dem Acker zu sehen, sehr billig, aber die Maler scheinen davon
nicht loszukommen. Gewalt ist die Sache mittelmäßig. Der
Märchenbilderzettel König Drosselbart von Maximilian
Lebenstein ist viel erfreulicher; aber so lustig der Maler
auch mit den Farbentwürfen in den Bildern herumkaut, so
leicht vergnügt er auch die Typen der Geschichte nimmt, es
steht doch eine ganze Menge Malerarbeit hinter der Auf-
machung, und es fehlt die mit wenigem so viel sagende Lebens-
lust des Zeichneralters, das zu solchen Aufgaben gehört. Die
Radierarbeiten von Prof. Michael endlich sind zum großen
Teil aus dem rechten Bewusstsein der Schwarzweißwirkung ge-
schaffen; die Arbeiter beim Tunnelbau an unheimlichen
Maschinenungeheuern sind ausgezeichnet, graphisch richtig er-
fasst, aber nicht scheint bei Michael doch recht viel an eigener
künstlerischer Belegung im Technischen der Radierarbeit zu
fehlen: es ist zumeist sicher und geschickt verwandte Schablone.
Dr. S.

Schauspielhaus (Tasso). — Stellen wir uns vor, der alte
Goethe wäre gestern im Theater gewesen. Er war bis ins hohe
Alter ein leidenschaftlicher Herr, der mit den großen Augen sein
Gegenüber anblinzt, es laut andonnern und in heftigster Er-
regung auf den Tisch schlagen konnte. Ich glaube, der Groll
wäre oft in ihm aufgelaufen, er hätte gedonnert und geblitz
und auf den Tisch geschlagen. Und zwar nicht bloß, weil der
Stil dieser Darstellung gegen seine erprobten Regeln ging, auch
weil ihm die Auffassung der Hauptperson widerstrebt. Aber
dessen können wir auch sicher sein: hätte er diesen Schlussakt er-
lebt, dieses Gespräch mit dem Fürsten, diese anstehende und
über die Ufer schäumende Unterredung mit der Prinzessin, diese
festfeste Schmachfrage nach der Katastrophe, diesen Jammer des
Verlorenen und Ausgeschlossenen, dann dieses Vernehmen auf
das Heilmittel im eignen Beruf und dieses würdige Zusammen-
rücken der Reste seiner Existenz, diese Haltung des der Anlie-
hung Bedürftigen und zugleich Selbstbewussten — hätte er dies
erlebt, ich glaube, der Alte hätte sein Schlußurteil dahin zu-
sammengesagt: und ein Kerl ist er doch.
Wir schenken der Tasso, den Kainz gestern spielte, bedeutete
ein Zurückschrauben der Phantastik in ein Stadium,
das der Dichter beim Abschluß der Gestaltung überwinden
hatte. Wenn wir jetzt im Schluß der Tasso das Allgemein-
gültige in erster Linie sehen, die Gefahren, die dem Dichter in
der Gesellschaft und der besonderen Art seines Schaffens er-
wachsen, dieses unvermeidliche Schwundstöhnen an den Schran-
ken des Lebens, das ihn umgibt, so sehen wir in Kainz's Dar-
stellung die Nervenqualen eines einzelnen in der Welt hin und
her geworfenen Künstlers brennend scharf dargestellt. Das All-
gemeingültige trat für den Zuschauer zurück, um so wilder dran-
gen auf ihn der Jammer, die Not, die Dualen und Zuckungen
des durch das Vorherrschende seiner besonderen Naturgabe immer
und immer wieder aus dem Gleichgewicht geschleuderten ein-
zelnen Künstlerindividuum ein. Das Typische trat zugunsten
des besondern Falles zurück.
Man kann auch sagen, es wurde hier in einer schauspiele-
rischen Leistung etwas Reines vollbracht wie von Hugo von
Hofmannsthal, wenn er ein Drama des Sophokles herinnert,
seine Gestalten der klassischen Ruhe entkleidet und die Sagen-
gestalten zu wilden Repräsentanten einer vergangenen Kultur-
epoche zurückbildet. Es ist dieselbe Nervenqual, die den klaren
Linien ausweicht und in greller Farbengebung schwebt.
Eine solche Darstellung bedeutet keinen Gipfel der Entwick-
lung. Aber sie ist für die Entwicklung von ungeheurer Wichtig-
keit. Sie muß von Zeit zu Zeit immer wieder kommen, um
Stillstand und Verhagen an überlieferter Formen zu überwinden,
deren Geltung das selbständige Schaffen lähmt. Sie zeigt das
zuckende Leben, das hinter dem klassischen Wert liegt und in ihm
gestaltet wurde, beängstigend, erschreckend deutlich auf. Tasso,
den wir auf der Bühne gesehen haben, das Stück mit den schön-
sten Versen, die in deutscher Sprache geschrieben sind, dies Stück,
in dessen sprachlichen Schönheiten wir so versinken können, daß
wir vor allem den Wohlklang hören — wir kennen das Stück alle
aus der landesüblichen Darstellung im höflichen Konversations-
ton mit den Pyramiden des unglücklichen Dichters, der Jamben-
arion singt; das reichbewegte innere Leben der Szenen ist uns
im Theater kaum mehr klar geworden als in der Schule. Und
nun kommt einer, zieht die schöne, bequeme Decke weg, reißt das
bunte Dichterswams in Fetzen, zeigt unerhörte Nervenqualen
eines Geselerten, der immer den Maßstab für die Welt verliert,
in seiner Freundschaft wie in seiner Liebe im Leben und
Rehmen ohne Sicherheit ist, sein vertrautes Herz zu Marke
trägt und auf jeden Stoß maßlos reagiert, sich blind den Freun-
den und Geliebten hingibt und ebenso blind gegen sie wütet und
lästert, hier hoffnungsgeblendet sich überlebt und nach den höch-
sten Krängen greift, da auf sich selbst wie der grimmigste Feind
eindringt, seine Würde niederwirft und sich lebensunkräftig am
Boden windet, hier edel und offen in schöner ritterlicher Haltung
der Umwelt begegnet, da in seiner Not keinen andern Ausweg
weiß, als sich zu verstecken. Auf einmal gewinnt das Stück ein
ganz andres Aussehen; es erscheint neu und unerhört. Und es ist
auch neu, etwas andres, als der Dichter hinterlassen hat, da
eben in der Darstellung die Nervenqualen des leidenden Künstlers
in den Vordergrund treten. Eine solche Darstellung verleiht auf-
zwingt zum Umwerten früherer Urteile und zu neuem Studium.
Sie wirkt stimulierend. Und wenn ein Sprechkünstler von der
geistigen Kraft Kainz's nicht aus. Wir werden
es in den nächsten Jahren immer wieder erleben, daß wir Nach-
wirkungen dieses faszinierenden Spiels sehen — und vielleicht
erleben wir auch noch einen Tasso, der die Dual, die hinter dem
Stück lauert, herausfühlt wie Kainz, zugleich aber der vom
Dichter endgültig gefundenen Form gerecht wird, in die er
diese Dual bannte.
Neben Kainz stand als Antonio ein vortrefflicher Sprecher
und verständiger Kritiker, Ferdinand Gregori vom Wiener
Burgtheater. Es ist unmöglich, ihm nach dieser Vorstellung ge-
recht zu werden, wo Kainz's Tasso zum erstenmal auf einen
einströmte und alle Aufmerksamkeit auf sich zog. Es genügt aber
wohl zu seinem Lobe vorläufig zu sagen, daß im Zusammenspiel
mit ihm im zweiten Akt und im fünften Kainz am hübschend-

sten zur Entfaltung seiner Kräfte kam, zum erstenmal während
seines Gastspiels den ganzen Glanz seines Defens frei darbot.
Auch Gertrud Langfelder kann wieder genannt werden, vieler
Unschärfe und mancher toten Stelle zum Trost, namentlich
wegen ihres Spiels im letzten Akt. Im Theater war gestern
schließlich eine Stimmung, derengleichen ich mich nicht erinnere
im Schauspielhaus erlebt zu haben.
gm.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.
Altes Theater. Sonntag, 7. März, nachmittags 1/2 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo, Historisches Trauerspiel in 5 Akten
von Grillparzer.
Neues Theater. Sonnabend: Donna Diana. Sonntag:
Die Malenkönigin, Versteht, Eufame im Bade. Montag: Lohengrin
(Kleinmann). Freitags: Die Plaisir vom Dreißiger Jahre. — Altes
Theater. Sonnabend: Die Tollarprinzessin. Sonntag, nach-
mittags 3 Uhr: Ein Wintertraum (ermäßigte Preise), abends
1/2 8 Uhr: Mrs. To, Lustspiel in 3 Akten von B. Somer-
Maugham (Uraufführung). Montag, 8 Uhr: Madame Trou-
badour.
In der kommenden ersten Woche der Vornesse werden,
der früher von der Leipziger Handelskammer angeordneten Anweisung
entsprechend, im Neuen Theater alle Vorstellungen um 8 1/2 a 10
Uhr anfangen, mit Ausnahme der Aufführung des Lohengrin am
Montag, die der längeren Dauer wegen um sieben Uhr beginnt.
Im Alten Theater ist der Anfang aller Vorstellungen auf acht
Uhr festgelegt.
Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts
andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/2 8 Uhr.
Vereinigte Leipziger Schauspieler. Schauspielhaus.
Sonnabend, 7 Uhr: Faust (Mephisto: J. Kainz; Faust: Ferdinand
Gregori). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den neuen
Verein städtischer Beamten (Reiterallee), abends 1/2 8 Uhr: Bub
oder Mädel? — Neues Operetten-Theater (Theater an Thomas-
rina). Sonnabend: Bub oder Mädel? Sonntag, nachmittags
3 Uhr: Vorstellung für den Verein S.-D. (Der arme Jonathan),
abends 1/2 8 Uhr: Der Verschwendler (Valentin: Josef Kainz).
Im Schauspielhaus beginnen die Vorstellungen, wenn nichts
andres angegeben, 1/2 8 Uhr, im Neuen Operetten-Theater 8 Uhr.
Baltensbergtheater. Sonnabend: Mein Leopold.

Notizen.
Warum frieren Teiche und Flüsse im Winter nicht völlig zu?
Das Hochwasser hat eine Erscheinung gezeigt, die für unser Leben
von großer Bedeutung ist. Alle Flüsse führten Treibholz mit sich,
das, da es leichter als Wasser ist, oben auf schwimmt. Aus Er-
fahrung wissen wir, daß im Wasser zahlreiche Körper unter-
sinken, andre aber schwimmen. Dies hat seine Ursache in dem
verschiedenen spezifischen Gewicht der einzelnen Körper. Ueber
legteres ist an dieser Stelle ja vor kurzer Zeit ausführlich be-
richtet worden, so daß nicht näher darauf eingegangen ist. Das
Verhalten des Eises aber, das doch festgewordenes Wasser vor-
stellt, ist ganz eigenartig. Während im Allgemeinen die Kör-
per sich durch Hitze ausdehnen und beim Erkalten beständig zu-
sammenziehen, macht das Wasser eine Ausnahme. Wenn man
einen Glasföden, dessen Hals durch einen Stopfen verschlossen
ist, der eine an beiden Enden offene Glasröhre trägt, so mit
Wasser von 0 Grad füllt, daß es bis in die Glasröhre reicht, und
nun den Kolben ganz langsam erwärmt, so sinkt die Wasser-
säule in der Glasröhre, bis das Thermometer 4 Grad zeigt. Bei
stärkerer Wärmezufuhr steigt das Wasser wieder allmählich bis
zu dem ursprünglichen bei 0 Grad innegehabten Stand, den es bei
etwa 8 Grad erreicht. Bei fortgesetzter Erwärmung steigt es
nun immer rascher und verhält sich ganz wie andre Körper.
Eine Wassermenge nimmt also bei 4 Grad einen kleineren Raum
als bei jeder andern Temperatur ein. Das Wasser hat bei
4 Grad seine größte Dichte und ist entsprechend bei dieser Tem-
peratur spezifisch schwerer als bei jeder andern. Dem ent-
sprechend dehnt sich nun das Wasser beim Abkühlen unter
4 Grad aus und wird, wenn es in den festen Zustand übergeht,
einen größeren Raum einnehmen als vorher. Diese Eigenschaft
des Wassers macht sich unangenehm bemerkbar. Das sich aus-
dehnende Eis presst die nicht genügend widerstandsfähigen Ge-
hälter als Glasflaschen, Wasserfässer usw. Auch das Sprengen
von Mauern und Felsen durch den Frost hat hierin seinen
Grund.
Diesem merkwürdigen Verhalten des Wassers ist es auch zu
verdanken, daß unsere Seen und Flüsse niemals bis auf den
Grund gefrieren können. Im Winter erkalten zuerst die oberen
Wasserschichten durch Ausstrahlung der Wärme und Verhinderung
mit der kalten Luft. Solange die Temperatur der größten
Dichte, also 4 Grad, noch nicht erreicht ist, sinkt das schwere kalte
Wasser zu Boden. Es wird durch aufsteigendes wärmeres er-
setzt. Dieses Spiel dauert solange fort, bis endlich die ganze
Wassermasse die Temperatur von 4 Grad besitzt. Wenn nun die
Schichten der Oberfläche noch tiefer erkalten, so kann dieses
Wasser, weil es leichter ist als das von 4 Grad, nicht mehr herab-
sinken. Es behauptet sich oben, und hier beginnt auch, wenn die
Temperatur des Gefrierpunktes erreicht ist, die Eissbildung. Da
das Eis ebenfalls nicht unter sinken kann, so überzieht sich die
Wasseroberfläche mit einer schützenden Eisschicht. Letztere verzögert
das Erkalten der unteren Schichten und nimmt daher nur all-
mählich an Dicke zu. In der Tiefe aber behält das Wasser jahre-
lang, ja, wenn der See oben zugefroren ist, die Tem-
peratur von 4 Grad. Wie schon gesagt, ist dies für den Haus-
halt der Natur von der größten Bedeutung. Wenn sich das
Wasser ebenso verhalten würde, wie die meisten andern Flüssig-
keiten, so wäre ein Leben in den Gewässern nicht möglich. Flüsse
und Seen würden vollständig zufrieren und dadurch alles tieri-
sche Leben in ihnen vernichtet werden.
Ein neues Heilverfahren bei Asthma. Die gebräuchlichsten
Heilmittel gegen Asthma, wie die operative Behandlung der
Nase, die Anwendung von Jodkali, Atropin, Morphinum und
ähnliches erweisen sich in gewissen Fällen als unwirksam.
Diesen hat der Wiener Arzt Dr. Hofbauer seine besondere Auf-
merksamkeit zugewandt, und der Zufall hat ihn, wie er in der
Wiener klinischen Wochenschrift berichtet, ein Heilmittel finden
lassen, das, zunächst zur Behandlung von Lungenblähungen be-
stimmt, sich auch gegen die weiteren asthmatischen Anfälle als
wirksam erwiesen hat, nämlich die Atemgymnastik. Der Um-
stand, daß eine ganze Reihe verschiedene Heilverfahren gegen
Bronchialasthma empfohlen worden sind, läßt schließen, daß
keins von ihnen genügend mit den übrigen verglichen worden
ist, da man sonst doch zu einer Bevorzugung eines einzelnen
Verfahrens gelangt wäre. Aus diesem Grunde wurden zur Er-
probung der Atemgymnastik eben solche Fälle gewählt, bei
denen alle übrigen Methoden versagten. In einem dieser Fälle
wurde der Patient, der bereits ohne Erfolg operiert worden
war, noch weiterer vergeblicher Behandlung mit Jodkali,
Atropin, Morphinum und Ipecacuanha neuerlich unterzogen. Er
litt seit fünfzehn Monaten an anfallsweise auftretender Atem-
not, die erst dann nachließ, wenn der trockene Husten und das
Pfeifen durch reichlichen Schleimaustritt gelindert wurden.
Alle Anzeichen von Lungenblähungen waren vorhanden. Während
der Atemübungen, die nach der Untersuchung vorgenommen
wurden, zeigte sich, wie dies bei Bronchialasthma stets beob-

achtet worden war, daß mit der allmählich zunehmenden Steige-
rung der Ausatemungsmöglichkeit nicht nur die Lungenblähung
zurückging, sondern auch die asthmatischen Anfälle immer
seltener wurden. Nach einstündiger Behandlung war die Atem-
not geschwunden, und nur beim Aussteigen trat noch Kurzatmigkeit
ein. Die Heilung war vollständig, obgleich die äußeren Lebens-
umstände des Patienten nicht gerade als seinem Zustande zu-
träglich bezeichnet werden konnten. Er war Silberarbeiter und
also genötigt, viel Staub zu schlucken. Die Behandlung geht in
der Weise vor sich, daß der Patient allmählich lernt, die Aus-
atemung möglichst lange dauern zu lassen, während die Ein-
atemung möglichst verkürzt und bei dem genannten Atemgym-
nastik jeder unnötige Kraftaufwand vermieden wird. Dies
wird durch ein intermittierendes Rautenwerk erzielt. So lange
dessen Stöße erklingt, soll der Patient ausatmen und nur in den
Pausen zwischen den einzelnen Stößen die Luft einziehen.
Das Rautenwerk wird von einem elektrischen Strom angetrieben,
der von einem Fahrrad abwechselnd geöffnet und geschlossen
wird, so daß man durch Verstellung der Zahnräder am Kranze des
Rades die Länge der Atemzüge entsprechend der Individualität
des Patienten regulieren kann. Man beginnt damit, den
Apparat in der Weise einzustellen, daß er dem ursprünglichen
Atemtypus des Patienten entspricht. Erst allmählich geht man
dazu über, ihn an die Verlängerung der Ausatemung und die
Verkürzung der Einatemung zu gewöhnen. Wenn die Übungen
einmal eingeübt sind, vermag sie der Patient zu Hause allein
fortzusetzen. Außer dem beschriebenen liegt noch eine Reihe
andrer Fälle vor, bei denen das Verfahren sich gut bewährt hat.
Allerdings wäre es wohl verfrüht, auf Grund der wenigen be-
obachteten Fälle schon ein abschließendes Urteil zu fällen. —
Die Heilkraft des Sonnenlichts. Es ist eigentlich so gut
wie selbstverständlich, daß in der Lichtbehandlung, die in der
Nezeit so großen Einfluß in der Heilkunde gewonnen hat, die
Wirkung des natürlichen Sonnenlichts an erster Stelle steht.
Während mit Recht der jung verstorbenen Finzen als der wahrer
Schöpfer der Lichtbehandlung überhaupt genannt wird, ist es
hauptsächlich ein Verdienst deutscher Ärzte, auf die Möglichkeit
der Heilung von Geschwüren sowie von Hautkrebs und von
Respirationskrankheiten durch Sonnenstrahlen hingewiesen zu
haben. Damit haben die Sanatorien in Hochgebirgen, wo die
Wirkung der Sonnenstrahlen besonders kräftig ist, eine neue
ausführliche Aufgabe erhalten. Was von ihrer Erfüllung zu
erwarten ist, zeigt ein Vortrag, den Hallopeau und Koller vor
der Pariser Akademie der Medizin gehalten haben. Sie haben
zunächst den Einfluß des Sonnenlichts auf die Ernährung der
Lebewesen und insbesondere auf die Bakterien untersucht. Im
Allgemeinen kann man sagen, daß die Sonnenstrahlen Bakterien
töten, chemische Veränderungen hervorrufen, schmerzstillend
wirken und eine Verhärtung des Zellgewebes begünstigen.
Außer den Bakterien werden auch Gifte und sogenannte
Fermente mehr oder weniger stark verändert. Einige in diese
Kategorie einbezogene Tatsachen waren schon früher bekannt,
namentlich das Absterben von Diphtheriebazillen innerhalb
weniger Stunden bei Verhinderung mit Luft und Sonnenlicht.
Eine der wichtigsten Fragen blieb festzustellen: wie tief die
Sonnenstrahlen und ihre Wirkung in die Gewebe des Körpers
eindringen. Finzen hatte gemeint, daß der Einfluß nur ober-
flächlich sein könnte, aber die neuen Untersuchungen haben ge-
lehrt, daß mindestens die südliche Sonne, beispielsweise die von
Nizza und sicher die der Hochgebirge, mehr zu leisten imstande
ist. Wenn man den Brustkorb eines Menschen vom Rücken her
belehnen läßt, so kann das Durchdringen der ganzen Brust
durch das Verhalten einer photographischen Platte bewiesen
werden, die man in lichtdichte Verpackung auf die Vorderseite
der Brust gelegt hat. Nach Dr. Koller wird die Tuberkulose
in all ihren Ausprägungen, ausgenommen vielleicht nur die der
Gehirnhäute und des Gehirns selbst, von den Sonnenstrahlen
erheblich beeinflusst. Ferner wirken sie auf das Blut und ganz
besonders auch schmerzstillend. —
Zur Begründung eines biologischen Instituts hat ein
Privatmann der Universität Heidelberg 130 000 Mark zur Ver-
fügung gestellt. Das Institut soll mit dem neu zu bauenden
physikalischen Laboratorium vereinigt und der Leitung Lenards,
einer anerkannten Autorität auf dem Gebiete der Strahlen-
physik, unterstellt werden. Durch die enge Verbindung dieser
neuen Einrichtung mit den bereits bestehenden klinischen An-
stalten und mit dem Geyerschen Krebsinstitut sollen hier wich-
tige biologische und medizinische Probleme in Angriff genom-
men und womöglich gelöst werden. —
Eingelaufene Schriften.
Wilhelm von Polenz, Der Blüthenbauer. Roman.
Mit dem Porträt des Dichters und einem Vorwort von Pro-
fessor Adolf Bartels. Erste Auflage. Berlin, F. Fontane
u. Co. Preis 4 Mark, gebunden 5 Mark (Band 1 von Wilhelm
von Polenz' gesammelten Werken. 10 Bände, Preis 50 Mark,
in Leinen 40 Mark, in Halbfranz 50 Mark).
Aus Goethes Tagebüchern. Ausgewählt und ein-
geleitet von Hans Gerhard Fiebig. Leipzig, Inselverlag. Preis
gebunden 2 Mark.
Heinrich von Kleists Erzählungen. Eingeleitet
von Erich Schmidt. Leipzig, Inselverlag. Preis gebunden
2 Mark.
Briefwechsel zwischen Clemens Brentano
und Sophie Mereau. Nach den in der königlichen Bil-
liothek zu Berlin befindlichen Handschriften zum erstenmal
herausgegeben von Heinz Amelung. Zwei Bände. Preis
7 Mark, gebunden 9 Mark.
D. J. Chr. von Grimms Hausen, Der abenteuer-
liche Simplicissimus. Mit Einleitung von Reinhard Buchwald
und verkleinerten Wiedergaben von Max Klingers vier
Simplicissimusabradierungen. Drei Bände. In Pappbänden
8 Mark, in Pergamentbänden 14 Mark.
Gegenwartsfragen. Stuttgart, Verlag von Greiner
u. Pfeiffer. Preis des Festes 50 Pfg. — Heft 1: Dr. Gottlob
Egelhaaf, Bismarck's Sturz. Stand des Problems. —
Heft 2: Dr. G. Mayer, Der Umbildungsprozess im religiösen
Bewusstsein der Gegenwart. — Heft 3: Dr. Julius Boehmer,
Palästina im Lichte der gegenwärtigen Orientreise. — Heft 4:
Dr. Martin Schian, Die moderne Gemeinschaftsbewegung. —
Heft 5: Dr. Theodor Simon, Das Wiedererwachen des Un-
bithismus. — Heft 6: Dr. med. Arthur Strauß (Darmen), Die
Syphilis im Lichte neuer Forschungen.
Die Reichsfinanzreform. Ein Führer. Heraus-
gegeben von der Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanz-
reform. Mit 8 Tafeln und graphischen Darstellungen. Erster
Band. Berlin W., Hermann Hülers Verlag. Preis 80 Pfg.
Prof. Dr. A. Nicotro, Die Kriminalpolitik und ihre
Hilfswissenschaften. Eingeleitet und erweitert von Dr. Heinrich
Lindenau. Mit 300 Illustrationen nach Originalphotographien,
Hefenausgabe in zehn Heften zu je 2 Mark. Groß-Dichterlebe-
Df. Verlag von Dr. Paul Langenscheidt.